

Stenographisches Protokoll.

40. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Freitag, den 21. November 1919.

Tagesordnung: 1. Bericht des Hauptausschusses über die Anträge der Abgeordneten Adler und Genossen (213 der Beilagen) und Kittinger und Genossen (220 der Beilagen) auf Ergänzung des § 21 B der autonomen Geschäftsordnung der Konstituierenden Nationalversammlung (471 der Beilagen). — 2. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (468 der Beilagen), betreffend Kreditoperationen (472 der Beilagen). — 3. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (461 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Konsulargebühren (479 der Beilagen). — 4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Buchinger, Eisenhut und Genossen (168 der Beilagen), betreffend die Förderung der Bodenproduktion (311 der Beilagen). — 5. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Hollersbacher, Dr. Schmid, Luttenberger, -Mug, Kocher, Dr. Simpl und Genossen (23 der Beilagen) und über den Antrag der Abgeordneten Traxler, J. Gärtler und Genossen (121 der Beilagen), betreffend die Abänderung des Fischereirechtes (312 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Witternigg und Genossen (332 der Beilagen), wegen Gewährung einer staatlichen Unterstützung für die durch Hagelwetter heimgesuchte Stadt Salzburg sowie der 22 Gemeinden des Bezirkes Salzburg und der Abgeordneten Dr. Ramel, Huber, Geisler und Genossen (337 der Beilagen), wegen Flüssigmachung von Notstandsgeldern für die durch Hagelschlag geschädigten Gemeinden des Landes Salzburg (449 der Beilagen). — 7. Eventuell: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Fink, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Veräußerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (Grundverkehrsgesetz) und über den Antrag der Abgeordneten Stocker, Birchbauer, Altenbacher, Größbauer, Wimmer, Grahamer und Genossen (Nr. 4 und 145 der Beilagen, Konstituierende Nationalversammlung) (473 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 1067).

Erklärung des Staatskanzlers Dr. Renner,

Betreffend die Notlage der Bevölkerung und des Staates (Seite 1087) — Antrag des Abgeordneten Johann

Gärtler auf Eröffnung einer Debatte über die Regierungserklärung [Seite 1097] — Redner: die Abgeordneten Dr. Straßner [Seite 1097], Dr. Otto Bauer [Seite 1101], Dr. Alfred Gärtler [Seite 1111]).

Verhandlung.

Bericht des Hauptausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Adler und Genossen (213 der Bei-

lagen) und Pittinger und Genossen (220 der Beilagen) auf Ergänzung des § 21 B der autonomen Geschäftsordnung der Konstituierenden Nationalversammlung (471 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Adler [Seite 1067] — Annahme des Ausschußantrages [Seite 1068]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (468 der Beilagen), betreffend Kreditoperationen (472 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Schiegl [Seite 1068 und 1085], Staatssekretär für Finanzen Dr. Reich [Seite 1069], die Abgeordneten Kraft [Seite 1073], Dr. Schneider [Seite 1077], Forstner [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 1078] — Generalredner kontra: Abgeordneter Dr. Witte [Seite 1079] — Generalredner pro: Abgeordneter Allina [Seite 1083], Abgeordneter Alois Bauer [tatsächliche

Berichtigung] — Seite 1086] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1086]).

Ausschüsse.

Zuweisungen:

1. 474 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 1118);
2. 475 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 1118);
3. 476 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 1118);
4. 477 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 1118).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge

1. der Abgeordneten Stocker, Schöchtner, Wimmer, Mayr, Größbauer und Genossen, betreffend Erlassung eines Gesetzes „von den Agrarbehörden, den Kosten des Agrarverfahrens und dem von Amts wegen einzuleitenden Zusammenlegungsverfahren“ (482 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Wimmer, Gleßin und Genossen, betreffend Abichreibung der Brotaufgabe bezüglich der verhagelten Gemeinden in Salzburg (483 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger und Genossen auf sofortige Fertigstellung der Fliegerkaserne in Klagenfurt (484 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Gleßin und Genossen, betreffend Übernahme der Gagisten unter zehn effektiven Dienstjahren in die neue Wehrmacht (485 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Geisler, Huber und Genossen wegen Auflassung der Brotaufgabe in den von Hagelschlag getroffenen Gemeinden Salzburgs (486 der Beilagen);
6. der Abgeordneten Geisler und Genossen, betreffend den Notstand in Salzburg (487 der Beilagen);
7. der Abgeordneten Allina, Ulrich, Zelenka und Genossen, betreffend die Umgestaltung von Dienstverhältnissen der Unterbeamten und Diener des Staates (488 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Egger, Schöchtner, Birchbauer, Mayer, Wimmer und Genossen, an den Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Entsendung von Fachleuten und Regierungsvertretern des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft zu den Sitzungen des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft (Anhang I, 183/I);

- | | |
|---|---|
| 2. der Abgeordneten Steinegger, Schönsteiner, Niedrist und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Befreiung der Arbeiter der staatlichen Betriebe von der Entrichtung der Personaleinkommensteuer (Anhang I, 184/I); | über die Grundsätze der Steuerbemessung (Anhang I, 185/I); |
| 3. der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Belehrung der Mitglieder der Steuerkommissionen | 4. der Abgeordneten Hajner, Gruber, Bizany und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend einen amtlichen Bericht des Finanzdirektors Hofrates Pfleger der Finanzdirektion Linz an seine vorgelegte Dienstesstelle im Staatsamte für Finanzen (Anhang I, 186/I). |

Zur Verteilung gelangen am 21. November 1919:

die Anträge 474 bis 477 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 35 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausner**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: Dr. **Gimpl**, **Forstner**.

Staatskanzler: Dr. **Remer**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres und Unterricht, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Paul** für Verkehrswesen, **Hanusch** für soziale Verwaltung, Dr. **Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung, Dr. **Mayr**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Eisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Wais** im Staatsamte für Heerwesen, Dr. **Ellenbogen** im Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Resch** und Dr. **Tandler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 18. November ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Der Abgeordnete **Altenbacher** hat sich krank gemeldet.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Der erste Punkt ist der Bericht des Hauptausschusses über die Anträge der Abgeordneten **Adler** und **Genossen** (213 der Beilagen) und **Rittinger** und **Genossen** (220 der Beilagen) auf Ergänzung des § 21, B, der autonomen Geschäftsordnung der Konstituierenden Nationalversammlung (471 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. **Adler**; ich ersuche ihn, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Adler:** Meine Herren und Damen! Der § 21 der Geschäftsordnung sagt, daß für jedes Ausschußmitglied ein Ersatzmann zu wählen ist, durch den sich das Mitglied im Falle einer Verhinderung vertreten lassen kann. Die Praxis hat ergeben, daß diese Bestimmung zu enge

ist, und es wurde deshalb durch zwei Initiativanträge, durch den Antrag der Abgeordneten **Rittinger** und **Genossen** (220 der Beilagen) und den Antrag der Abgeordneten Dr. **Adler** und **Genossen** (213 der Beilagen) die Anregung gegeben, aus den Ausschußersatzmännern eine Art Kollegium zu machen, so daß für jeden Abgeordneten nicht nur einer, sondern auch die anderen Ersatzmänner unter Umständen eintreten können. Es soll — das ist die Auffassung des Hauptausschusses — nicht mehr der frühere Zustand geschaffen werden, daß jeder beliebige Abgeordnete eventuell als Ersatzmann eintreten kann, da das die Kontinuität der Arbeiten der Ausschüsse erheblich einengen und beeinträchtigen würde, sondern es soll der Zustand, wie er gegenwärtig in der Geschäftsordnung festgelegt worden ist, daß jeder Abgeordnete seinen Ersatzmann hat und nur die für den Ausschuß gewählten Ersatzmänner an den Arbeiten teilnehmen dürfen, beibehalten werden.

Es ist die Anregung gemacht worden, die persönliche Vertretung des Abgeordneten durch seinen Ersatzmann fallen zu lassen und die ganzen Abgeordneten sofort als Ersatzmännerkollegium eintreten zu lassen. Der Hauptausschuß hat sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß man für die Ersatzmänner eine Pflicht und ein Recht festsetzen soll. Eine Pflicht insofern, als jeder Ersatzmann zunächst für einen bestimmten Abgeordneten einzutreten habe, ein Recht andererseits, daß auch jeder Ersatzmann die Möglichkeit habe, gegebenenfalls an den Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen, daß keine Ausschaltungen einzelner Ersatzmänner unter Umständen Platz greifen könnten.

Es wird also vom Hauptausschusse vorgeschlagen, daß dem Absätze B des § 21 der autonomen Geschäftsordnung der Konstituierenden Nationalversammlung folgende Bestimmung angefügt werden soll (liest):

„Sollte auch der Ersatzmann verhindert sein, so kann er sich durch einen der anderen gewählten Ersatzmänner des Ausschusses vertreten lassen.“

Durch diese Fassung wird den praktischen Bedürfnissen, wie sie sich im Laufe der Arbeit herausgestellt haben, entsprochen und der Hauptausschuß beantragt, daß diese Fassung zum Beschlusse erhoben werde.

Präsident: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich schreite zur Abstimmung und bitte

diejenigen Mitglieder, welche dem Antrage des Hauptausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag ist angenommen, die betreffende Bestimmung wird in die Geschäftsordnung aufgenommen.

Wir kommen zum nächsten Punkte der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (468 der Beilagen), betreffend Kreditoperationen (472 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schiegl; ich ersuche ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Schiegl: Hohes Haus! Die in Verhandlung stehende Vorlage der Staatsregierung bringt uns so recht wieder ins Bewußtsein, in welcher schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage sich die Republik befindet. Der Finanz- und Budgetausschuß, dem die Vorlage zugewiesen wurde, hat eine sehr ausführliche und eingehende Debatte über die wirtschaftliche und finanzielle Frage abgeführt. In dieser Debatte wurde von den verschiedenen Mitgliedern des Finanz- und Budgetausschusses Anfragen an den Herrn Staatssekretär für Finanzen gerichtet und es war eine der ersten Anfragen, die an den Herrn Staatssekretär für Finanzen gerichtet wurde, die, wie sich nunmehr die Finanzverwaltung die Beschaffung von weiterem Kredit vorstelle. Es wurde darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Form der Beschaffung von Krediten ja darin besteht, daß Staatschahscheine ausgegeben und diese Staatschahscheine sofort wieder bei der österreichisch-ungarischen Bank präsentiert und in Valuta verwandelt werden. Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat darauf hingewiesen, daß momentan die Lage eine solche sei, daß ein anderer Weg als der gegenwärtig beschrittene nicht beschritten werden kann und daß auch in allen anderen Ländern, auch in jenen kriegsführenden Ländern, die zu den siegreichen gehören, es nicht möglich ist, eine andere Form der Kreditbeschaffung zu finden. Er hat weiter ausgeführt, daß er eine Vereinbarung mit den Banken getroffen habe und daß die Banken die Verpflichtung übernommen haben, diese Staatschahscheine festzuhalten, so daß sie nicht sofort der österreichisch-ungarischen Bank präsentiert werden.

Es wurde weiters an den Herrn Staatssekretär für Finanzen die Anfrage gestellt, wie es eigentlich mit der Vorlage über die Vermögensabgabe stehe, und es wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, es möge die Vorlage über die Vermögensabgabe so rasch wie möglich dem Haus unterbreitet werden. Weiters wurde darauf hinge-

wiesen, daß auch noch die Vorlagen über die Erhöhung der direkten Steuern fehlen. Die Erhöhung der direkten Steuern wird ja für die Republik vielleicht keine besonders reiche Einnahmsquelle sein, aber bei dieser Frage handelt es sich nicht nur darum, daß eine Einnahmsquelle für die Republik geschaffen werde, sondern es handelt sich auch bei dieser Frage darum, daß die Länder und die Gemeinden ihre finanziellen Verhältnisse regulieren können. Wenn die Länder und die Gemeinden dazu schreiten, im Wege von Zuschlägen hier Maßnahmen zu treffen, so würde das ungleichmäßig wirken und es könnte dazu führen, daß die Industrie aus jenen Gebieten, wo besonders hohe Zuschläge eingehoben werden, abwandert. Darum wurde die Meinung ausgesprochen, daß es auch für die Finanzen der Länder und der Gemeinden besser wäre, wenn die Umlagenbasis dadurch verschoben würde, daß so rasch wie möglich eine Erhöhung der direkten Steuern durchgeführt wird. Wir sehen ja, wie die Verhältnisse nunmehr geworden sind. Wir haben weder Kohle noch Lebensmittel und unsere ganze Industrie liegt darnieder, weil die Entente, die uns den Friedensvertrag aufgezwungen hat — und wir haben ja den Friedensvertrag nur unterschrieben, weil wir eine andere Möglichkeit nicht hatten — ihre Verpflichtung, die sie gegenüber der deutschösterreichischen Republik eingegangen ist, in den verschiedenen Belangen nicht erfüllt; wir sehen es hinsichtlich der Lebensmittel, wir sehen es auch hinsichtlich der Kohle. Gerade diese Verhältnisse führen ja dazu, daß die Finanzen insbesondere der Gemeinde Wien sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie kennen aus den Blättern der letzten Tage ganz genau die Situation, in der sich die Gemeinde Wien befindet, welche sehr große Betriebe hat, die vor dem Krieg immer große Überschüsse abgeworfen haben, während heute die Gemeinde Wien in der Situation ist, daß trotz der immensen Erhöhungen der Preise der Straßenbahn und für Gas- und Elektrizität dennoch ein Millionendefizit besteht und daß die Gemeinde Wien aus dieser schwierigen Situation nicht herauskommen kann.

Es wurde dann ferner im Finanz- und Budgetausschusse die Vorlage über die Erhöhung der Gebühren — ebenfalls eine sehr wichtige Frage — urgirt, weil hinsichtlich der Erhöhung der Gebühren noch nicht alles ausgeschöpft wurde, was hätte ausgeschöpft werden können. Man ist ja während des Krieges und nach dem Kriege daran geschritten, auch eine Regulierung der Gebühren vorzunehmen, aber diese Regulierung steht in keinem Verhältnisse zur Entwertung des Geldes.

Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat in seiner Antwort auch darauf hingewiesen, daß ja auch

eine andere Form möglich sei, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, damit weitere Kreditforderungen nicht gestellt werden brauchen. Wenn die Staatsregierung daran denkt, eine Preisregulierung der staatlich bewirtschafteten Artikel vorzunehmen, so ist demgegenüber folgendes zu bemerken: Wenn wir heute, wo wir in der schwierigen Situation sind, die Bevölkerung weder ernähren noch vor dem Frieren schützen zu können, eine Preisregulierung der staatlich bewirtschafteten Artikel vornehmen, das heißt eine Erhöhung, die genau so wirkt wie eine indirekte Steuer, so ist das einfach unmöglich, wenn nicht gleichzeitig daran geschritten wird, die Vermögensabgabe durchzuführen und auch die direkten Steuern und Gebühren zu erhöhen. Es wurde bereits im Finanz- und Budgetausschuß ausgesprochen, daß das ein ganz unerträglicher Zustand wäre und daß wir gar keine Garantien übernehmen könnten, die Bevölkerung zu beruhigen, wenn auf der einen Seite eine maßlose Steigerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel eintritt, auf der anderen Seite aber die besitzende Klasse zu höheren Leistungen nicht herangezogen wird.

Was die Vorlage selbst anlangt, so wäre darüber nur folgendes zu bemerken: Die Staatsregierung begründet diese Vorlage damit, daß ihre Mittel und die Kredite, die ihr durch das Gesetz vom 4. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 344, eingeräumt wurden, nahezu erschöpft sind und daß sie notwendigweise, weil die Anforderungen immer größer werden — es handelt sich da auch um die Regulierung der Löhne und der Gehälter der Staatsangestellten infolge der Entwertung des Geldes —, diese Mittel herbeischaffen muß. Andererseits handelt es sich aber auch darum, daß die Liquidierung der Kriegsschulden im Interesse der Industrie durchgeführt werden muß. Die Forderungen der Industriellen an die k. k. Regierung, die nun vom deutschösterreichischen Staat übernommen werden müssen, müssen beglichen werden, weil sonst die Industrie nicht in der Lage ist, weiter zu produzieren und die Volkswirtschaft aufleben zu lassen. Weiters ist es auch notwendig, diese Kredite zu beschaffen, um die erhöhten Ausgaben tragen zu können, die uns der Friedensvertrag auferlegt. Denn präliminiert waren nur 24 Prozent aller dieser Lasten und es zeigt sich nun, daß auf Grund des Friedensvertrages der deutschösterreichischen Republik viel höhere Lasten auferlegt wurden. Es ist auch in dieser Ermächtigung, die durch die Vorlage angesprochen werden soll, vorgesehen, daß sich der Kredit von 2500 Millionen Kronen nur darauf bezieht, erstens die Mittel für die durch normale Staatseinnahmen nicht bedeckten Staatsausgaben bis zum Betrage von 2500 Millionen Kronen durch Kreditoperationen zu beschaffen, zweitens die fälligen

Beträge der deutschösterreichischen Staatsschuld zu prolongieren oder umzuwandeln, drittens zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse Garantien zu übernehmen.

Es wird ausdrücklich ausgesprochen, daß, insoweit Kreditoperationen zur Prolongierung, Umwandlung oder Tilgung bestehender Schulden vorgenommen werden, sie bei Anwendung der Bestimmung des Absatzes 1, Punkt 1, über den zulässigen Höchstbetrag von Kreditoperationen außer Anschlag zu lassen sind; ebenso sind die Beträge der gemäß Absatz 1, Punkt 3, übernommenen Garantien in den angegebenen Höchstbetrag nicht einzurechnen, das heißt daß in Wirklichkeit die Ermächtigung noch über diese 2500 Millionen Kronen hinausgeht.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Vorlage in seiner Gänze zum Beschluß erhoben. Ich erlaube mir nun, namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen, „die Konstituierende Nationalversammlung wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurfe die Zustimmung erteilen.“

Präsident: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Staatssekretär für Finanzen Dr. Reich.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Reich: Hohe Nationalversammlung! Es ist für mich wohl noch unangenehmer als für Sie, daß die erste Vorlage, welche ich die Ehre habe, vor Ihnen zu vertreten, diejenige auf eine so bedeutende Kreditermächtigung ist. Dennoch kann diese Vorlage eine Überraschung für Sie nicht bieten; denn schon in dem Ihnen Ende Juli 1919 vorgelegten Voranschlag ist ein Defizit von vier Milliarden ausgewiesen, dieser Voranschlag ist aber bisher noch nicht verabschiedet worden, so daß die Finanzverwaltung noch nicht in den Besitz der dorthin vorgesehenen Kreditermächtigung gekommen ist; die Finanzverwaltung verfügt bisher vielmehr nur über die ihr mit dem Gesetze vom 4. Juli 1919 eingeräumte Kreditermächtigung von zwei Milliarden. Nun habe ich aber schon in meinem Exposé vom 23. Oktober dargelegt, daß wir mit den Ansätzen des Staatsvoranschlages leider nicht das Auslangen finden werden, weil sich seither die Verhältnisse wesentlich zu unseren Ungunsten verschoben haben, einerseits durch die Bestimmungen des Friedensvertrages, andererseits durch die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse und der fortwährenden Teuerung, welche ihre Rückwirkungen auch auf den Staatshaushalt ausübt. Überdies befinden wir uns ja am Ende des fünften Monats des Finanzjahres und es ist daher wohl begreiflich und keine Überraschung, wenn ich Ihnen mitteile, daß in den Staatskassen derzeit vollständige Ebbe eingetreten ist und es in den

letzten Tagen nur durch ganz besondere Vorkehrungen möglich war, den laufenden Kassendienst überhaupt aufrecht zu erhalten. Ich muß daher im Interesse einer ungestörten Aufrechterhaltung des geordneten Betriebes unserer Kassen um die möglichst rasche Verabschiedung des vorliegenden Gesetzesentwurfes bitten.

Die Mehrausgaben, die sich gegenüber dem Staatsvoranschlag ergeben, werde ich im einzelnen in einer Vorlage, die ich Ihnen schon in der nächsten Woche zu unterbreiten gedenke, darstellen. Ich kann aber heute schon sagen, daß sich die Mehrerfordernisse auf zirka 3½ Milliarden belaufen, sodaß sich das Jahresdefizit auf 7½ Milliarden stellen dürfte. Gleichwohl spricht die Finanzverwaltung mit diesem Kreditemächtigungsgesetze nur 2½ Milliarden an, sodaß sie im Vereine mit den ihr bereits bewilligten 2 Milliarden insgesamt über 4½ Milliarden Kredite verfügen wird. Mit diesem Betrage hoffe ich bis zur Verabschiedung des Finanzgesetzes das Auslangen zu finden und es wird Aufgabe des Finanzgesetzes sein, über den sich etwa noch weiter ergebenden Fehlbedarf die geeigneten Entschlüsse zu fassen.

Wenn wir die Mehrausgaben, von denen ich andeutungsweise gesprochen habe, im einzelnen Revue passieren lassen, wird sich nicht leugnen lassen, daß diese Ausgaben alle unabwendbare sind, die von der Staatsverwaltung erfüllt werden müssen. Wenn man uns in der Öffentlichkeit immer wieder vorhält und predigt, wir sollen größte Sparsamkeit walten lassen, so bin ich gewiß der Letzte, der diesen Ratschlägen nicht gerne williges Gehör schenkt. Allein es gibt Situationen und Verhältnisse, in welchen es wichtigere Aufgaben gibt, als die der bloßen Einhaltung der strengsten Sparsamkeit. Meine Damen und Herren! Das Wichtigste für uns in diesem Augenblicke ist, daß wir unser tägliches Leben zu fristen vermögen und daß wir zur Fristung dieses täglichen Lebens die unentbehrlichsten staatlichen Einrichtungen unversehrt erhalten. Wenn es in einem alten Spruche heißt: „Fiat justitia, pereat mundus!“, so dürfen wir diesen Spruch gewiß nicht dahin variieren: „Fiat parsimonia, pereat patria!“ Wir würden, wenn wir die Sparsamkeit als oberstes Prinzip unserer Wirtschaft hinstellen würden, handeln etwa wie ein Geizhals, der, um seiner Nachkommenschaft das bisherige Vermögen zu erhalten oder vergrößert zu hinterlassen, seine Kinder dem Hungertode preisgibt. Wichtiger als keinen Kredit in Anspruch zu nehmen, ist unbestreitbar für uns, die Ruhe und Ordnung im Innern des Landes zu erhalten und jedermann das zum Leben unbedingt Notwendige zur Verfügung zu stellen, mögen damit auch neue Kreditemächtigungen und Kostenüberschreitungen verbunden sein. Allerdings muß demgegenüber immer

wieder daran erinnert werden, daß wir ungenügend verarmt sind, daß wir uns bescheiden müssen und daß wir an das Leben größere Anforderungen zu stellen bis auf weiteres nicht mehr in der Lage sind, eine Erkenntnis, die leider Gottes noch immer nicht in alle Kreise der Bevölkerung eingedrungen ist, noch immer nicht alle Begehrlichkeiten entsprechend zurückzudrängen vermocht hat. Aber, wie gesagt, das Unentbehrliche müssen wir beistellen, auch wenn es bis auf weiteres eine Defizitwirtschaft verursacht.

Wir haben in dieser Beziehung einen Trost und das ist, daß die Mehrzahl dieser Ausgaben — von einem Teil ist es sicher und von einem anderen Teil hoffen wir es mit aller Zuversicht — einmalige außerordentliche Ausgaben sind, die nicht ständig wiederkehren werden, so daß bei aller Festhaltung der budgetpolitischen Grundsätze es als gerechtfertigt erscheinen mag, einen Teil derselben auf den Kreditweg zu verweisen. Wir müssen natürlich anstreben, diese Ausgaben so viel als möglich aus laufenden Einnahmen zu bestreiten und auf das Betriebskonto und nicht das Kapitalkonto zu übernehmen, aber so weit dies im Augenblicke nicht möglich ist, ist eben die Inanspruchnahme von Krediten das kleinere Übel.

Was nun diese Kreditinanspruchnahme betrifft, so wäre es naturgemäß im äußersten Grade unangenehm, wenn sie zu einer neuerlichen Vermehrung der Notenzirkulation führen würde. Ich habe mich ja selbst hier im hohen Hause schon als abgesetzter Feind der Noteninflation bekannt und werde mit allen Mitteln darnach streben, einer solchen soweit als irgend möglich vorzubeugen.

Ich habe auch nach dieser Richtung schon einiges vorgekehrt. Es ist mir von seiten der Oesterreichisch-ungarischen Bank zugesagt worden, daß sie die Schatzwechsel des Staates jederzeit eskomptieren werde, und ebenso werde ich bestrebt sein, nach Ablauf des Notenbankprivilegiums Vorkehrungen zu treffen, welche diese Eskomptierung sicherstellen. Mit Rücksicht darauf ist mir auch von den Wiener Banken die Zusage gemacht worden, entgegen der in der letzten Zeit üblich gewordenen Praxis die übernommenen Schatzscheine so lange als nur irgend möglich in den eigenen Tresors zu behalten und nicht bei der Notenbank einzureichen, sowie nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die Schatzscheine auch in das breitere Publikum eindringen können. Das müssen wir als den ersten, als den unumgänglich notwendigen Schritt zur Sanierung unserer Kreditverhältnisse betrachten. Es ist im gegenwärtigen Augenblicke kaum etwas anderes möglich, als sich mit kurzfristigen Krediten zu behelfen, und es ist dies nicht etwa eine Erscheinung, die wir nur hier bei uns in Österreich sehen,

sondern wir begegnen der gleichen Erscheinung überall, auch in den siegreichen Ländern. Auch Italien, Frankreich und England müssen sich mit kurzfristigen Schatzscheinen behelfen und auch dort sehen wir überall eine Vermehrung der Notenzirkulation. Es handelt sich also hier um eine internationale Erscheinung, um eine internationale Krise des Kredit- und Währungswesens, die wir als eine unvermeidbare Folgewirkung der Erschütterungen des Krieges hinnehmen müssen, die wir nicht mit einem Schlage beseitigen, sondern nur allmählich abbauen können.

Dabei gestatten Sie mir eine Bemerkung: Es nützt gewiß nichts, wenn in der Öffentlichkeit fortwährend darüber geklagt wird, daß wir eine Vermehrung der Notenzirkulation erleben und daß wir uns mit kurzfristigen Schatzscheinen behelfen müssen. Viel wichtiger wäre es, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß es eben in der Hand des Publikums liegt, diesem Zustand entgegenzuwirken und Abhilfe zu schaffen. Das Publikum muß sich eben wieder allmählich daran gewöhnen, dem Staate Kredithilfe zu gewähren, es muß seine gegenwärtige Scheu, mit dem Staate in Kreditbeziehungen zu treten, überwinden, es muß sich vor-Augen halten, daß es sich hierbei um einen Akt der Selbsthilfe handelt, daß ja das Publikum als solches und das Kapital als solches das größte Interesse hat, seinerseits alles dazu beizutragen, um einer weiteren Notenvermehrung entgegenzuwirken, und dies kann es eben nur dadurch herbeiführen, daß es sich entschließt, die Schatzscheine selbst zu übernehmen und zu behalten. Es bringt dabei keinerlei Opfer; denn darüber muß sich jeder Sachkundige vollständig klar sein, daß die Note heute keine größere Sicherheit bietet als die Schatzscheine, weil ja beide auf dem Kredit des Staates beruhen und zwischen ihnen nur der eine Unterschied besteht, daß der Schatzschein Zinsen abwirft, die Note aber nicht, daß der Schatzschein dazu beiträgt, die finanzielle Lage des Staates zu konsolidieren, während die Note dazu beiträgt, unser Geldwesen und unser Kreditwesen immer weiter zu korrumpieren.

Wenn man nun demgegenüber betont, daß der Staat eben aufhören müsse, sich mit Schatzscheinen zu behelfen und zur Begebung einer inneren langfristigen Anleihe übergehen muß, so gebe ich ja in der Theorie diesen Stimmen vollständig recht und konzedere ohne weiteres, daß es keineswegs als das Ideal einer staatlichen Kreditpolitik betrachtet werden kann, sich mit kurzfristigen Schatzscheinen zu behelfen. Allein im gegenwärtigen Augenblick erübrigt uns, glaube ich, nichts anderes. Insbesondere vermag ich dem oft empfohlenen Mittel nicht zuzustimmen, die langfristige Anleihe schon im gegenwärtigen Augenblicke dadurch dem Publikum schmackhaft zu machen, daß sie mit gewissen besonderen Vorzügen

ausgestattet werde. Ich glaube, daß diesen Vorschlägen derzeit nicht ein günstiges Prognostikon gestellt werden kann, zunächst aus dem Grunde, weil im Augenblicke das Mißtrauen des Publikums alle anderen Erwägungen bezüglich der Verzinsung und sonstiger Vorteile überwiegt, sodann aber auch deswegen, weil wir besondere Vorteile einer langfristigen Anleihe im Augenblicke wohl nicht zuwenden können.

Zunächst mag es dahingestellt bleiben, ob einer Zusicherung des Staates, für den Anleihebienst bestimmte Einnahmequellen ausschließlich zu reservieren, größeres Vertrauen entgegengebracht würde, als allen anderen Zusicherungen des Staates, seine Verpflichtungen einhalten zu wollen. Denn bei allen derartigen inneren Anleihen fehlt eine wichtige Kautele, das ist ein vollständig unabhängiges Kontrollorgan. Solche Kontrollorgane sehen wir bei internationaler Finanzkontrolle, zum Beispiel in der Türkei, aber innerhalb eines Staates für rein interne Anleihen können wir uns ein vollständig unabhängiges, jeder Einflußnahme entrücktes Organ eigentlich kaum konstruieren und vorstellen. Weiter müssen wir aber bedenken, daß es auch zweifelhaft ist, ob wir auch nur die Zustimmung der Entente dazu bekämen, eine bestimmte Einnahmequelle ausschließlich den Zwecken einer bestimmten Anleihe zuzuwenden.

Bleiben also nur sonstige Reizmittel, als welche etwa Steuerprivilegien empfohlen werden. Nun bin ich von jeher ein abgezagter Feind der Durchlöcherung der Allgemeinheit der steuergesetzlichen Bestimmungen gewesen und wir haben, wie ich glaube, in Österreich genug an Steuerprivilegien zu leiden gehabt, welche wir im Jahre 1868 und in den späteren Jahren den Staatskittres eingeräumt haben, an die jeder Kenner unserer Verhandlungen über die Steuerreform sich erinnern wird.

Vollends ausgeschlossen aber und verfehlt würde ich es halten, ein solches Privilegium schon heute bezüglich der Vermögensabgabe einzuräumen und derart Breche in die Vermögensabgabe zu legen, bevor wir die Vermögensabgabe überhaupt noch eingeführt haben. (Sehr richtig!) Es würde das breite Publikum, glaube ich, absolut nicht verstehen, wenn wir den wohlhabenden Kreisen, welche sich der Zinsen und sonstige Vorteile wegen bestimmen ließen, dem Staate Kredit einzuräumen, diese doch im eigenen Interesse gelegene Handlungsweise durch eine Befreiung von der Vermögensabgabe abtaufen wollten, welche Vermögensabgabe doch die wichtigste Stütze für die Sanierung unseres Budgets sein soll. Wir können heute weniger als je eine solche, dem Gedankengang und der Anschauungsweise weiter Kreise des Publikums widersprechende Steuerpolitik machen und sind daher, glaube ich, nicht in der

Lage, derartige Steuerprivilegien einer inneren Anleihe heute in Aussicht zu stellen.

Ich sehe daher, wie ich nochmals betonen muß, keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation, als das Publikum zunächst allmählich daran zu gewöhnen, zunächst wieder Schatzscheine des Staates zu übernehmen und durch dieses Zwischenstadium hindurch sich dann wieder langfristigen Staatsanleihen zuzuwenden. Man wird dieses Übergangsstadium vielleicht in der Weise fördern können — und in dieser Richtung behalte ich mir weitere Verfügungen vor —, daß man die Schatzscheine mit einem gewissen Vorzugsrechte gelegentlich der Übernahme langfristiger Anleihen ausstattet. Im übrigen aber ist und bleibt es das Wichtigste, in der Öffentlichkeit und dem Kapital gegenüber die Erkenntnis zu verbreiten und zu vertiefen, daß es sich bei dieser Frage in erster Linie um die Wahrung der eigenen Interessen des Kapitals handelt.

Das Kapital muß sich in dieser Frage den alten Spruch vor Augen halten: *Tua res agitur*, es handelt sich um Deinen eigenen Vorteil, hilf Du dem Staat in seiner Notlage. Läßt man ihn verkommen, so wird es vielleicht in letzter Linie zu einem finanziellen Zusammenbruch führen. An diesem finanziellen Zusammenbruch werden gewiß alle Kreise des Volkes schwer zu leiden haben, am meisten hat aber doch gewiß das Kapital in erster Linie an einem solchen Zusammenbruch zu leiden und es hat daher alle Ursache, selbst, aus eigenem Antriebe das Möglichste dazu zu tun, einen solchen Zusammenbruch zu vermeiden. Ich richte daher auch von dieser Stelle an das Kapital den Appell, lieber aus freien Stücken zur Selbsthilfe zu greifen, als sich vielleicht in einem späteren Stadium Zwangsmaßnahmen auszufehen.

Hohes Haus! So lange das Publikum dem Staate Kredit verweigert, ist der Staat, soweit er Kredit in Anspruch nehmen muß, eben darauf angewiesen, äußerstenfalls zur Notenpresse zu greifen. So hart sich nun dieser Satz auch anhört, so weist er Ihnen zugleich auch die zwei Möglichkeiten, dieser äußersten Eventualität zu entgehen. Die eine Möglichkeit ist, dem Staate Kredit zu gewähren, wovon ich soeben gesprochen habe, der andere Weg ist, die Ausgaben des Staates so weit als möglich einzuschränken, damit die Kreditinanspruchnahme auf das geringstmögliche Maß eingeschränkt werden könne; und soweit dies auch nicht möglich ist, erübrigt nur eine Steigerung der Einnahmen des Staates. In letzterer Linie werde ich Ihnen in kürzester Frist Entwürfe über neue Abgaben vorlegen, die die Einnahmen des Staates in ausgiebiger Weise zu steigern bestimmt sind. Ich werde aber auch schon in der allernächsten Zeit im administrativen Wege die schon vom Herrn Bericht-

erstatter erwähnten Maßnahmen wegen Angleichung der Verkaufspreise der Monopolartikel und der staatlich bewirtschafteten Artikel an ihre Gestehungs- und Einkaufspreise treffen. Es geht eben auf die Länge der Zeit nicht an, daß der Staat als einziger Verkäufer abstrahieren sollte von der den ausländischen Währungen gegenüber eingetretenen Entwertung unseres Geldes, es geht nicht länger an, daß ich den Tabak zu einem Preise verkaufen soll, der vollständig davon abstrahiert, daß unsere Währung gegenüber der holländischen Währung seit Effektivierung dieser Einkäufe auf einen Bruchteil herabgesunken ist. Es geht nicht an, daß ich weiter den Zucker zu einem Preise verkaufe, der auf Grund eines 70prozentigen Agios der tschecho-slowakischen Valuta erstellt worden ist, während sich dieses Agio schon weit über 250 Prozent erhöht hat; es geht leider Gottes auch nicht an, daß wir weiter Mehl und Brot, so weit wir solches wieder werden verkaufen können, zu Preisen verkaufen, die vollständig davon absehen, daß sich die Relation zwischen österreichischer Krone und Dollar während der letzten Monate von Grund aus verschoben hat.

Ich will gewiß vermeiden, die Preise aller erwähnten Artikel dem jetzigen momentan katastrophalen Stande unserer Valuta anzugleichen, weil ich die bestimmte Hoffnung hege, daß diese Devisenkurse doch nicht von Dauer sein werden, wenn es uns nur einmal gelingt, die immer wieder in Aussicht gestellte langfristige ausländische Anleihe zu erhalten. Daß wir diese bekommen, muß ich erwarten, weil es meines Erachtens sowohl eine politische als auch eine moralische Pflicht der Entente ist, uns in diesen Belangen entgegenzukommen, ein Weg, der ihr wirklich keine besonders großen Opfer auferlegt und ihr gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, auch wichtige humanitäre Rücksichten zu erfüllen, indem sie die Millionen unserer Einwohnerschaft vor bitterster Not und Elend erretten kann. Aber auch wenn dies gelingt, wenn eine solche Besserung unserer Valuta den ausländischen Valuten gegenüber erzielt werden kann, so müssen wir uns doch damit vertraut machen, daß unsere Valuta noch auf lange Zeit hinter den ausländischen Valuten zurückbleiben und daß daher die Aufrechthaltung der ohne Rücksicht hierauf erstellten Preise der staatlichen Artikel auf die Länge der Zeit nicht haltbar sein wird. Es wird uns dieser Art gelingen, dem Budget bedeutende neue Einnahmen zu erschließen und eine beträchtliche Verminderung des Kreditersfordernisses herbeizuführen.

Wichtiger aber noch als diese materielle Entlastung des Budgets ist meines Erachtens nach der moralische Eindruck, den es erzeugen wird, wenn wir durch alle diese Maßnahmen, welche unserer Bevölkerung so große Opfer auferlegen, dartun, daß wir es wirklich ernst mit der Sanierung unserer

budgetären Verhältnisse meinen. Wir müssen dadurch, daß wir das Menschenmögliche zur Sanierung unseres Budgets tun, das allgemeine Vertrauen in die Finanzgebarung unseres Staates wieder stärken und neu beleben. Dadurch allein können wir aus dem Elend unserer Geldzerrüttung herauskommen und uns den Weg zu geordneten Währungsverhältnissen erschließen.

Dieses Ziel kann, wie ich Ihnen hier kurz auseinandergesetzt habe, nicht auf einmal, sondern nur schritt- und etappenweise erzielt werden. Wir werden mit großer und entsagungsvoller Geduld diesem Ziele zustreben müssen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, über die geschilderten Etappen hinweg zum Ziele zu gelangen, ist, daß es uns gelingt, unseren Staatshaushalt, unsere Finanzgebarung in ungestörtem Gang zu erhalten. Hierfür ist eine der unentbehrlichsten Voraussetzungen die Botierung dieses Gesetzes, welches mir die Aufrechterhaltung der Kassengebarung bis zur Verabschiedung des Staatsvoranschlags ermöglichen soll. Darum wiederhole ich meine Bitte, dieses Gesetz mit möglichster Raschheit zu verabschieden. *(Beifall.)*

Präsident Dr. **Dinghofer** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*:

In die Rednerliste sind eingetragen: kontra die Abgeordneten: Kraft, Wutte, Clessin, Waber, Straßner, Müller-Guttenbrunn, Ursin, Grahamer und Schönbauer; pro die Abgeordneten: Schneider, Molina, Weiskirchner, Danneberg, Hohenberg, Boschet, Regner, Hermann Hermann und Hafner.

Als erstem Kontraredner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kraft.

Abgeordneter **Kraft**: Hohes Haus! Wir haben in den ersten Tagen des Monats Juli schon mit einer gewissen Verspätung ein Budgetprovisorium erledigt. Unsere Partei hat hierbei erklärt, daß sie für das Budgetprovisorium stimmen würde, wenn sich dieses auf einen Zeitraum von vier Monaten erstrecken würde. Wir wußten sehr gut, daß sich in diesem Haus — und das ist eine Erbschaft des alten Hauses — ordentliche Budgets außerordentlich schwer erledigen lassen. Ein ordentliches Budget erfordert eine Vertiefung in die Materie, eine gewisse Voraussicht und es ist bekanntlich außerordentlich schwierig, für alle einzelnen Sachgruppen die entsprechenden Referenten zu finden und die einzelnen Sachressorts gründlich durchzuarbeiten. Man hat uns damals gesagt — ich kann mich noch ganz gut an die Prozedner erinnern — es sei nicht notwendig, man würde rechtzeitig das Budget bekommen und vorlegen und es würde sofort das ordentliche Budget zur Beratung kommen.

Wir stehen nunmehr in der zweiten Hälfte November und wir haben das Budget noch nicht in Angriff genommen. Der Staatsvoranschlag schlummert noch in unseren einzelnen Kästen und Kulturen und ich glaube, es wird wahrscheinlich auch der Monat Dezember herankommen und wir werden wieder vor ein neues Provisorium gestellt werden und dieses wird wieder innerhalb zweier Tage erledigt werden müssen, wenn es überhaupt im Monat Dezember erledigt wird; denn es beginnen die Weihnachtsferien, es kommt der Jänner und wir werden wieder einen ex lex-Zustand haben, wie wir ihn in der neuen Republik schon einige Tage gehabt haben. Ich bin kein Formalist, um große Bedenken dagegen zu haben, wenn eine Majorität für ein Budget vorhanden ist und überhaupt für ein Budget, wie es heute vorliegt, das lauter Ziffern enthält, die wirklich eine Täuschung sind. Ich glaube, keine von diesen Ziffern kann wirklich aufrecht erhalten werden, allerdings alle zu unserem Nachteil. Aber trotzdem ist es sehr notwendig, daß dieses Budget schon wegen der Verhältniszahlen der einen Post zur anderen gründlich behandelt wird und ich hoffe, daß es doch gelingen wird, es rechtzeitig in Angriff zu nehmen. Vom Budgetprovisorium, das hier im Monat Juli bewilligt wurde, sind die zwei Milliarden bereits verbraucht, von dem ordentlichen Voranschlag, der noch weitere zwei Milliarden in Aussicht nahm, werden nunmehr 2½ Milliarden angefordert und gleichzeitig wird erklärt, daß ein weiteres Defizit in Aussicht stehe, welches jetzt ungefähr mit 7½ Milliarden veranschlagt wird. Ich kann dieser Ziffer nicht zustimmen. Ich bin überzeugt, daß schon durch die Verschlechterung unserer Valuta auf 37 Prozent der Vorkriegszeit die Höhe des Defizits ganz bedeutend ansteigt. Man muß nur berücksichtigen, daß der Herr Staatssekretär für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß erklärte, daß die Importe von Nahrungsmitteln allein — ohne Rohstoffe — ungefähr 20 Milliarden im Jahre beanspruchen. Bei der heutigen Erhöhung der Auslandsvaluten wird sich dieser Bedarf von 20 Milliarden auf 30 Milliarden steigern und es wird demgemäß selbstverständlich auch die Höhe unserer Schuldzinsen — denn zum Glück brauchen wir momentan diese Kapitalbeträge hoffentlich nicht zu bezahlen — eine ganz wesentliche Höhe und eine sehr bedeutende Steigerung erfahren.

Nun möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs etwas näher eingehen. Ich will ihm ja gewiß nicht nahe treten — und ich glaube selbst, daß er vielleicht der berufenste Mann ist, jetzt dieses Amt zu leiten — ich will es auch deshalb nicht tun, weil der Staatssekretär für Finanzen ja hier nicht den Staat und die Regierung darstellt, sondern gewissermaßen der Exponent der Gesamtverhältnisse ist, an dem und an dessen Ressort

man deutlich die Veränderungen, die Verschlechterung, respektive die Verbesserungen der Lage erkennt. Es ist ein alter Grundsatz: Gebt mir gute Politik, so gebe ich euch gute Finanzen; macht ihr schlechte Politik, so entstehen schlechte Finanzen. Der Herr Staatssekretär für Finanzen ist gewiß für die Politik nicht verantwortlich, aber die Politik zwingt ihn in seine Bahn und bringt ihn dazu, eine Anforderung zu stellen, welche so recht die Zeichen des Verfalls unseres Staatswesens an sich trägt.

Er hat sich längere Zeit damit beschäftigt, über den inneren Kredit zu sprechen. Selbstverständlich ist der innere Kredit notwendig; er ist deshalb notwendig, weil er auf dem Vertrauen der Bevölkerung basiert und das Vertrauen der Bevölkerung wird dann gewonnen, wenn sie Vertrauen zur Regierung hat. Wir leben heute in einem Staate von sechs Millionen Einwohnern. Von diesen sechs Millionen Einwohnern sind ungefähr eine Million öffentliche Angestellte. Außerdem haben wir noch zirka 110.000 Arbeitslose und 30.000 Volkswehränner, zusammen so ungefähr 150.000. Wenn wir die ganze Summe jener Bevölkerungskreise, die zwischen 18 und 60 Jahren sind — die Arbeitstätigen — mit ungefähr drei Millionen berechnen, so bleiben eigentlich $1\frac{1}{2}$ Millionen arbeitsfähige Menschen übrig. Diese $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen nun sind dazu berufen, eine Schuld zu verzinsen, die uns nach dem Frieden von St. Germain ungefähr 46 Milliarden auflastet, die mit unserem Defizit und mit unseren Auslandsschulden, die wir jetzt erreicht haben, in zwei bis drei Jahren die Höhe von 70 Milliarden erreichen wird. Das sollen $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen schaffen. Man predigt von Fleiß, man predigt von Ordnung, wir sehen aber tatsächlich, daß die Ordnung wohl nach außenhin leidlich aufrecht erhalten wird, aber an wirklichen Aufwendungen und wirklichen Organisationen zur Betätigung des Fleißes, der angestrebt wird, sehen wir eigentlich noch nichts. *(Abgeordneter Leuthner: Wie soll das aussehen, diese Organisation zur Betätigung des Fleißes? Das wäre interessant!)* Das ist jede Organisation, die darauf hinarbeitet, daß die Menschen sich so betätigen, daß sie tatsächliche Leistungen vollbringen. Wenn in staatlichen Betrieben jährlich 40 bis 50 Millionen daraufgezahlt werden, so ist das auch eine Organisation, aber nicht des Fleißes, sondern des Unfleißes. Auf Ihre Frage zu antworten, war mir also verhältnismäßig leicht. *(Abgeordneter Leuthner: Aber Ihre Antwort ist ebenso inhaltlos wie Ihre frühere Bemerkung!)*

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte keine Zwiegespräche zu führen.

Abgeordneter Kraft *(fortfahrend)*: Ich möchte nun auf die innere Anleihe zu sprechen kommen. Der Herr Staatssekretär sprach von der inneren Anleihe und forderte das Publikum und das Großkapital auf, die innere Anleihe, Schatzscheine zu zeichnen. Daß es Schatzscheine gibt, ist eigentlich noch gar nicht in das Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen. Das wissen in Wien die Börsenkreise, Kapitalkreise, Großindustrielle, aber fragen Sie in der Provinz einen Kaufmann, einen Gewerbetreibenden oder Landwirt, ob er von Schatzscheinen etwas weiß. Das ist kein populäres Kreditmittel. Ein populäres Kreditmittel ist eine innere Anleihe, wie sie jetzt Deutschland macht. Ich würde es selbst sehr begrüßen, wenn diese Schatzscheine tatsächlich einen Markt finden würden. Aber ich weiß nicht, wo dieser Markt zu finden wäre. Dieser Markt ist bei den Großbanken zu finden, aber die Großbanken verhalten sich gegenüber den Schatzscheinen trotz der Versicherung des Herrn Staatssekretärs ziemlich ablehnend.

Und da komme ich nun auf den Kredit bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu sprechen. Der Herr Staatssekretär sagte, er habe von der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Zusicherung erhalten, daß sie diese Schatzscheine eskomptieren werde. Ich weiß nicht, wer diese Zusicherung gegeben hat, ich weiß aber auch, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank diese Zusicherung gar nicht geben kann. Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank setzt sich ja nicht nur aus Deutschösterreichern zusammen. In ihm ist paritätisch auch Ungarn vertreten, ebenso sind böhmische, deutschböhmische Generalräte darin, so daß der Generalrat in jeder einzelnen Sitzung einen Beschluß fassen kann, der das gerade Gegenteil von dem ausspricht, was der Herr Staatssekretär für Finanzen hier gesagt hat. Ich glaube auch, daß unter Umständen ein solcher Moment eintreten kann. Nehmen wir an, Ungarn macht heute oder morgen Anspruch auf eine paritätische Behandlung seiner Schatzscheine oder Schatzwechsel. Nun hat aber Ungarn keine anerkannte Regierung. Die Oesterreichisch-ungarische Bank befindet sich da in einer sehr unangenehmen Situation. Wie sich die ungarischen Generalräte in dieser Frage benehmen werden, weiß ich nicht. Jedenfalls ist aber die Sicherheit, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank unbedingt die Eskomptierung vornimmt, nicht gegeben.

Ein weiteres Moment ist auch das, daß unter Umständen die Nationalstaaten dagegen Einspruch erheben könnten. Dieser Weg bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank ist also kein unbedingt sicherer. Eigentlich darf ja die Oesterreichisch-ungarische Bank mit dem Staate keine Geschäfte machen. Nun wurde allerdings seinerzeit diese Bestimmung suspendiert. Mittlerweile haben sich aber die Verhältnisse geändert und tatsächlich sind heute die

Verhältnisse so, daß der Staat auf dem Umwege über die Banken Geschäfte mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank macht. Daß die Banken geneigt sind, selbst unter schlechten Verhältnissen keine Eskomptierung vorzunehmen, glaube ich nicht. Sie haben bloß zugesagt, daß sie nach Möglichkeit die Eskomptierung vermeiden werden. Ich finde es ja begreiflich. Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat heute erklärt, das Kapital möge Schatzscheine nehmen, bevor man zu Zwangsmaßnahmen greifen muß. Das ist noch zart ausgedrückt. Aber wenn ein Wort von etwas stärkerer Betonung in diesem Sinne von Zwangsmaßnahmen in die Bevölkerung geschleudert wird, dann werden Sie morgen sehen, wie die Kassen gestürmt werden, wie die Bevölkerung wieder das Geld thesauriert, wie sie wieder alle Anzeichen der Angst zeigt, die wir schon so häufig beobachten konnten. Kaum war eine Regung des Bolschewismus in Ungarn etwas stärker, hat jeder Mensch seine 10.000 oder 20.000 K oder seine 50.000 K, kurz seinen ganzen Barvorrat mit sich herumgetragen. Wenn sich wieder Ähnliches ereignet, möchte ich die Bank sehen, die sich nicht bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Rückendeckung suchte. Und diese Rückendeckung brauchen die Banken, sonst würden sie tatsächlich nur aus den verfügbaren Mitteln schöpfen müssen. Die Banken haben es zurückgewiesen, sie wollen nicht unzensurierte Schatzscheine begeben. Darum sage ich: Der Weg ist nicht so sicher, es muß ein anderer Weg, der Weg der inneren Anleihe, betreten werden.

Wenn der Herr Staatssekretär erklärt, dieser Weg der inneren Anleihe ist noch nicht gegeben, so erkläre ich demgegenüber, die innere Anleihe muß kommen, und sie muß jetzt kommen, solange das Geld noch aufgesaugt werden kann. Wenn die Vermögensabgabe in Sicht ist, wird jedermann eine ungeheure Furcht haben, daß er das Kapital nicht aufbringt, er wird fürchten, daß er kein flüssiges Geld haben wird. Daß Frankreich, Italien und England keine innere Anleihe aufnehmen, liegt daran, daß sie noch genügenden äußeren Kredit besitzen. Wenn wir aber als geschlagener Staat, als ein Staat, der im Auslande sehr wenig Kredit genießt, uns nur auf die Notenbank verlassen, die übrigens sehr bald in Liquidation tritt, tun wir damit sehr Unrecht. Wir müssen das Beispiel jenes Staates befolgen, der mit uns geht, des Deutschen Reiches. *(Zustimmung.)* Das Deutsche Reich hat jetzt eine Prämienanleihe begeben und in dieser Prämienanleihe hat es sogar gewisse Begünstigungen für die Kriegsanleihebesitzer vorgesehen. Das Deutsche Reich hat gesagt: Wenn Du mir im Kriege Geld geliehen hast, will ich Dich nicht verkürzen. Du wirst daher diese Prämienanleihe, die ich ausbebe, teilweise mit Kriegsanleihe bezahlen. Das wurde nicht nur gestattet, sondern es wurde sogar ein

Zwang ausgeübt: Du mußt mit Kriegsanleihe zahlen — und zwar wird die Kriegsanleihe zum Nennwert angenommen. Was erreicht Deutschland damit? Es erreicht damit eine Kurserhöhung der Kriegsanleihe bis auf den Nennwert. Es verlangt die Annahme der Anleihe und gibt den Nennwert, erhöht also den Kurs seiner eigenen Papiere. Das ist doch ganz begreiflich; denn wenn ich eine innere Anleihe begeben, muß ich doch vorerst einmal die alten Papiere gesichert haben. Diese alten Papiere kann ich aber nur dann sichern, wenn sie einen entsprechenden Kurs haben; denn nur dann hat das Publikum Vertrauen, nur dann wird es auch die neue Anleihe aufnehmen. Wenn aber das Vertrauen fehlt, wenn das Publikum sagt: Ihr habt die alte, die nostrifizierte Anleihe nur mit 75 Prozent bei der Vermögensabgabe eingestellt und sagt, daß Ihr später, vielleicht in 20, 30 Jahren — wenn wir noch leben werden —, sie vielleicht zum Nennwert annehmen werdet, dann hat das Publikum kein Vertrauen und wird natürlich die innere Anleihe nicht nehmen. *(Sehr richtig!)*

Das, was der Herr Staatssekretär von der inneren Anleihe gesagt hat, ist ziemlich richtig, aber noch viel richtiger ist das, was er nicht gesagt hat. Er hat nicht gesagt, daß er die innere Anleihe deshalb nicht nimmt, weil die Bevölkerung einfach kein Vertrauen hat. *(Zustimmung.)* Hätte er das gesagt, so hätte er das eigentliche, das wesentliche Moment getroffen. *(Abgeordneter Dr. Angerer: Und warum hat die Bevölkerung kein Vertrauen?)* Das wird ein anderer Redner ausführen.

Was den äußeren Kredit betrifft, möchte ich nur darauf verweisen, daß man einen äußeren Kredit nur bekommt, wenn man einen inneren Kredit hat. Wenn ich heute ein Geschäft habe, so wird jeder, der mir Kredit geben soll, fragen: Würden Dir Deine nächsten Leute, die mit Dir zu tun haben, in der gleichen Stadt, in demselben Orte Kredit geben? Wenn das bejaht wird, dann gibt mir auch der Außenstehende, nachdem er sich informiert hat, Kredit. Wenn nun dieser Staat im Innern keinen Kredit hat, kann er doch nicht vom Auslande verlangen, daß es ihm Kredit gebe. Das Ausland gibt uns schon deshalb keinen Kredit, weil wir Deutsche sind, aber auch deshalb, weil es kein Vertrauen zu unserer gegenwärtigen Wirtschaft hat. So lange auf der einen Seite dieses Hauses ein wahrhaft pathologischer Haß gegen das Bürgertum herrscht *(Zustimmung)*, werden wir keinen Kredit, weder im Inlande noch im Auslande, haben. *(Lebhafte Zustimmung.)* Der ausländische Kredit wird uns nur so dosenweise zugebilligt, wir bekommen ihn ganz fein rationiert, daß wir genau so und so lange leben dürfen, und dann kann man uns wieder die Kehle droffeln. Das ist eines jener Zwangsmittel, die die Entente gegen uns immer

in Bereitschaft hält, und die Meinung des Herrn Staatssekretärs für Finanzen, daß das Ausland, das uns in diese Lage gebracht hat, ja moralisch verpflichtet wäre, uns zu helfen, diese Meinung ist eine sehr rosige und sehr sonnige. Ich muß sagen, diese Meinung vom Auslande habe ich nie gehabt. Es hat uns nicht in diese Situation gebracht, um uns zu helfen, sondern es hat uns in diese Situation gebracht, um uns zu verderben. (*Sehr richtig!*) Es hat gar niemand ein Interesse an diesem Staate. Bei der Weltverteilung hat es sich um Ägypten, Mesopotamien und Asien gehandelt. Was sind wir denn! Ein Staat mit einigen Dörfern, der für die Welt gar nichts bedeutet. (*Staatssekretär Dr. Reich: Wien liegt aber im Zentrum Europas!*)

Ich habe nur mehr wenig zu sagen. Ich möchte nur betonen, daß auch im Staatsamte für Finanzen bisher noch gar nichts geschehen ist, um unsere Auslandsvaluta herzustellen. (*Abgeordneter Leuthner: Solche Reden wie die Ihrige werden das Gegenteil bewirken!*) Ich bitte, wir werden heute in der Ernährungsdebatte noch ganz andere Reden hören, die dem Ausland unsere Situation so drastisch darstellen werden, wie sie ist, und es wird sehen, daß wir tatsächlich nicht leben können. (*Abgeordneter Allina: Aber Sie wollen die Kreditwürdigkeit des Staates auch im Innern erschüttern!*) Ich will, daß die Regierung derart arbeitet, daß ein innerer Kredit möglich ist. (*Lachen.*) Das ist genau so zum Lachen, wie wenn Sie glauben, daß wir einen inneren Kredit bekommen, wenn Sie die ganzen Fabriken und Industrien sozialisieren wollen. Glauben Sie, das ist für das Ausland nicht zum Lachen? Auf der einen Seite wollen Sie die sozialistische Republik, einen gewissen schleichenden Kommunismus einführen. (*Zwischenrufe.*) Zumindest stellt Rußland das Laboratorium dar für den pathologischen Bolschewismus, für den akuten und wir für den schleichenden. (*Abgeordneter Leuthner: Das ist der reinste Absurd eines Artikels der „Neuen Freien Presse!“*)

Präsident **Hausser** (*welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat*): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Kraft** (*fortfahrend*): In der „Neuen Freien Presse“ ist das nicht gestanden, ich habe es nicht gelesen, aber es kann sein. Wenn ich aber etwas zitiere, was tatsächlich wahr ist, möchte ich nicht Ihren Reden nachgehen, was Sie zitieren, was in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist und auch nicht untersuchen, ob das immer richtig ist. (*Zwischenrufe.*)

Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat im Finanzausschusse über die Verteuerung der Produkte gesprochen. Er hat erklärt, er werde eine

Verteuerung vornehmen müssen, und ich glaube, es wird auch nicht anders möglich sein. Denn heute erfordern bereits die Zuschüsse aus der Staatskasse zirka drei und nach der verschlechterten Valuta vier Milliarden. Er hat heute den Rückzug angetreten. Ich finde das auch begreiflich, aber ich kann nicht glauben, daß es notwendig ist, daß alle Ausländer und alle Großkapitalisten und alle Reichen an einer Verbilligung der Lebensmittel in diesem Ausmaße teilnehmen. Ich glaube daher, daß der Weg, den er beschritten hat, ganz richtig ist, und ich möchte glauben, daß diese Frage noch studiert werden muß und nicht einseitig beantwortet werden kann. Es ist nicht notwendig, daß gleichmäßig die ganzen Bodenprodukte so tief unter dem Weltpreise stehen müssen.

Ich will Sie nicht länger aufhalten, ein kurzes Beispiel nur will ich anführen. Ich war vor kurzem in Meran und habe dort eine Semmel gekauft um 12 Centesimi. Man erhält alles, Semmeln, Rispeln usw. Die Centesimi stehen heute viel schlechter als früher, sie haben ungefähr den halben Kurzwert der Schweizer Franken, ergo sind sie ungefähr sechs Centimes Schweizer Währung und ungefähr fünf Heller altes österreichisches Geld wert. Mit einer Verteuerung der Semmeln um 50 Prozent würde man sich ganz gewiß zufrieden geben. (*Ruf: Wir haben ja gar keine!*) Hätten wir sie, wären alle zufrieden. Nun ist die Sache aber so: Wenn ich die Semmeln um 12 Centesimi heute nach der Valuta kaufe, so zahle ich 1 K 30 h dafür. So ist die Differenz. Und nun frage ich hier den Sachverständigen: Wie hoch ist so ein Semmeläquivalent ungefähr? Die Teigmasse an Qualität und Größe, wie sie eine Semmel in Meran darstellt, kommt auf 30 h. Das andere zahlt der Staat darauf. Muß der Staat für Brot, Brotgetreide und Nahrungsmittel so viel daraufzahlen, für Ausländer und Wohlhabende, und dabei ins Defizit kommen? Diese Frage hängt mit der Brotfrage zusammen und es wird vielleicht Gelegenheit sein, hier einige aufklärende Worte darüber zu hören. Ich bin sehr gerne bereit, mich belehren zu lassen.

Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat erklärt, daß wir heute für die Produktion und zum Leben die nötigen Mittel eben nehmen und einen Kredit aufbringen müssen, daß wir nicht handeln dürfen wie ein Geizhals handelt. Gegen den Vorwurf, wie ein Geizhals zu handeln, sind wir ziemlich gefeit. Diesen Vorwurf wird uns gewiß niemand machen. Was wir notwendig haben, ist nicht, daß man über uns klagt, daß wir wie ein Geizhals oder wie ein Verschwender handeln, sondern es ist notwendig, daß die ganze Welt und vor allem das Inland selbst überzeugt ist, daß sich unsere Wirtschaft auf gesunden Bahnen bewegt, daß wir endlich einmal Laten sehen, daß wir das Vertrauen ge-

winnen. Wenn wir das Vertrauen gewonnen haben, dann werden die entscheidenden Schritte wirklich verhältnismäßig leicht zu machen sein. Und wenn der Herr Staatssekretär für Finanzen im Einvernehmen mit anderen Staatssekretären die Wege beschreitet, die uns von verschiedener Seite angegeben wurden, und auch eine innere Anleihe in den Kreis seiner Erwägungen zieht, Zwangsmaßnahmen aber vollständig ausschaltet, dann wird es möglich sein, auch das Vertrauen des Inlandes zu gewinnen. Alles hängt davon ab, das Vertrauen zu gewinnen, das Vertrauen des Auslandes zu uns und daß wir selbst wieder zu uns Vertrauen haben. Damit schliesse ich. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Hausler: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dr. Schneider.

Abgeordneter Dr. Schneider: Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat seine Ausführungen zu den Kreditoperationen damit eingeleitet, daß er gesagt hat, es sei ihm sehr unangenehm, als eine der ersten Vorlagen, die er hier zu vertreten habe, eine Kreditermächtigung zu vertreten. Er hat uns dann nachgewiesen, wie notwendig die Einholung dieser Kreditermächtigung ist, wir haben auch aus dem Berichte des Ausschusses gehört, welche Aufgaben damit erfüllt werden sollen. Wir müssen unter allen Umständen anerkennen, daß es hier gilt, unabwendbare Aufgaben zu erfüllen. Aber mir scheint, unsere größte und wichtigste Aufgabe ist, in dem Moment, in dem wir dem Staatsamt für Finanzen die Ermächtigung erteilen, 2 1/2 Milliarden neue Kredite aufzunehmen, Mittel und Wege zu sichern, diesen Zuständen ein Ende zu machen. *(Zustimmung.)* Wir werden diese Kreditoperationen unterstützen. Wir unterstützen sie in der Erkenntnis, daß sie notwendig, daß sie unabwendbar sind. Wir unterstützen sie aber auch in der Erwartung und in der Hoffnung, daß das Haus auch in dieser Beziehung endlich einmal an jene Aufgabe geht, und zwar in der nächstmöglichen Zeit, die das Volk Österreichs von diesem Hause seit dem ersten Tage seines Zusammentrittes erwartet hat: die Regelung der Finanzen, die Regelung der Wirtschaft. *(Lebhafte Zustimmung.)* Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat uns versprochen, daß er keine neuen Noten drucken lassen wird, soweit dies nur irgendwie möglich sein wird. Wir nehmen dieses sein Versprechen sehr gerne zur Kenntnis. Ich darf es hier nicht unterlassen, das Haus ein bißchen darauf aufmerksam zu machen, welche Bedeutung diese Noten bei uns schon bekommen haben. Ich wohne in einem Gebiete, das nahe an der Grenze liegt. Es wird dort — um ein Beispiel herauszugreifen — mit den österreichischen Banknoten folgendes Spiel getrieben:

Wenn man aus der Schweiz herüber einen Brief nach Österreich schicken will, dann schickt man ihn unfrankiert und legt in der Schweiz drüben in den Brief eine Kronennote hinein, die man heute um 3 Rappen oder höchstens um 3 75 kaufen kann. Der Erfolg ist nun der: Der Absender erspart sich dadurch mindestens 10 Centimes Porto, das sind heute über 3 K, die Postverwaltung in Österreich bekommt das Straßporto von 50 Hellern und die übrigen 50 Heller verdient der, der den Brief bekommt. Unsere Banknote ist drüben in der Schweiz ein Gegenstand der Lächerlichkeit geworden.

Der Herr Finanzminister hat uns gesagt, daß die Besserung unserer Finanzen davon abhängig sei, daß der Kredit des Staates durch das Vertrauen gestützt werden müsse, daß das Volk auf den neuen Staat setzt. Ich muß Ihnen aus den Volkskreisen heraus, mit denen ich verkehre, sagen, daß leider Gottes das Vertrauen des Volkes zu diesem Staate heute ein außerordentlich geringes ist. Ich sage wiederum: eine der Hauptaufgaben dieses Hauses ist es, das Vertrauen aller Schichten des Volkes zu diesem Staate zu gewinnen. Wenn das ungeteilte volle Vertrauen aller Schichten des Volkes gewonnen wird, dann werden jene Wege möglich sein, die in einer modernen Finanzwirtschaft dahin führen, daß das Volk volkswirtschaftlich gesunde.

Der Herr Finanzminister hat auch das Wort ausgesprochen, das Volk müsse erkennen: tua res agitur. Ja, wenn das Volk erkennt, daß im Staate sua res agitur, dann wird alles das kommen, was uns heute versprochen wird.

Wir gehen in die Bevölkerung hinaus, um dem Volke davon Mitteilung zu machen, daß wir aus unabwendbaren Rücksichten und aus Gründen der Not heute dem Staate weitere 2 1/2 Milliarden Kredit gewährt haben, daß wir uns darüber klar sind, daß unser Finanzjahr mit einer Anzahl von Milliarden als Defizit abschließen wird und daß wir jahrelang brauchen werden, bis wir eine geordnete regelmäßige Finanzwirtschaft haben werden. Wir gehen hinaus, um dem Volke zu sagen, daß wir aus Gründen der Finanzwirtschaft, aus Gründen der Gesundung des Volkes es notwendig haben werden, eine Preisregulierung eintreten zu lassen, die praktisch zur Folge haben wird, daß eine ganze Reihe von Artikeln des täglichen Lebens oder des gewohnten Gemiffes in die Höhe schnellt. Wir tun dies und wollen auch draußen im Volke das Vertrauen zu diesem Staate erwecken, weil der einzige Weg, auf dem wir zum Ziele kommen, ist: Arbeiten — arbeiten auch in der Form, daß wir dem Staate Vertrauen verschaffen, daß er heute nicht hat.

Darum stimmen wir für die Vorlage. Wir stimmen dafür, indem wir an den Finanzminister

die Bitte richten, seinerseits alles das wegzuräumen, was das Volk in dieser Beziehung beunruhigt. Da sind ein paar Dinge, die ich dem Staatssekretär nicht vorenthalten darf. Im Volke draußen ist heute die tiefste Beunruhigung darüber vorhanden, daß es mit der Vermögensabgabe nicht vorwärts geht. *(Lebhafte Zustimmung.)* Ich bitte den Herrn Staatssekretär, keine Stunde zu versäumen und uns die Vermögensabgabe zu bringen; denn unser Volk draußen hat die Empfindung, daß jede Stunde, die die Vermögensabgabe später kommt, eine Stunde sei, in der sie auch geringer wird. Und die Vermögensabgabe ist eine wesentliche Grundlage für unsere wirtschaftliche Zukunft. *(Zustimmung.)*

Ich habe die heutige Gelegenheit erwartet, um etwas in diesem Hause zu sagen, was mir schon längst am Herzen liegt. Wir sehen, wie die deutsche Valuta ganz wesentlich gesunken ist, und zwar durch das Loch im Westen, dadurch, daß es auch im deutschen Volk viele Tausende von Leuten gegeben hat, welche das Interesse ihres privaten Geldsacks ganz wesentlich dem des Volkes und dem des Staates vorangestellt haben, indem sie mit den Vertretern der Entente einen schwindhaften Schwindel in der Form von Schmuggel und Valutahandel treiben. Dasselbe ist auch bei uns. Ich habe Gelegenheit, dieses Loch in Österreich, aus dem unsere wertvollen Geldmittel ins Ausland hinausfließen, zu sehen und zu beobachten. Ich entsetze mich seit Wochen und Monaten darüber, wie es bei dem sogenannten Schnellzuge zugeht, der von Wien nach Borarlberg hinausgeht *(So ist es!)*, jenem Zuge, der bei uns draußen den Namen „Schmugglerzug“ erhalten hat, und ganz sicher am meisten von dem hinausbringt, was überhaupt hinausgebracht wird.

Lassen Sie sich einiges erzählen! Vor acht Tagen war ich zufällig Zeuge, wie zwischen den letzten beiden Stationen dieses Zuges, eine Schmugglergesellschaft ertappt wurde; ich war erstaunt darüber, daß es Leute von derartigem Rufe und von derartiger bisheriger Unbescholtenheit waren, die sich zu diesem niedrigen, volkschädlichen Geschäfte hergegeben haben. Nachher hörte ich, daß es 112 Kilogramm Silber- und Goldmünzen gewesen sein sollen *(Hört!)*, die diese drei Leute allein mit diesem Zug hinaus schaffen wollten. Wenn man weiß, wie gering der Prozentsatz derjenigen ist, die erwischt werden, im Gegensatz zu denjenigen, die nicht erwischt werden, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, was an Geld allein und an Metallgeld im besonderen auch heute noch aus unserem Staate ins Ausland hinauswandert.

Die Auftraggeber dieser Leute, diejenigen, die sie zahlen, sitzen nicht alle im Auslande, sie sitzen auch in unserer Mitte, mitten in unserem Staate,

in allen großen Städten. Was ist die Folge dieser ganzen Sache?

Ein paar andere Dinge! Borarlberg ist gewissermaßen durch den Schmuggel, der draußen geht, insbesondere durch den großen Zigarren- und Saccharinschmuggel, berüchtigt worden. Ich weiß, daß Hunderttausende von Zigarren täglich, rechtlich, größtenteils aber widerrechtlich über die Grenze gehen, den Weg herunter bis Wien finden und hier zu den bekannt hohen Preisen verkauft werden. Das wäre alles nicht notwendig gewesen, wenn der Staat am Anfange denen gehorcht hätte, die diese Verhältnisse kennen, und den Handel, den hier das Volk widerrechtlich treibt, zu seinem eigenen Vorteile getrieben hätte. Und jetzt möchte ich auf das kommen, was mir für mein Volk am Herzen liegt, sehr zum Vorteile des eigenen Volkes.

Ich kenne einfach mein eigenes Volk nicht mehr, es ist größtenteils bis in den Grund hinein verdorben und von einer Amoral, wie man sie nie gekannt hat. Wir haben heute überfüllte Gefängnisse und alle sind aus diesen Gründen überfüllt.

Raub, Diebstahl, Betrug und Mord geschehen, alle nur aus der Sucht nach Schmuggel, und die Finanzwache, die brav ihren Dienst erfüllt, hat nicht die Möglichkeit und die Macht, das zu unterbinden. Und all das geschieht, weil darauf keine gehörige Strafe steht, und zwar nicht nur keine Strafe für diejenigen, die die Tat begangen haben, sondern für die, welche die Hauptschuldigen sind, diejenigen, die den Profit davon gezogen haben, die Auftraggeber, denen wir bei uns draußen die Schuld geben, daß sie unser Volk bis in die Knochen hinein verdorben haben. *(Zustimmung.)*

Nicht in Borarlberg allein ist es so; ich weiß, daß es auch in vielen anderen Teilen der Bevölkerung so ist. Die Schmuggler rekrutieren sich ja nur zum Teil aus unserem Lande, wir haben auch berufsmäßige Schmuggler aus Tirol, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich — aus allen Ländern — und natürlich auch aus Wien. Schauen Sie die Züge an, die hinausfahren, studieren Sie sie und dann urteilen Sie, wohin diese Sachen führen!

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit dem Herrn Staatssekretär für Finanzen sagen. Ich bitte ihn, indem er die Versicherung von uns erhält, daß wir im Vertrauen auf den Staat die Operation unterstützen, zu der er heute gezwungen ist, auch seinerseits das Versprechen abzugeben, alles zu tun, was den Staat in dieser Beziehung retten kann. Darauf wollen wir hoffen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hausler**: Zu einem formellen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Forstner: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident Hauser: Ich bitte die Plätze einzunehmen. Der Herr Abgeordnete Forstner beantragt Schluß der Debatte.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage auf Schluß der Debatte zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag ist angenommen.

Es kommt somit zur Wahl von Generalrednern.

Zum Worte sind noch gemeldet, und zwar kontra die Herren Abgeordneten: Wutte, Clessin, Waber, Straßner, Müller-Guttenbrunn, Ursin, Grahamer und Schönbauer; pro die Herren Abgeordneten: Allina, Weiskirchner, Danneberg, Hohenberg, Boschek, Regner, Hermann Hermann und Hafner.

Ich bitte, an die Wahl von Generalrednern zu schreiten. *(Nach einer Pause):* Zu Generalrednern wurden gewählt: kontra der Herr Abgeordnete Dr. Wutte; pro der Herr Abgeordnete Allina.

Zum Worte gelangt der Kontraredner Abgeordneter Dr. Wutte; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Wutte: Hohes Haus! Jede Kreditvorlage ist eine Vertrauensfrage für die Regierung. Wenn wir wissen wollen, ob die Regierung und unser Wirtschaftsleben bei der Bevölkerung im Inlande und im Auslande Vertrauen haben, so müssen wir uns den Kurs unserer Valuta ansehen. Es bestand die Hoffnung, daß beim Wechsel der Regierung sich die Valutaverhältnisse bessern, daß sich der Kronenkurs heben werde. Es hat anfangs geschienen, als ob tatsächlich eine Besserung eintreten würde, die letzten Tage haben aber gezeigt, daß der Kurs unserer Krone im Auslande lawinenartig heruntersinkt. Es sind keine Hände da, die diese österreichische Krone übernehmen würden, die das Vertrauen zum österreichischen Staate haben, daß sie die Krone hier wieder anlegen können, daß sie mit dieser Krone hier arbeiten, daß sie sich im Inlande entsprechende Werte sichern können.

Das Wesen des Vertrauens ist nicht so einfach. Man glaubt, daß mit einem Personenwechsel das Vertrauen schon wieder hergestellt wird. Man glaubt, daß, wenn einer der Herren Staatssekretäre, der vielleicht vieles auf dem Kerbholz gehabt hat, verschwunden ist, dann das Vertrauen schon wieder da ist. Sie sehen, daß das Ausland anders urteilt. Trotz des Wechsels in den Personen der Regierung ist das Vertrauen nicht eingekehrt, im Gegenteil das Mißtrauen ist nur größer geworden.

Warum hat das Ausland kein Vertrauen zu uns? Wenn jemand diese Frage nicht beantworten

will, dann erklärt er, daß der Kurs unserer Valuta die Folge einer weitgehenden Baissespekulation auf dem Weltmarkt ist. Ich gebe zu, daß das Baissespekulation ist, aber warum haben wir die Baissespekulation? Weil man weiß, daß eben auch kein Vertrauen hier im Inlande ist, daß dieser Baissespekulation im Ausland entgegentritt. Das Geld ist ein Wertmesser, der auf alles, auf die geringste Kleinigkeit reagiert. Je weniger liquid ein Wert ist, desto langsamer reagiert der betreffende Wert. Wenn unsere Krone heruntergespielt wird und man kauft sich dann zu diesem tiefen Kurse Kronen, so kann man hier im Inlande die Werte noch sehr preiswürdig erwerben. Tatsächlich wird derzeit ein Ausverkauf Österreich-Ungarns seitens des Auslandes veranstaltet. Es handelt sich aber hier nicht um Staatsobligationen, um Papiere, die den Staat, ein Land oder eine Gemeinde betreffen, das Ausland greift nur auf unsere realen Warenwerte, auf die mobilen Warenwerte, die möglichst rasch ins Ausland gebracht werden können. Es will ja niemand bei uns verbleiben, die Zustände sind zu ungemütlich, um hier ein entsprechendes Heim finden zu können. So wird der Ausverkauf Deutschösterreichs durchgeführt und über kurz oder lang werden wir nicht mehr über die schlechte Valuta jammern, sondern wir werden einfach nichts mehr anzuziehen haben.

Wir werden nicht nur keine Lebensmittel haben, sondern auch keine Bedarfsgegenstände. Dann erst wird man sehen, wo die Fehler gesteckt sind.

Warum soll auch das Ausland zu uns Vertrauen haben, wenn man beabsichtigt, Eigentum glatt zu konfiszieren, wenn man heute noch, in einer Zeit, wo selbst die Vorkämpfer der Sozialisierung erklärt haben, daß es nicht möglich sei, Schulden zu sozialisieren, daß es derzeit infolge der Kreditbeanspruchung im Auslande nicht möglich sei, zu sozialisieren, neuerdings ein Sozialisierungsgesetz austauscht, und zwar das Kommunalisierungsgesetz? Sie brauchen den Entwurf nur durchzusehen auf die Enteignung nach dem Wert. Es weiß jeder Mensch, daß die Krone, die wir heute haben, nicht dieselbe Währung ist wie vordem, daß diese Krone schon vielleicht 20 oder 30 Wertstufen neuer Währungen durchgemacht hat, bis sie endlich die Krone, die wir heute haben, geworden ist. Nun steht in diesem Gesetze darin, daß diese Werte, die zu enteignen sind, nach dem Buchwerte, also Kronen der alten guten Zeit, in heutigen Kronen abgelöst werden sollen. Das ist Raub. *(Rufe: Sehr richtig!)* Denn nicht der Wert wird bezahlt, sondern ein Zehntel, ein Zwanzigstel des Wertes, und wenn Sie den heutigen Schweizerkurs für die Krone von 3 Centimes nehmen, dann ist es überhaupt nur ein Dreihundertstel des Wertes.

Glauben Sie nun ja nicht, daß das Ausland die Vorgänge bei uns nicht verfolgt. Es ist den

Großbanken nicht möglich, ihre alten Verbindungen mit dem Auslande wieder herzustellen, weil eben fortgesetzt in dieser Art gewirtschaftet wird. Es ist unverantwortlich, daß in einer Zeit, wo man auf Gnade und Ungnade dem Auslande ausgeliefert ist, derlei mißbrauchende Demagogie getrieben wird, daß solche Vorlagen überhaupt ausgearbeitet werden. Das Vertrauen, welches einmal geschwunden ist, kehrt nicht so bald wieder. Man hat anfangs der Sozialisierung gedacht, man wird alle Werte enteignen und den Enteigneten die Werte in Obligationen geben, sei es in Staatsobligationen oder, wie in späterer Zeit gedacht wurde, in Obligationen einer Sozialisierungsbank. Man wollte an Stelle des realen Wertes das Zahlungsverprechen des Staates oder einer Sozialisierungsbank geben. Glauben Sie, daß, wenn an so etwas gedacht wird, und wenn man weiß, daß das, was man dem Betreffenden gibt, nichts wert ist, das Ausland noch ein Interesse hat, von uns Papiere zu kaufen, die wir auflegen? Normal würde sich die Valuta wieder herstellen im Wege der Effektenarbitrage, daß unsere Wertpapiere, die Staatspapiere, die Landes- und die Gemeindeobligationen, vom Auslande gekauft werden und sich durch das Hereinströmen der fremden Valuta normalerweise die Kurse wieder herstellen. Ich habe bereits ausgeführt, daß auf diese Werte das Ausland nicht greift, weil sich unsere Regierung jedes Vertrauen im Auslande verschert hat.

Ich höre fortgesetzt von einem Valutakredit. Es ist ja richtig: ohne Valutakredit gibt es keine Gesundung der Wirtschaft. So lange die Krone in ihrem Werte nicht stabilisiert ist, und wenn auch die Krone nur 15 Centimes ist, gibt es keine Produktion; denn ohne Stabilisierung der Krone kann kein Industrieller seine Herstellungskosten kalkulieren, da sich von Tag zu Tag die Einkaufspreise für Rohmaterialien und für die Lebensmittel der Arbeiter ändern. Im Kriege ist es allerdings zum Brauch — sagen wir besser, zum Mißbrauch — geworden, daß Preise für Lieferungen nicht fix erstellt worden sind, es wurden die sogenannten Gleitpreise eingeführt, wonach die Aufschläge der Willkür des betreffenden Produzenten anheimgestellt worden sind. Auf dem Weltmarke gibt es nur fixe Preise, es gibt nur große Lieferungen, die sich auf eine lange Spanne Zeit erstrecken. Wie soll nun der betreffende Produzent überhaupt einen Preis erstellen, wenn jedes Sinken der Krone auch nur um einen Centime bei diesem Tiefstande die Herstellungskosten gleich um 30, 40 Prozent in die Höhe schnellen läßt.

Die Valutaanleihe ist das Um und Auf der Gesundung der Wirtschaft. Ich höre zwar die Botschaft, daß diese Valutaanleihe kommt, ich glaube

es aber nicht, denn die Regierung — **betone ich** — hat nicht das Vertrauen. Es wird dem heimischen Kapital der Vorwurf gemacht, daß es nicht seinen Kredit im Ausland in Anspruch nimmt. Wie soll ein Industrieller oder überhaupt irgend ein Kapitalist heute einen Kredit im Ausland in fremder Währung in Anspruch nehmen, wenn er sich vor Augen hält, daß er diesen Kredit in kurzer Frist, gewöhnlich innerhalb eines Jahres, wieder in fremder Währung zurückzahlen soll, wenn er sieht, daß dieses Gleiten nach abwärts ein endloses ist? Es wäre ein Verbrechen jedes einzelnen Produzenten, insoweit als die Krone nicht stabilisiert ist, überhaupt Kredit im Auslande in Anspruch zu nehmen. Das Vertrauen im Inlande ist ebenso geschwunden. Es mag ja richtig sein, daß die Masse entscheiden soll, aber weder durch eine Klassenherrschaft wird Ordnung kommen noch durch ein Kämpfen der Menschen untereinander. Die Hezerei unter den Ständen muß aufhören, denn wenn Sie auch die Majorität haben, wenn Sie auch die größere Masse sind, wer muß zahlen? Zahlen müssen nicht Ihre Wähler, zahlen müssen die Wähler der bürgerlichen Abgeordneten. Wenn Sie beschließen, was Sie wollen, mit Macht und mit Gewalt lassen sich finanzielle Fragen nicht lösen. Mein Vorredner hat geschildert, wie das Geld ins Ausland strömt; da hilft Ihnen keine Gewalt, da hilft kein Durchsuchen: das Geld wird abfließen und es ist nur eine Bestätigung dessen, was ich sage, daß kein Vertrauen in der Bevölkerung ist. Es ist keine Heimatliebe mehr im Lande; und warum? Weil eben Zustände in unserem Staate geduldet werden, die unerhört sind. *(Sehr richtig!)*

Es ist ja außerordentlich betäubend, daß selbst die Einrichtungen des Parlaments von der Regierung nicht geachtet werden. Wir haben den Vorstand der Sozialisierungskommission, der als Beratungsorgan der Regierung zu dienen hat. Man sollte meinen, daß dieses Organ von der Regierung in allen Fragen, welche die Vergesellschaftung der Wirtschaft betreffen, gefragt wird. Dies ist nicht der Fall. Die Beschlüsse des Vorstandes werden von der Regierung glatt ignoriert, die Regierung tut das, was sie will. Wir werden in einem späteren Zeitpunkt sehen, ob dieses selbständige Handeln der Regierung richtig ist oder nicht. Wenn der Staatsapparat entsprechend funktionieren soll, so müssen auch die Beamten des Staates, des Landes, der Gemeinde zur Regierung ein entsprechendes Vertrauen haben. Bisher war es durch das Beharrungsvermögen und die Loyalität der Beamten möglich, den Karren weiterzuschleppen. Ich glaube aber, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis dieses Beharrungsvermögen zu Ende ist und wir auch in unserem Beamtenapparat Lücken sehen werden, die nicht mehr auszufüllen sind. Wenn Sie den Unterschied in der Bezahlung eines manuellen Arbeiters

und eines geistigen Arbeiters betrachten, so werden Sie wohl zugeben, daß alles, was halbwegs in der Lage ist, zu einem anderen Beruf zu flüchten, dem Staatsdienst Adieu sagt und fortgeht. Da helfen keine Maßregeln, um diese Beamten zurückzuhalten, da entscheidet der wirtschaftliche Vorteil. Wir haben erst vor wenigen Tagen wieder gehört, daß gerade aus dem Staatsamt für Finanzen einzelne Personen fortgehen. Mit der Besoldungsreform geht es nicht weiter, sie bleibt stecken und wird wahrscheinlich das Licht der Welt nicht so rasch erblicken.

Das Finanzprogramm, das aufgestellt wurde, insbesondere das Finanzprogramm des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer ist ein solches, daß der Staat ganz unmöglich gesunden kann. Wir müssen berücksichtigen, daß unser Staat territorial sehr klein ist und daß man in wenigen Stunden im Auslande ist. Wenn ich die Menschen auf diesem Territorium erhalten will, jene Menschen, deren Einkünfte ich brauche, die ich besteuern will, so muß ich mit diesen Menschen sehr sorgfältig umgehen, sonst werden einfach die betreffenden Personen von diesem Lande Abschied nehmen und über die Grenzen gehen. Dann wird nichts anderes übrig bleiben, als eine kapitallose Masse. Wie diese dann die Steuern und den ganzen staatlichen Aufwand aufbringen werden, weiß ich nicht. Einfach zu diktieren: Weil ich die Macht habe, bezahlst du 80 Prozent Einkommensteuer, bezahlst du soandsoviel Erwerbsteuern, zwinge ich dich, dem Staate eine Zwangsanleihe zu geben, lege ich auf die Bauerngüter eine Hypothek — meine Herren, das sind keine Mittel, um gerade jene, die instande sind, die Lasten des Staates zu tragen, hier im Staate zu behalten. Die Leute werden sich einfach empfehlen. Mit Zwang ist in der Finanzwirtschaft nichts auszurichten.

Wir müssen ein Ordnungs- und Rechtsstaat kategorisch werden, damit die Leute zu uns strömen. Dies ist sehr leicht zu machen, denn bei den Tschechen wird nicht so bald Ordnung werden. Die Tschecho-Slowakei ist in nationaler Beziehung ein altes Österreich. Auch bei den Jugoslawen hören wir, daß vieles nicht in Ordnung ist. Wenn wir hier im Staate Zucht und Ordnung erhalten, kann Österreich der finanzielle und geistige Mittelpunkt der Sukzessionsstaaten werden. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Wir müssen trachten, den Transitohandel in Wien festzuhalten, Lagerhäuser hier zu haben, damit auch die finanzielle Kraft und das finanzielle Wesen sich hier konzentrieren.

Was die Vermögensabgabe anbelangt, so ist es sehr bezeichnend, wenn Staatsfunktionäre sagen, über diesen Begriff ist sich alles einig, die Vermögensabgabe muß durchgeführt werden. Das ist dasselbe Schlagwort wie das Schlagwort der

Sozialisierung. Wenn es sich darum handelt, die Kriegsschulden zu verteilen, eine Art Clearing in Kriegsleihe zu veranstalten, dann halte ich die Vermögensabgabe für gerechtfertigt. Es soll niemand einen Schaden haben, der aus Liebe zu seinem Vaterlande Kriegsleihe in einem höheren Ausmaße übernommen hatte als derjenige, der seine Vaterlandsliebe nicht durch Zeichnung von Kriegsleihe bekundet hat. Wenn man aber die Vermögensabgabe benutzen will, um Defizite einer Mißwirtschaft zu decken (*So ist es!*), dann bin ich gegen jede Vermögensabgabe (*Zustimmung.*) Die Vermögensabgabe bedeutet hier den Zugriff auf den werbenden Stamm des nationalen Kapitals. In einem Zeitpunkt, wo wir das Kapital des Auslandes hereinrufen, mindern wir das nationale Kapital, welches hier produziert, hier wirkt, in einem derartigen Maße, daß es einfach die Zuflucht zu dem ausländischen Kapital suchen muß. Die Massen von Noten, die im Kriege für unproduktive Zwecke ausgegeben worden sind, die beinhalten die Noteninflation. Das sind aber derartige Mengen, daß sie durch eine Vermögensabgabe nicht zurückgerufen werden können, weil die Vermögensabgabe auch im weitesten Ausmaße nur einen bescheidenen Teil dieser Noteninflation zurückrufen kann. Die Noteninflation kann nur sukzessive abgebaut werden, sie kann nur durch eine starke Besteuerung des Ertrages abgetragen werden, niemals aber durch eine Vermögensabgabe, denn der Zugriff an den Stamm des Nationalvermögens würde die gesamte Produktion des Staates auf Jahrzehnte hinaus in die Hände des Auslandes spielen. Wir sind für die Vermögensabgabe, aber nur in dem Falle, als die Vermögensabgabe zur Abbürdung der Kriegsschulden verwendet wird. (*Abgeordneter Schneidmahl: Wieviel Kriegsschulden würden Sie mit der Vermögensabgabe abbürden?*) Ich habe betont, im Clearing der Kriegsleihe, das heißt die Kriegsleihe ist damit erledigt. Das ist mein Prinzip.

Was die Behandlung derjenigen betrifft, die hier zahlen sollen, muß man sich wirklich fragen, was die Leute machen sollen, die fortgesetzt mißhandelt werden. Die Bürger werden in diesem Staate mit jedem Wort und mit jeder Zeile in den Zeitungen beschimpft. Wenn der Staatskanzler den Mut hat, den Bauern gegenüber zu sagen: der Bürger ist dazu da, dem Arbeiter und Bauern zu dienen, der Bürger muß unterjocht werden. . . . (*Abgeordneter Schneidmahl: Wann ist das gesagt worden?*) Das ist gesagt worden gegenüber den Bauern, das ist mitstenographiert worden und ganz genau verzeichnet. (*Ruf: Wo?*) Beim Empfange der Bauern! (*Abgeordneter Schneidmahl: Muß unterjocht werden?*) Ja, der Bürger muß unterjocht werden, so ähnlich waren die Worte. (*Zwischenrufe.*)

Präsident **Hausler**: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (fortfahrend): ... so muß man sich fragen, ob die Bürger dann noch den guten Willen haben können, einen Teil ihres Vermögens, ihres Ertrages dem Staate zu opfern. (Abgeordneter **Schneidmadr**: Wenn wir den Staat auf den guten Willen derjenigen aufbauen wollten, die Sie vertreten, dann wären wir längst fertig!) Wenn Sie das Wort haben, dann wollen Sie gefälligst reden, Sie kommen dann noch frühzeitig genug daran.

Meine Herren! Vergleichen Sie die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ mit den Worten des Staatskanzlers **Dr. Renner** bei der Industriekonferenz! Die Industriekonferenz wurde vom Staatskanzler einberufen und seine Worte waren gegenüber der Industrie sehr wohlwollende. Er hat hingewiesen, daß die Industriellen ja die gleichen Interessen haben müssen wie die Arbeiter, daß es gut wäre, wenn diese beiden Stände sich gewissermaßen versöhnen und gemeinsam den Wiederaufbau in die Hand nehmen. Lesen Sie aber einen Tag darauf die verschiedenen Zeitungen der sozialdemokratischen Partei, so werden Sie finden: diese Ausbeuter, diese Volkswucherer! In diesem Ton geht es dort weiter. Man muß sich da fragen: Wem soll man glauben? Sind die Worte des Staatskanzlers wahr oder nicht? (Zwischenruf des Abgeordneten **Forstner**.)

Präsident **Hausler**: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (fortfahrend): Meine Herren! Bei Staatsmännern muß man eine gewisse Voraussicht voraussetzen. Betrachten wir einmal die Voraussicht des Herrn Abgeordneten **Doktor Bauer**, der zwei Staatssekretariate in Händen hatte. Gleich zu Beginn des Umsturzes, der Revolution, ist eine Artikelserie erschienen über die Sozialisierung. Mit einer Vermögensabgabe sollte die gesamte Produktion Österreichs, der Grundbesitz und alles was drum und dran ist, Gemeingut aller Menschen werden. So groß hat man sich das Kapital Österreichs und daher auch die Vermögensabgabe vorgestellt. Später hat man gesagt, das geht nicht, es reicht nicht hin, und zum Schluß hat man erklärt, die Sozialisierung geht überhaupt derzeit nicht, weil wir auf Kredite angewiesen sind. Ich frage mich nun, ob es nicht Pflicht eines derartigen führenden Parteimannes ist, zuerst sich darüber klar zu werden, ob wir Kredite benötigen oder nicht, und wenn er sich klar ist, daß wir Kredite nicht benötigen, erst dann dieses Schlagwort der Sozialisierung aufzuwerfen. Er mußte es wissen, daß wir Kredite und fremdes Kapital brauchen, denn nach jedem Zusammen-

bruch ist ja die innere Wirtschaft derartig geschädigt, daß sie Hilfe vom Auslande braucht. Wie diese Voraussicht aussieht und wie groß sie ist, zeigt ja auch die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ in Wien. Ich kann mich sehr gut erinnern, daß gleich nach der Revolution in der Folge stets von einem Preisabbau gepredigt worden ist. Jeder ein Wucherer, wenn höhere Preise entstanden sind. Aber es hat nicht lange gedauert, nach wenigen Monaten stand schon in der „Arbeiter-Zeitung“, jeder ein Idiot, der glaubt, daß sich die Preise abbauen werden, die Preise müssen sich zubauen. Ich greife nur diese zwei Sachen heraus, weil sie das Wirtschaftsleben betreffen (Abgeordneter **Forstner**: Aus dem Zusammenhange!), die Sozialisierung wie auch den Preisabbau, damit die Bevölkerung sehen soll, wie diese Voraussicht ist. (Zwischenrufe.)

Der Großdeutschen Partei wird fortgesetzt Demagogie zugeschrieben (Zwischenrufe.) Nun lieber Herr **Forstner**, sagen Sie mir einmal, warum übernimmt Ihr Herr **Tomshik** nicht das Staatsamt für Verkehrswesen, nun sagen Sie, warum übernimmt der Staatssekretär **Eldersch** oder Frau Abgeordnete **Freundlich** nicht das Staatsamt für Volksernährung? (Zwischenrufe.) Warum müssen Beamte herhalten aus dem monarchistischen Österreich, damit sie fortgesetzt beschimpft und der Unfähigkeit geziehen werden? (Zwischenrufe.)

Präsident **Hausler** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (fortfahrend): Es wäre ja zweckmäßig, gerade hier auf diesem Gebiete zu zeigen, was die Herren können und dann werden wir sehen, wie rasch sie Fiasko machen. Es ist viel besser, die Volkswehr zu kommandieren, dort jüdische Leutnants einzustellen, eine Staatsmacht für die Herren Sozialdemokraten aufzubauen als Wirtschaft zu betreiben. (Abgeordneter **Forstner**: Mann kann einen Staat nicht ärger zugrunderichten, als Sie das alte Österreich!) Die Länder müssen protestieren, daß die Staatskasse lediglich für Wiener und niederösterreichische Zwecke da ist. Ich möchte eigentlich gerne wissen, wie viel Geld hier in Wien hinausfließt für Wiener Zwecke und für Niederösterreich und wieviel für die Länder. Man muß hier sagen, daß eigentlich bei dieser ganzen Staatswirtschaft die Länder die Leidtragenden sind. Wir Großdeutsche sind für ernste Arbeit, gewiß, aber erst dann, wenn Sie zeigen, daß überhaupt eine Ordnung im Staat ist. (Abgeordneter **Schneidmadr**: Warum sind Sie nicht in die Regierung eingetreten?) Warum? Weil ich nicht eingeladen bin. (Heiterkeit. — Ruf: Seinerzeit schon!) Absolut nicht. Sie wissen nicht einmal das! Die Regierung, die hier sitzt, ist ja

nicht allein in diesem Saal. Es ist ja noch eine zweite Regierung da, die Arbeiterräte funktionieren ja noch lustig weiter. *(Zwischenrufe und Lachen.)* Meine Herren! Sie lachen! *(Zwischenrufe des Abgeordneten Forstner.)* Herr Kollege Forstner, ich kann Ihnen den Fall erzählen, daß im XI. Bezirk eine Zisterne Petroleum, die dort der Bevölkerung zugewiesen wurde, vom Arbeiterrate für sich hopp genommen und lustig ausgeteilt wurde. *(Zwischenrufe.)* Nur langsam! Nun war aber das kein Petroleum aus Galizien zu dem billigen Preise, sondern es war ein Petroleum, welches bedeutend teurer war. Nun ist das Einkassieren gekommen und diese lieben Arbeiterräte hätten das Geld abführen sollen. Sie hatten aber nur den Preis einkassiert, der von der Preisprüfungskommission festgesetzt war, und da hat sehr viel gefehlt. Sagen Sie mir einmal: Wer zahlt denn das darauf? Zahlen das auch vielleicht Ihre Wähler drauf? *(Zwischenrufe des Abgeordneten Forstner.)* Bei dieser Mißwirtschaft die hier herrscht — und es ist traurig, daß wir zu keiner Ordnung im Staate kommen — können wir kein Vertrauen zur Regierung haben und müssen daher jede Kreditvorlage ablehnen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hauer**: Zum Worte gelangt der Generalredner pro, Herr Abgeordneter Allina; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Allina**: Hohes Haus! Die Kreditvorlage, die uns heute hier beschäftigt, ist mit eine der Maßnahmen, die uns aus dem Elend und aus dem Zusammenbruche herausführen sollen, in den uns die Kriegspolitik des alten Österreich hineingeführt hat. Wenn uns heute hier von seiten der Großdeutschen Reden geboten wurden, die in ihrem Wesen darauf gestimmt sind, diese Arbeiten zu unterminieren, die Kreditfähigkeit des Staates nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande zu erschüttern und den Erfolg dieser Regierungsmaßnahmen in Frage zu stellen, so müssen wir diese Reden aus dem Geiste und aus der Ideologie der Industrie und jener Kreise heraus verstehen, die den Rednern, die heute hier von der Großdeutschen Vereinigung aufgetreten sind, nahe stehen und die wir erst vor wenigen Tagen kennen gelernt haben, als sie bedauerten, daß es bis heute möglich gewesen ist, die Ordnung in diesem Staatswesen aufrechtzuerhalten, weil eine Unordnung, weil Erschütterungen der Ordnung ihren Plänen nach Aufrichtung der alten Herrschaft des Kapitals, nach Aufrichtung der Herrschaft der alten abgetakelten Monarchie sicherlich förderlicher gewesen wären als die Ordnung in diesem Staat aufrechtzuerhalten und durch gesetzliche Maßnahmen die zerrütteten Staatsfinanzen wieder herzustellen.

Der Herr Abgeordnete Kraft und mit ihm der Herr Abgeordnete Dr. Wutte, sie sind Freunde der Vermögensabgabe dann, wenn mit dieser Vermögensabgabe die Kapitalisten wieder so nebenbei ein Geschäft machen können. Ihre Wut gegen die Vermögensabgabe, gegen die Begleitererscheinungen derselben richtet sich dagegen, daß die Kriegsanleihe nur zum Belehnungskurs eingeliefert werden kann. Was verlangen sie in Wirklichkeit? Sie verlangen, daß zu einem Zeitpunkte, wo die Kriegsanleihe ja noch nicht am Ende ihrer Laufzeit ist, ihre Bewertung zu einem anderen als zum Kurswert also gar nicht möglich und geboten erscheint, sie verlangen, daß schon im jetzigen Zeitpunkte der volle Nennwert der Kriegsanleihe als entsprechendes Äquivalent geboten wird.

Sie wissen ja, wie diese Kriegsanleihe gerade in der Periode des Zusammenbruchs in dieses Deutschösterreich durch alle Kanäle des Schleichhandels und des Schmuggels hereingeströmt ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Wutte, der ja ganz gut weiß, daß zu dieser Zeit Kriegsanleihe zu 45 und zum Kurse von 50 hereingekommen ist, vertritt jetzt mit dem Brustton der Überzeugung die Forderung, daß die Kriegsanleihe zum vollen Nennwert, also zu 94, gelegentlich der Vermögensabgabe eingeliefert werden soll. Das hätte letzten Endes die Konsequenz, daß gerade die Leute, die sich damals an dem Zusammenbruche zu bereichern verstanden haben, nunmehr neuerlich auch an der Not des Staates ihr Süpplein lochen und ungeheure Profite aus dem Titel der Vermögensabgabe nach Hause bringen. *(Zustimmung.)*

Hohes Haus! Die Redner der Großdeutschen Vereinigung, der Herr Abgeordnete Kraft und der Herr Abgeordnete Dr. Wutte, haben die Dinge so aufgepäimt, daß es infolge der Unfähigkeit der Regierung bis heute nicht möglich war, die Ordnung herzustellen und dieser Staat deshalb keine Kredite beanspruchen kann; die Unfähigkeit der Regierung ist es, die die Krone im Ausland auf diesen Tiefkurs gebracht hat, und die Unfähigkeit der Regierung ist es, die es jetzt unmöglich macht, eine innere Anleihe aufzunehmen.

Wenn heute die Krone im Ausland auf diesem Tiefkurs steht, den wir alle in unserer Lebensführung spüren und der die Lebenshaltung der breiten Schichten so empfindlich trifft, so ver-gessen die Herren, daß das der Ausdruck unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Unmöglichkeit ist, der Unmöglichkeit der ganzen wirtschaftlichen Struktur dieses Deutschösterreichs, wie es in St. Germain geschaffen wurde; daß es der Ausdruck der Tatsache ist, daß dieses Deutschösterreich auf sich allein nicht gestellt sein kann. Wenn heute dieser Staat auf Importe angewiesen ist und sich nur durch Importe erhalten kann, nachdem er aus eigenen

Quellen, aus eigenem Besitz nichts schöpfen kann, so ist dies ein Produkt unserer wirtschaftlichen Struktur und hängt nicht davon ab, wer gegenwärtig in der Regierung sitzt.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Wutte meint, daß die Besoldungsreform und alle diese Dinge, die er hier angeführt hat, daran schuld seien, daß wir noch nicht zur Ordnung gekommen sind, und daran zweifelt, daß es überhaupt in diesem Staate zu einer Ordnung kommen kann, wenn er sagt, daß es auch im Gebände der Verwaltung zu knistern beginnt und hohe Funktionäre der Staatsverwaltung vom Staat Abschied nehmen, so sind wir mit ihm einer Auffassung darüber, daß die Bezahlung der Staatsbeamten sicherlich heute keinen Anlaß bieten kann, um weiter im Staatsdienste zu bleiben. Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Wutte dies darauf zurückführt, daß eine solche Spannung zwischen der Bewertung der manuellen Arbeit und der geistigen Arbeit vorhanden ist und sich anscheinend dafür einsetzt, daß die Gehalte der sogenannten geistigen Arbeiter von der Regierung, die er als unfähig bezeichnet, so erhöht werden, daß ein Anreiz zum Übertritt in die Privatwirtschaft nicht mehr besteht, so hoffe ich, daß der Herr Abgeordnete Dr. Wutte auch bei den ihm nahestehenden Kreisen, bei der Industrie, dafür eintreten wird, daß die Bezahlung der geistigen Arbeiter auf eine solche Stufe gebracht wird, daß der Anreiz entfällt, ins Ausland zu gehen und sich dort eine auskömmliche Existenz zu schaffen, daß sie hier wenigstens ihr Leben fristen können.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Wutte hat gemeint, daß der finanzielle Effekt der Maßnahmen, die in dieser Richtung von der Regierung getroffen werden, doch nicht von jenen Schichten getragen werden müsse, die wir hier vertreten, sondern daß seine Wählerschichten es sind, die die Opfer für den finanziellen Effekt dieser Maßnahmen schließlich aufzubringen haben. Wie es mit der Opferwilligkeit jener Kreise bestellt ist, die zu den Wählerschichten des Herrn Abgeordneten Dr. Wutte und des Herrn Abgeordneten Kraft gehören, das sehen wir, das können wir recht deutlich konstatieren, wenn es sich darum handelt, endlich einmal auch dem Staate das zu geben, was des Staates ist. Hinter der Weigerung, die Vermögensabgabe endlich einmal so in die Wege zu leiten, daß damit auch einer jener finanziellen Effekte erzielt wird, die geeignet sind, uns aus den Wirkungen der Inflation zu befreien, hinter dem Vorwande, daß die Herren nur dann für die Vermögensabgabe sind, wenn gleichzeitig festgestellt wird, daß sie nur zur Abbürdung der Kriegsschulden und nicht zu irgendwelchen anderen Zwecken bestimmt sein soll, hinter diesem Vorwande steckt de facto nichts anderes, als der bare Mangel, ein Opfer für diesen Staat zu bringen.

Die Kreise, die dem Herrn Abgeordneten Dr. Wutte nahestehen, wie überhaupt die Kreise unserer Großindustrie, unsere kapitalistischen Kreise, sie haben es vorzüglich verstanden, während des Krieges Profite zu machen; sie haben es vorzüglich verstanden, die Konjunktur des Krieges auszunutzen und alle Lasten an Gut und Blut den breiten Schichten des arbeitenden Volkes zu überlassen. Heute nun, wo es dazu kommt, nun endlich einmal seine Opferwilligkeit, seinen Patriotismus zu beweisen, verlangt man nach Ausnahmsmaßnahmen und verlangt, daß aus dieser Abgabe für den Staat womöglich noch ein Geschäft für den einzelnen Kapitalisten wird. Das ist eine Opferwilligkeit, für die wir kein Verständnis haben können.

In diesem Zusammenhange muß wohl auch, hohes Haus, zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs für Finanzen, der uns neben der Vermögensabgabe, deren Dringlichkeit bereits von einem meiner Vorredner betont wurde und auf die die breiten Schichten des arbeitenden Volkes bereits mit Ungeduld warten, auch angekündigt hat, daß die staatlich bewirtschafteten Artikel nunmehr mit den Auslandspreisen in Einklang gebracht werden müssen, das heißt, daß sie wesentlich steigen werden, in diesem Zusammenhange muß ausgeführt werden, daß die breiten Massen des arbeitenden Volkes es einfach nicht verstehen würden, wenn man sie zu einer derartigen Erhöhung ihrer täglichen Lebensführung zwingen würde, nicht aber gleichzeitig auch durch die Gesetzesvorlage bezüglich der Vermögensabgabe, die Gesetzesvorlage bezüglich der Erhöhung der direkten Steuern ihnen den Beweis geben würde, daß gleichzeitig alles geschieht, um auch diejenigen heranzuziehen, die während der Kriegszeit und auch jetzt noch es verstehen, an dem Zusammenbruche sehr reichlich zu profitieren, für ihre Taschen die Konjunktur auszunutzen.

Es wäre unerträglich, wenn nicht das arbeitende Volk alle die breiten Massen draußen, die heute mehr denn je unter dem Drucke der gesteigerten und unmöglichen Lebensverhältnisse leiden und seufzen, es wäre, sage ich unmöglich, ihnen diese neuerlichen Opfer zuzumuten, wenn ihnen nicht gleichzeitig die Staatsverwaltung den Beweis liefern würde, daß sie sich auch an diejenigen hält, daß auch diejenigen herangezogen werden sollen, die auf Grund ihres Besitzes und auf Grund ihres reichlichen Verdienens während des Krieges in erster Linie dazu berufen sind, heute materielle Opfer zu bringen. In diesem Sinne, hohes Haus, und unter dieser Voraussetzung erklären auch wir, für die Kreditvorlage zu stimmen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident **Hausler**: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Schiegl: Hohes Haus! Wir haben heute wieder genau das gleiche Schauspiel, wie bei früheren Beratungen, wo es sich um die Kredite der deutschösterreichischen Republik gehandelt hat, daß von den Herren Großdeutschen immer Angriffe erfolgen, die die Kreditfähigkeit der deutschösterreichischen Republik, wenn möglich noch weiter herabmindern. Es wurden sowohl von dem Herrn Abgeordneten Kraft, wie auch vom Herrn Abgeordneten Dr. Wutte Äußerungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß es ihnen nicht darum zu tun sein kann, der deutschösterreichischen Republik zu helfen, sondern, daß es sich ihnen nur darum handeln kann, weil sie politische Gegner sowohl der Sozialdemokraten wie auch der Christlichsozialen sind, diese Gelegenheit zu benutzen, um ihre politische Suppe zu kochen und dabei den Staat zu schädigen.

Ich kann nur meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß beispielsweise der Herr Abgeordnete Kraft die ganz offizielle Äußerung des Herrn Staatssekretärs für Finanzen, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank die Staatschahscheine einlösen wird, vollständig grundlos bezweifelt hat. Es kann natürlich nicht beitragen, die Kreditfähigkeit im Innern des Reiches zu heben, wenn solche offizielle Erklärungen der Staatsregierung im offenen Hause vollständig grundlos bezweifelt werden.

Der Herr Abgeordnete Kraft hat dann davon gesprochen, daß ein gewisser Haß, ein pathologischer Haß, wie er sich ausgedrückt hat, auf der einen Seite des Hauses sei, der gegenüber dem Bürgertum zum Ausdruck komme. Wir als Berichterstatter über diesen Gegenstand obliegt es nicht, in eine politische Debatte einzugreifen. Ich kann aber nur das eine konstatieren, daß jene Äußerungen, die vom Herrn Abgeordneten Kraft gefallen sind, gewiß keine Schmeicheleien waren, und wenn von einem Haß gesprochen werden kann, dieser Haß gewiß auf der anderen Seite in einem viel höheren Maße vorhanden ist, als vielleicht auf der linken Seite des Hauses.

Es handelt sich doch darum, daß wir eine Staatsregierung haben, gebildet von den zwei größten Parteien. Wenn immer darauf hingewiesen wird, daß diese Staatsregierung im Volke nicht wurzle und das Vertrauen infolgedessen nicht vorhanden sein könne, ist dies vollständig falsch. Die Wahlen am 16. Februar haben bewiesen, daß die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Und weil sie eben die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, sind sie auch die Träger des Staates. Ich verstehe eigentlich nicht, wie man daran zweifeln kann, daß diese Staatsregierung das Vertrauen im Volke besitzt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Wutte hat in seinen Ausführungen auch darauf hingewiesen, daß er nicht daran glauben kann, daß uns ein Valutakredit vom Auslande gewährt werden wird. Er hat dadurch wieder zum Ausdruck gebracht, daß wir eigentlich nicht kreditwürdig sind. Das ist wieder eine Äußerung, die das Ausland natürlich nur so auffassen kann, daß wir tatsächlich nicht kreditwürdig sind, und es war das eine indirekte Aufforderung an das Ausland, uns eine Valutaanleihe nicht zu gewähren. Der Herr Abgeordnete Dr. Wutte hat aber auch gleichzeitig ausgeführt, daß wir ohne diese Valutaanleihe überhaupt nicht existenzfähig sind, und verneint infolgedessen überhaupt diesen Staat, obwohl er Mitglied der Nationalversammlung ist und daher die Verpflichtung hätte, die Interessen der Republik zu wahren.

In der Debatte wurde vom Herrn Abgeordneten Schneider auch angeführt, daß ein großer Schmuggel an der Grenze stattfindet. Er hat auch vollständig recht, wenn er erklärt, daß bisher alle Maßnahmen gänzlich versagt haben, um den Schmuggel zu hindern. Tatsache ist aber —, und das wissen wir alle ganz genau — daß es der berüchtigte „Ententezug“ ist und daß wir leider nicht die Möglichkeit haben, in einer anderen Weise als durch Vorstellungen bei den einzelnen Missionen darauf hinzuwirken, daß dieser Schmuggel nicht stattfindet.

Es wurde mir privatim mitgeteilt, daß die Unmoralität dieser Schleichhändler soweit geht, daß sie sich sogar an einzelne Abgeordnete heranwagen, um sie zu veranlassen, an diesem Schmuggel teilzunehmen.

Wenn wir uns fragen, wie diese Unmoralität entstehen konnte, und wenn wir uns die ganze Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, vor Augen halten, so, meine ich, müssen wir heute wiederum konstatieren, daß an diesen Verhältnissen schließlich und endlich nichts anderes die Schuld trägt, als dieser fünfjährige Krieg, den wir hinter uns haben. Durch diesen schrecklichen fünfjährigen Krieg wurde nicht nur unsere ganze Volkswirtschaft, nicht nur unsere ganze Finanzwirtschaft, sondern auch die Moral vollständig ruiniert, so daß wir uns heute eben in der schwierigsten Situation befinden. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß sich von allen besiegten Staaten nicht ein einziger in einer so unglücklichen Situation befindet wie wir, da wir einerseits uns selbst nicht ernähren können, andererseits aber auch nicht die Möglichkeit besitzen, aus Mangel an den nötigen Rohstoffen unsere Produktion wieder aufzunehmen.

Da muß wohl gegenüber der Entente der Vorwurf erhoben werden, daß sie der deutschösterreichischen Republik die notwendige Hilfe nicht in ausgiebiger Weise gewährt hat. Die tropfenweise

Hilfe, die sie uns zuteil werden ließ, reicht immer nur so weit, daß wir vor dem tatsächlichen Verhungern bewahrt werden. Würden jedoch alle jene Aushilfen, die uns bisher die Entente gegeben hat, gleich bei Beginn der Aufrichtung des neuen Staates gewährt worden sein, dann würden wir auch die nötigen Mittel gehabt haben, um unsere Volkswirtschaft wieder zu beleben und zur Produktion zu schreiten, so daß wir heute vielleicht schon aus dem Allergrößten heraus wären. So aber sehen wir, daß nach einem vollen Jahre, obwohl nunmehr der Friede abgeschlossen ist und wir gegenüber der Entente nicht mehr Feinde sind, wir noch immer so nebenbei behandelt werden. Ich weiß nicht, welches die eigentlichen Ursachen sind. Ist es nur der bürokratische Apparat oder was sonst, daß man die Verhältnisse in Deutschösterreich nicht richtig erkennt. Ich meine aber, daß gerade jene Ausführungen, die heute wieder im offenen Hause gefallen sind, den Schluß zulassen, daß es auch hier in Deutschösterreich bestimmte Personen gibt, die ein Interesse daran haben, diese unrichtigen Anschauungen wieder ins Ausland hinauszubringen, um gegen die deutschösterreichische Republik zu wirken. Ich meine, daß hier ein gewisser Zusammenhang besteht und daß auf diese Weise die Kreditfähigkeit der deutschösterreichischen Republik unter allen Umständen untergraben wird. Gegen diese Art müssen wir uns entschieden wenden, insbesondere aber dagegen, daß solche Äußerungen, wie sie früher von den Herrn Abgeordneten Kraß und Dr. Wutte gefallen sind, im offenen Hause gemacht werden.

Jetzt hätte ich noch eine Sache zu besprechen, die bereits der Herr Abgeordnete Allina berührt hat. Ich will ausdrücklich feststellen, daß im Finanz- und Budgetausschusse sowohl von den Christlich-sozialen als auch von den Sozialdemokraten ausgeführt wurde, daß es ein unerträglicher Zustand wäre, eine sofortige Erhöhung der Preise aller staatlich bewirtschafteten Artikel eintreten zu lassen, ohne die Vermögensabgabe durchzuführen und ohne die direkten Steuern und die Gebühren zu erhöhen. Das wäre ein unmöglicher und unerträglicher Zustand; das kann und darf nicht geschehen. Wir müssen insolgedessen neuerdings an den Herrn Staatssekretär für Finanzen das Ersuchen richten, der Auffassung des Finanz- und Budgetausschusses Rechnung zu tragen, daß mit der Preisregulierung erst dann eingeseht werde, wenn wirklich die erwähnten Steuervorlagen hier im Hause vorliegen. Im übrigen bitte ich Sie, der in Verhandlung stehenden Vorlage die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen. (*Bravo!*)

Präsident **Hausler**: Es ist noch der Herr Kollege Alois Bauer zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Alois Bauer**: Hohes Haus! Ich berichtige tatsächlich, daß ich die Anwürfe, welche der Herr Abgeordnete Dr. Wutte gegenüber dem Arbeiterrat Simmering erhoben hat, wonach der Arbeiterrat Petroleum verkauft und das Geld nicht abgeführt habe, aus der Luft gegriffen erachten muß. Ich bin Mitglied des Simmeringer Arbeiterrates und mir ist ein derartiger Fall nicht bekannt. Sie alle wissen, daß der Arbeiterrat selbst beschlagnahmte Waren nicht zum Verfaufe bringt, weil hierzu die zuständigen und maßgebenden Behörden da sind. Ich kann nicht annehmen, daß irgend etwas vorgekommen ist, und deshalb muß ich, insofern mir der Herr Abgeordnete Dr. Wutte die Beweise dafür nicht erbringt, die Sache als aus der Luft gegriffen erachten.

Präsident **Hausler**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Abänderungsanträge liegen nicht vor, somit ist das Gesetz eigentlich unbeanstandet. Ich werde deswegen über die §§ 1 und 2 unter einem abstimmen lassen und bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, die den §§ 1 und 2 dieses Gesetzes zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche auch Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Ebenfalls angenommen. Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter **Schiegl**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident **Hausler**: Der Herr Berichterstatter beantragt die dritte Lesung. Ich bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Die sofortige Vornahme der dritten Lesung ist mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Wünscht jemand das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das Gesetz, betreffend Kreditoperationen (*gleichlautend mit 468 der Beilagen*) ist auch in dritter Lesung angenommen und somit erledigt.

Ich werde nun in den Verhandlungen insofern eine Unterbrechung eintreten lassen, als ich dem Herrn Staatskanzler, welcher sich zum Worte gemeldet hat, das Wort erteile.

Staatskanzler Dr. Renner: Hohes Haus! Die Staatsregierung hat sich das Wort erbeten in der Absicht, die entsetzliche Lage, in der sich unsere Bevölkerung und unser Staatswesen befinden, vor der ganzen Öffentlichkeit von der Tribüne des Parlamentes aus zu erörtern. Freimütig, ohne allen Hinterhalt, ohne das geringste zu verbergen oder zu beschönigen, wollen wir unserem Volke wie der ganzen Welt Rechenschaft ablegen.

Hohes Haus! Jedes Wort, jede Schilderung bliebe angesichts der Tatsachen, deren Zeugen wir sind, weit hinter unseren Erlebnissen, hinter der Wirklichkeit zurück. Wir haben vor uns eine Stadt mit mehr als zwei Millionen Einwohnern, eine Stadt, in der nicht nur, wie es sonst in Großstädten üblich ist, ein Bruchteil der Bevölkerung, die Betarmten, sondern die ganzen Massen des arbeitenden Volkes, aber auch der gesamte Mittelstand, nicht nur diejenigen, die von der Hände Arbeit leben, sondern auch die geistig Arbeitenden, Künstler und Gelehrte in lichtlosen Stuben hungernd frieren. Wir haben vor uns eine Stadt, in der das Straßenbahnwesen und die Beleuchtung von Tag zu Tag stillzustehen drohen, in der also die Blutadern und die Nervenbahnen des Gemeinschaftslebens zerrissen zu werden drohen. Zu diesem augenblicklichen Unheil kommt noch das Gefühl der Unsicherheit, kommt die Stimmung, in der niemand weiß, wann dieser qualvolle Zustand ein Ende nehmen soll, in der niemand weiß, ob unter diesen Umständen dieser Winter des Entsetzens überhaupt von den Millionen Einwohnern dieser Stadt überlebt werden kann.

Zu diesem Bilde der Großstadt kommen die Nachrichten von außen. Wir hören, daß in den Städten und Industriorten Steiermarks schon seit Tagen kein Brot ausgegeben werden kann. Wir hören, daß Tirol und Salzburg ohne genügende Broternte sind. Wir wissen, daß in allen Ländern unseres Staates die Kohlenversorgung vollständig versagt. Und wir sehen die äußeren Zeichen dieser furchtbaren Katastrophe. Wir sehen, wie die Wälder gleichsam dahinschwinden, abgenagt von den einzelnen Holzsammelnden, welche sich wenigstens ein bißchen Heizung für ein dürftiges Essen sichern wollen. Wir sehen die immer wachsende Zahl der Leichenbegängnisse, wir sehen die sich mehrende Zahl der Kindergräber, wir sehen das entsetzensvolle Hinsterben eines ganzen Gemeinwesens sich ankündigen.

In dieser Lage, hohes Haus, will Sie unsere Regierung um sich scharen, um mit Ihnen gemeinsam das Gewissen unserer Nachbarvölker, das Gewissen der hohen Mächte und das Gewissen der ganzen Welt hochzurufen. Der ganzen Welt rufen wir das Wort zu, das im Angesichte des Gekreuzigten gesprochen wurde: Ecce homo! So leiden Menschen!

Hohes Haus! Dieser entsetzensvolle Zustand, wie er jetzt eingetreten ist, ist der Regierung nicht etwa völlig unerwartet gekommen. Im Gegenteil, durch ein ganzes Jahr erscheint dieser Zustand vor den Augen der Regierung als das mit allen Mitteln abzuwehrende Übel. Diesem Unglück, diesem Übel abzuwehren, galt ja die tägliche Arbeit und die allnächtliche Sorge aller Mitglieder der Regierung, aller Mitarbeiter auf der Regierungsbank. Denn wir haben diesen Zustand immer und immer für den Fall vorausgesehen, daß unser Staatswesen, daß unsere Republik isoliert bleibt und in den wirtschaftlichen Zusammenhang der Welt oder in den politischen Zusammenhang ihrer Nation nicht eingegliedert wird. Wir haben am ersten Tage der Begründung unserer Republik vorausgesagt, daß Deutschösterreich allein und wirtschaftlich isoliert nicht bestehen kann, und wir erleben die traurige Bewährung dieser unserer Voraussage; sie ist uns nicht erspart worden, obwohl wir jedermann im Aus- und Inlande diese Tatsache immer klar und deutlich vor Augen geführt haben. So haben wir es gesagt am 12. November vorigen Jahres. Und was ist inzwischen geschehen? Inzwischen hat sich die Lage immer mehr und mehr verschlimmert, ohne unser Verschulden. Als wir am 12. November vorigen Jahres die Republik ausriefen, da hatten wir die Hoffnung auf Gerechtigkeit, da hatten wir die Hoffnung, daß unsere sudetenländischen deutschen Gebiete noch mit uns vereinigt werden. Hohes Haus! Wenn uns die deutschen Gebiete Böhmens noch zugehören würden, dann hätten wir diese ungeheure Kohlenfrage nicht, denn dort auf diesem Gebiete schaffen deutsche Arbeiter unter deutschen Unternehmern auf deutschem Boden Kohle zutage, die uns zugeführt werden könnte. Über diese Kohle verfügen heute andere. Wir leiden unter dem unerträglichen Zuckermangel und der Zuckerteuerung. Es sind deutsche Arbeiter und deutsche Unternehmungen, welche in den Sudetenländern große Mengen Zucker schaffen, aber diese Gebiete stehen heute unter der Leitung anderer. Zahllose Waren, die uns kompensationalen Verkehr könnten, die unsere Lage im internationalen Verkehr erleichtert hätten, werden in jenen Gebieten erzeugt, aber über sie verfügen andere. Der Verlust dieser Gebiete — das haben wir in St. Germain vorausgesagt — wird die wirtschaftliche Daseinsmöglichkeit dieses Landes noch viel mehr herabmindern und untergraben. Wir haben aber auch in St. Germain, als es uns klar war, daß dieser Verlust unwiederbringlich ist, ohne Unterlaß gesagt, daß wir in dieser Isoliertheit nicht bestehen können, und die hohen Mächte, die Friedenskonferenz von Paris hat dieses Argument anerkannt und hat in positiven Zusicherungen, die man uns gegeben hat sowohl im Geleitbrief wie in zahlreichen einzelnen Notizen, uns versprochen, daß uns das selbständige Dasein durch

die entsprechende und notwendige Hilfe möglich gemacht werden wird. Ich verweise hier nur auf den Geleitbrief zu den Friedensbedingungen von St. Germain, ich verweise auf das Schreiben, das ich an den Präsidenten Clemenceau am 15. Juli gerichtet habe, ein Schreiben, das speziell in einer Zeit, wo wir teils durch die Hooversche Aktion gesichert waren, teils vor der eigenen Ernte standen, die Zeit vorausnahm, in der wir jetzt leben. Ich schrieb da (*liest*):

„Der Beginn der neuen Ernte kann die Bevölkerung nicht vor dem Verhungern schützen, da wir kaum ein Viertel unseres Bedarfes ernten und auch dieses erst im Laufe einiger Monate greifbar wird.“

Auf dieses Schreiben vom 15. Juli hat Clemenceau als Präsident der Friedensdelegation am 17. Juli folgende Antwort gegeben (*liest*):

„Da im künftigen Jahre die Lebensmittel und Rohstoffe für die Wiederaufrichtung Österreichs unentbehrlich sein werden, erklärte der Oberste Rat, daß die Art der Lieferung dieser Lebensmittel und Rohstoffe eine der ersten Aufgaben der Reparationskommission sein wird.“ (*Hört! Hört!*)

Seit unserer Rückkehr von St. Germain wurden mehr als 30 Telegramme von Wien an die Friedenskonferenz gerichtet, um unsere Nahrungsmittel- und Kohlenversorgung zu urgieren. Ich führe als Belege nur einzelne Wendungen aus folgenden besonders hervortretenden Depeschen an. Telegramm vom 30. September (*liest*):

„In wenigen Wochen schon wird in Österreich kein Mehl sein und Ernährungskatastrophe eintreten.“

Am 2. Oktober ist depechiert worden (*liest*):

„Die österreichische Regierung wird leider schon in den nächsten Wochen gezwungen sein, die ohnedies nur 268 Gramm betragende Brot- und Mehration wesentlich herabzusetzen. Dies würde die Notlage der Bevölkerung ins Unerträgliche steigern. Bitte um sofortige Aushilfe von 50.000 Tonnen Mehl.“

Am 8. Oktober (*liest*):

„Da noch nicht einmal 50.000 Tonnen Mehl bewilligt sind, werden wir die Brot- und Mehllquote nicht aufrecht erhalten können. Ehe die Reparationskommission zu arbeiten beginnt, werden wir zusammengebrochen sein.“

Am 19. November an Clemenceau — das ist also vor ganz kurzer Zeit — (*liest*):

„Nächste Woche ist in großen Teilen Österreichs weder Brot noch Mehl vorhanden; auch in den übrigen Teilen Österreichs nur verkürzte Brotationen.“

Seit langem erbetene Getreideaushilfe noch immer nicht bewilligt, geschweige denn auf dem Wege. Da auch keine anderen Lebensmittel vorhanden, ist die Situation unhaltbar. Erbitten sofortige Bewilligung der 30.000 Tonnen italienischen Getreides und Veranlassung, daß die italienische Regierung die Absendung verfüge.“

Wir hatten nämlich die Verhandlungen mit der italienischen Regierung eingeleitet, diese war bereit, aber es waren Schwierigkeiten gemacht worden, die außer dem Bereiche unserer Kraft liegen. Ich führe diese wenigen Belege nur an, um zu zeigen, daß die Staatsregierung in St. Germain selbst und nach dem Abschluß der Friedensverhandlungen unablässig sich um unsere Versorgung gekümmert hat und daß die Staatsämter, die mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt sind, unter dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft gearbeitet haben, um das, was unter gewissen Umständen voraussehbar war, zu verhüten.

Drei Fragen waren es insbesondere, die zu lösen waren, und mit diesen zusammen eine vierte Frage, die die drei ersten ergänzt — das war die Frage der Brotfrucht, die Frage der Kohle, die Frage der Transportmittel und mit allen zusammen die Frage des Kredits und der zu beschaffenden Zahlungsmittel. Es wird unter Umständen, wenn es gewünscht wird, Sache der Sachberichterstatter, meiner Mitarbeiter von den einzelnen fachlichen Staatsämtern sein, Aufklärungen im einzelnen zu geben. Ich muß mich darauf beschränken, nur die Hauptmomente hervorzuheben, um zu zeigen, daß die Regierung alles das getan hat, was in ihren Kräften lag, um diesem Unheil zu begegnen.

Im September 1919 hat — um auf die erste Frage der Brotfrucht einzugehen — das Ernährungsamt in der Ihnen vorliegenden Publikation „Übersicht über den Bedarf Deutschösterreichs an den wichtigsten Nahrungsmitteln“ den Versorgungsplan für den Winter 1919/20 aufgestellt. Jeder, der diese Arbeit in die Hand nimmt, fühlt sofort die Summe der Erfahrungen, die daraus spricht, er erkennt die Gewissenhaftigkeit der Arbeit und merkt auch, wie wohl durchdacht der Plan dem Übel, dem Unheil zu begegnen suchte.

Ich will die Ziffern, die unseren Bedarf und unsere eigene Produktion wiedergeben, Ihnen jetzt ersparen, ich will nur anführen, in welcher Weise auf Grund dieses Versorgungsplanes die Regierung, insbesondere das Ernährungsamt vorgeföhrt hat. Da die unmittelbare Versorgung durch die Entente nach dem System Hoovers nach der Heimkehr Hoovers nicht mehr möglich war, hatte das Ernährungsamt selbständig vorzugehen, und es tat dies, indem es eine Reihe von selbständigen Einkäufen argentinischen Getreides tätigte, die zusammen einen Betrag von

80.000 bis 90.000 Tonnen Brotfrucht zum Gegenstande haben. Die Anlieferung sollte entweder über den Hafen Triest oder über die niederländischen Häfen Rotterdam und Amsterdam rheinaufwärts über Mannheim und über Passau zugeführt werden. Diese Summe von 80.000 bis 90.000 Tonnen war also der erste Bestandteil unseres Versorgungsplanes. Außerdem bemühte sich die Regierung mit dem jugoslawischen Königreich einen Vertrag zustandzubringen. Es wurde vom Ende Juni, Anfang Juli an verhandelt, der Vertrag kam am 1. September zum Abschluß und dieser Vertrag mußte uns 80.000 Tonnen Getreide sicherstellen. Dazu kam nach dem Versorgungsplan für die erste Hälfte des Jahres noch das halbe Kontingent, die halbe heimische Aufbringung, welche 90.000 Tonnen liefern sollte, und zwar bis zum 31. Dezember.

Nach diesen planmäßigen Vorsorgen waren rund 250.000 Tonnen eingedeckt. Damit war die Versorgung durch volle fünf Monate sichergestellt. Die Verträge waren abgeschlossen und die Regierung, das Staatsamt für Volksernährung zusammen mit dem Staatsamt des Außern, haben unablässig die Erfüllung der Verträge betrieben, sie haben die Transporte selbst zu organisieren versucht. Das Staatsamt für Verkehrswesen hat im Einvernehmen mit dem Ernährungsamte die Transporte auf unserem Boden und, worüber ich später noch sprechen werde, auch auf dem Boden fremder Staaten zu organisieren versucht. Aber trotz all dem sind wir in allen drei Punkten, sowohl was die zunächst erwähnte argentinische Einfuhr als was den jugoslawischen Vertrag als auch was die heimische Aufbringung betrifft, nicht auf die Sollziffer gekommen, wir sind hinter dem zurückgeblieben, was wir aufzubringen hatten. Woran die Schuld liegt, darüber später.

Was die Kohlenversorgung betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß unser reduzierter Bedarf, der schon eingeschränkte Kriegsbedarf, 700.000 Tonnen beträgt, wovon ein Teil von uns selbst, von der heimischen Produktion aufgebracht wird. Wir produzieren heute, wo wir trotz des Krieges und trotz der viel verlästerten Arbeitsunwilligkeit aller mehr erzeugen, als wir im Vorjahr erzeugt haben, 140.000 Tonnen und wir hatten durch Kontrakte 400.000 Tonnen gesichert. Wirklich erhalten aber haben wir in der entsprechenden Zeit nur 210.000 Tonnen. Sie erinnern sich, daß die Staatsregierung Verträge geschlossen hat in Prag, in Warschau, daß der mit der tschecho-slowakischen Republik geschlossene Vertrag von der tschecho-slowakischen Regierung lange Zeit nicht ratifiziert wurde, daß erst die Ostrauer Kohlenkommission und die Hilfe der ganzen Ententemächte aufgeboten werden mußte, damit der geschlossene Vertrag auch in Prag rati-

fiziert wurde; der Vertrag war ratifiziert, aber die Erfüllung blieb weit zurück hinter dem, was die Schuldigkeit gewesen wäre.

Alle diese Bemühungen der Regierung waren begleitet durch ständige Vorstellungen in Paris. So wurde am 27. Juni an den Präsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, er möge der tschecho-slowakischen Republik und der polnischen Regierung die Erfüllung der vereinbarten Kontrakte auftragen und Deutschland die Lieferung von 15.000 Tonnen an Frankreich zugunsten Österreichs erlassen. Es wurde der Vorschlag, in der Belieferung der Kohle ein Austauschverhältnis herzustellen, zunächst von uns in St. Germain gemacht, daß nämlich Frankreich auf einen Teil seiner Kohlenforderung an Deutschland verzichte, Deutschland dafür in Stand gesetzt wäre, uns mehr zu liefern, beziehungsweise der Tschecho-Slowakei aus Oberschlesien mehr zu liefern, damit auch wir mehr erhalten.

Am 29. Juli hat eine mündliche Verhandlung mit Voucheur in Paris stattgefunden. Am 30. Juli ging neuerlich eine Note an die Friedenskonferenz. In der Note vom 27. Juli heißt es: „Wenn nicht rasch Hilfe kommt, steht der Bevölkerung Deutschösterreichs ein Winter unsagbaren Glends bevor.“ Ich führe diese Depesche insbesondere deshalb an, weil die Staatsregierung und die wirtschaftlichen Staatsämter selbstverständlich schon im Sommer die Katastrophe des Winters vorausgesehen und schon damals darauf hingewirkt haben, daß Reserven für die Zeit des Winters angelegt werden, daß in der Sommerszeit wenigstens eine teilweise Vorbeflieferung erzielt werde. Es heißt dort ausdrücklich: „Wenn nicht rasch Hilfe kommt, steht der Bevölkerung Deutschösterreichs ein Winter unsagbaren Glends bevor. . . . Sie wird nicht glauben können, daß die Regierung alles getan hat, um den Bedarf an Kohle sicherzustellen.“ Wir wissen, daß es die Bevölkerung schwer glauben kann, daß es in dieser Welt unmöglich sein soll, einem arbeitenden Menschen die notwendige Heizung und das notwendige Stück Brot beizustellen. Unsere Depeschen haben gewiß einigen Erfolg gehabt. Frankreich hat sich bemüht, die Friedenskonferenz hat sich bemüht, der Oberste Wirtschaftsrat hat dahin gewirkt, daß die Kohlenkommission in Mährisch-Ostau vorzeitig eingesetzt und mit den Rechten einer Subkommission der Reparationskommission betraut wurde. Inzwischen hat das Staatsamt für Handel und Industrie ungezählte Reisen nach Prag, nach Warschau, nach Berlin absolviert, nach allen Richtungen hin verhandelt, Abschlüsse gemacht, urgiert, neuerdings Vorstellungen erhoben. Es wurden auch unzählige Vorstellungen von Wien aus an den Obersten Wirtschaftsrat nach Paris erhoben. Das Ergebnis war, sowohl was

die Getreidefrage, als auch was die Kohlenfrage betrifft, zunächst das eine, daß Deutschösterreich nicht auf die definitive Reparationskommission warten mußte. Nach dem Friedensvertrage hätte ja diese allein das Recht zu verfügen gehabt, und da diese Reparationskommission wahrscheinlich erst im Jänner oder Februar zusammentreten wird, so hätte Deutschösterreich in der ganzen Zwischenzeit weder die Hilfe aus dem Auslande, noch auch die Möglichkeit des selbständigen Handels besessen, wäre also vollständig stillgelegt und hilflos geworden. Es ging also unser Ersuchen hauptsächlich dahin, daß die Reparationskommission rascher komme, beziehungsweise da sie, bevor der Frieden in Kraft trat, nicht kommen konnte, an ihrer Stelle wenigstens eine Subkommission der Reparationskommission hierher gesandt wurde. Dieser Wunsch wurde auch erfüllt. Aber trotzdem blieb die Kohlenzufuhr ungenügend.

Ich gehe über zum Transportwesen und zu den Verkehrsmitteln. Wir haben nur Bruchstücke eines Verkehrssystems aus dem Zusammenbruche gerettet: Lokomotiven, Waggons, einige Donauschiffe, alles in abgebrauchtem, reparaturbedürftigen Zustand. Nichtsdestoweniger hat unser Staatsamt für Verkehrswesen dieses Material wieder hergestellt und den Betrieb in Ordnung gebracht. Wir besitzen die Zeugnisse sehr kompetenter Faktoren aus dem Kreise der Reparationskommission, welche bestätigen, daß unser Eisenbahnwesen und unser Verkehrswesen dem Ideal, dem Vorbild des Friedens unter allen anderen Sukzessionsstaaten noch am nächsten kommt. Das Staatsamt für Verkehrswesen hat, da die Kohlenversorgung und die Getreidebelieferung durch die Mängel des Verkehrswesens außerordentlich beeinträchtigt war, Maßnahmen ergriffen, die sehr weitgehend und sehr empfindlich waren. Es hat Verkehrseinschränkungen in großem Umfange vorgenommen, um Transportmittel für Kohle und Getreide frei zu bekommen, es hat Waggons von Frankreich angekauft, es hat Waggons leihweise bezogen, es hat, da ja der Kohlenmangel sich im Eisenbahnwesen selbstverständlich am empfindlichsten fühlbar machte, amerikanische Kohle zu ganz ungeheuerlichen Preisen gekauft, es hat die Reparaturen beschleunigt und als der Mangel an Transportmitteln in den Nachbarstaaten die Zufuhren erschwerte, Transportmittel im hohen Maße an die Herkunftsländer abgegeben, dadurch aber allerdings riskiert, daß diese Transportmittel sehr häufig geradezu zurückgehalten wurden; gleichzeitig wurde darauf gedrängt, daß die endgültige Aufteilung der Fahrzeugmittel, die im Friedensvertrage vorgesehen ist, sobald als möglich durchgeführt werde, damit der hemmende Streit um das Eigentum der Fahrzeugmittel nicht störend wirke. Das gilt auch in bezug auf die Donauschiffe,

weil die einzelnen Nationalstaaten, die zufällig beim Zusammenbruch in den Besitz von mehr Schiffen gelangt sind, diese Schiffe festhalten und nicht herausgeben wollen, in der Erwartung, daß der gesicherte Besitz bei der Verteilung zu ihren Gunsten den Ausschlag geben werde. Es wurden Verhandlungen mit Admiral Troubridge geführt, es wurde sichergestellt, daß die Freiheit des Verkehrs wieder aufgenommen wird, daß deutschösterreichische oder hier domizilierte Schiffe ungehindert die Donau abwärts verkehren können, ohne befürchten zu müssen, zurückgehalten zu werden. Die Donauschiffahrt wurde also erst in den letzten Tagen vollständig freigemacht, um dadurch die Anlieferung von Getreide aus Jugoslawien zu ermöglichen. Das in bezug auf die Verkehrsmittel.

Die Regierung und das Staatsamt der Finanzen im besonderen haben sich unablässig bemüht, für diese drei Aufgaben auch die notwendigen Zahlungsmittel und die notwendigen Kredite herbeizuschaffen. Schon in Saint Germain wurde verhandelt, um die notwendigen Dollarkredite zur Bezahlung der letzten Getreidemengen zu beschaffen; es wurde zuerst auf der Basis von 30 Millionen Dollars verhandelt; der Kredit wurde dann auf 45 und ungefähr 60 Millionen Dollars erhöht. Nach der Rückkehr von St. Germain waren wir auf das Telegraphieren angewiesen. Wir haben dabei alle Missionen und alle auswärtigen Vertretungen zu Hilfe genommen und die Gesandten der auswärtigen Mächte haben in größter Bereitwilligkeit Bericht um Bericht erstattet, um unsere Angelegenheit zu befördern und uns die notwendigen Kredite zu besorgen. Die Regierung und das Staatsamt für Finanzen im besonderen haben mit allen erreichbaren halbwegs zugänglichen ausländischen Instituten Vorverhandlungen gepflogen, um in dem Augenblick, wo die Reparationskommission die Ermächtigung erteilt, Kreditabkommen zu treffen. Die Regierung hat aber auch vorausgesehen, daß der schleppende Gang der Verhandlungen in Paris, das Nichtzustandekommen der Reparationskommission die Aktion hinauschieben würde, und hat sich deshalb sehr schwer und unter den ernstesten Bedenken entschlossen, durch den Verkauf der Kunstgegenstände, die nicht durch den Begriff der Sammlung gebunden sind, die notwendigen Kredite zu schaffen.

Heute, hohes Haus, wissen wir, wie notwendig diese Aktion war. Heute ist sie gerechtfertigt, obwohl sie nicht zustande kam. Sie ist gerechtfertigt, weil das, was wir im Falle ihres Nichtzustandekommens befürchtet haben, tatsächlich eingetreten ist.

Das Finanzamt hat durch seine eigene Kraft Valuten aufzubringen versucht, um die Getreidelieferungen aus Italien, jene 30.000 Tonnen, von

denen in der letzten Zeit die Rede war, zu bezahlen, aber auch diese selbständige Bezahlung war uns eine kurze Zeit hindurch verwehrt. Die Subkommission der Reparationskommission in Wien war bei jeder Angelegenheit und in jeder Frage darauf angewiesen, sich von Paris die Genehmigung einzuholen.

Hohes Haus! Auf allen Gebieten der Versorgung, die also hier in Frage kamen, haben sich die beteiligten Staatsämter unablässig bemüht, sowohl im Lande, als auch gegenüber den hohen Mächten und der Friedenskonferenz. Trotz alledem ist heute der Tag da, vor dem wir immer gebangt haben, und wir sind es nun uns selbst und der Öffentlichkeit schuldig, festzustellen, wem das Verschulden zufällt, wer die Verantwortung trägt, ob und auf welche Weise Abhilfe möglich ist. Es ist selbstverständlich, daß sich die Staatsregierung keiner Verantwortung entziehen wird, aber sie kann nur das verantworten, was im Bereiche ihrer Handlungsmöglichkeit ist. Übermenschliches zu leisten, kann auch die Regierung nicht verpflichtet sein. Die Regierung der Republik Deutschösterreich kann nicht verantwortlich sein für Dinge, die außerhalb des Machtbereiches des Staates und außerhalb der Grenzen des Staates vor sich gehen und sie kann auch innerhalb des Staates das, was nicht da ist, nicht einfach durch ein Machtwort aus dem Nichts hervorufen.

Es werden in den letzten Tagen schwere Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, schwere Vorwürfe gegen das ganze Regierungssystem. Ich will heute nicht polemisch werden, ich will nur die wichtigsten Einwände, die gemacht werden, zurückweisen, um klar darzutun, wo der Hebel der Abhilfe liegt, um klar darzutun, wo die Schuld liegt und wo die Mittel zur Besserung unserer Lage gegeben sind. Zunächst einmal macht man unsere landwirtschaftliche Produktion verantwortlich; man sagt, Deutschösterreich könnte sich allein versorgen, wenn wir rationell produzieren würden, wenn die Regierung den freien Handel gewähren ließe und dergleichen Dinge mehr.

Ich möchte nun zunächst das eine feststellen: wenn von gewissen Blättern gewissen kapitalistischen Stimmen Raum gegeben wird, daß Deutschösterreich sich selbst versorgen könnte, daß Deutschösterreich mithin selber schuld sei, wenn es sich in solch schwerer Lage befindet, so wird im Inlande über diese Dinge nur mit einem Lächeln hinweggegangen werden. Aber, hohes Haus, so liegt es nicht im Auslande. Wir haben es wiederholt gefühlt bei den Verhandlungen in St. Germain und bei den Antworten, die wir auf unsere Eingaben erhalten haben, daß diese Memorandenschreiber, diese Verfälscher des Evangeliums der Selbstendeckung imstande waren, bei den fremden Mächten Eindruck zu machen, daß sie dort die Bereitwilligkeit, uns

zu helfen vermindert (*Sehr richtig!*), daß sie die Hilfsbereitschaft zurückgehalten haben. Wir haben gefunden, daß dieses Treiben von außerordentlicher Gefahr für uns ist, denn das weit fernere Ausland kann unmöglich so über uns unterrichtet sein, um genau zu wissen, was davon wahr ist und was nicht wahr ist. Es liegt doch auf der Hand, es weiß es jedermann, daß selbst im Frieden, wo unsere Landwirtschaft die relativ höchste Produktivität aufwies, unser Land durch die eigene Produktion nur höchstens mit einem Viertel an Brotfrucht eingedeckt werden konnte. Nunmehr aber nach fünf Kriegsjahren, nachdem der Boden dermaßen erschöpft ist (*Sehr richtig!*), nachdem der Viehstand verringert ist, nachdem es nur verringerte Düngermengen gibt und Kunstdünger nicht zu haben ist, nachdem die landwirtschaftliche Maschinerie abgenutzt und in der kürzesten Zeit nicht wieder herzustellen ist, nachdem nicht einmal mehr das entsprechende Saatgut vorhanden ist (*Lebhafte Zustimmung*), in einer solchen Zeit zu behaupten und dem Auslande gegenüber zu behaupten, daß unsere Landwirtschaft uns selbst decken könnte, ist eine Kühnheit, eine sträfliche Kühnheit, ein Frevel an uns. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Größtenteils aus derselben Quelle kommt uns die Heilslehre, daß wir alles durch den freien Handel richten könnten. Ich will hier gar nicht die Frage aufrollen, ob der freie Handel an sich besser oder weniger gut sei, ob ein anderes System vorzuziehen sei, aber es liegt doch auf der Hand, daß, wenn man an den Binnenhandel in unserem Lande denkt, der freie Handel, auch wenn er alles aufgreift, eben nur einen Bruchteil dessen im Lande aufbringen kann, was wir zu unserer Versorgung brauchen (*Lebhafte Zustimmung*), daß uns also der freie Handel, auch wenn er vollständig frei und ungebunden wäre, nicht versorgen könnte, daß also die Aufwerfung dieser Frage für uns in diesem Punkte gar keinen Wert und keine Bedeutung hat. Was aber den Außenhandel betrifft, so hat das Ernährungsamt den Bezug von Lebensmitteln aus dem Auslande keineswegs in der alten bürokratischen Weise organisiert, sondern es hat den Außenhandel in Brotfrüchten eben in die Hände der berufsmäßigen, der vorgebildeten, der alten Firmen gelegt, die zu diesem Zwecke sich allerdings der Kontrolle einer gemeinsamen Organisation unterwerfen mußten. Diese Argumente sind also vollständig windig und sie beweisen, daß eine wirklich volkswirtschaftliche Erkenntnis gerade in denjenigen Kreisen am allerwenigsten verbreitet ist, wo man mit dem Anspruch auf absolut widerspruchsfreie Geltung des Allgemeinwissens auftritt. (*Sehr richtig!*)

Ich gehe weiter. In der Agitation gegen die Regierung hat auch das Verhalten der Länder eine gewisse Rolle gespielt. Ich will offenerzig

auch über diesen Punkt reden. Es ist wahr, daß beträchtlich mehr hätte abgeliefert werden sollen, als bis jetzt abgeliefert worden ist, es ist wahr, daß sich der Schleichhandel überall breit macht und die Ablieferung beeinträchtigt, es ist weiters wahr, daß die Länder der Wirtschaftspolitik, der Abschließung des Landes viel zu viel Raum gegeben haben und daß sie dabei nicht immer auf das Staatsgesetz, auf die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Gemeinwesens die notwendigen Rücksichten genommen haben; aber andererseits — wenn ich jetzt nicht als Verfassungsjurist spreche, sondern auf unsere Versorgung eingehe — muß festgehalten werden, daß dieser Abschließung der Länder eine Befürchtung zugrunde liegt, die ernst genommen werden muß. Diese Befürchtung geht in gleicher Weise auf die Behauptung zurück, Deutschösterreich könnte sich selbst versorgen. Die Stadt Wien mit $2\frac{1}{4}$ Millionen Einwohnern steht zum Beispiel dem Lande Oberösterreich gegenüber. Oberösterreich zählt 750.000 Einwohner. Ich mache darauf aufmerksam, daß Oberösterreich im Frieden Fleisch und Vieh zugeführt hat (*lebhaftes Rufe: So ist es!*), daß es sogar einen Teil des Getreides im Frieden zugeführt hat (*Abgeordneter Hauser: Immer! — Rufe: Auch Steiermark!*), von Steiermark gar nicht zu reden. Ich nehme Oberösterreich deshalb heraus, weil es das Land ist, welches sich wenigstens kriegswirtschaftlich decken kann (*Abgeordneter Hauser: Auch nicht auf die Dauer!*), wenigstens kriegswirtschaftlich. Ich stelle dagegen Steiermark, das sich auch kriegswirtschaftlich mit den geringen Rationen absolut nicht länger als paar Monate versorgen kann. Ich halte dagegen Salzburg und Tirol, die ja immer den allergrößten Teil ihres Getreidebedarfes eingeführt haben. So steht es in Wahrheit.

Wenn man auf der anderen Seite mit allem Nachdruck darauf bestehen muß, daß sich die Länder dem einheitlichen und gemeinsamen Wirtschaftssystem fügen müssen, muß man andererseits wieder anerkennen, daß es unmöglich wäre, daß sich etwa die gesamte Kaufkraft von $2\frac{1}{4}$ Millionen Bewohnern Wiens eines Tages frei und ungehindert auf ein Land, sagen wir Oberösterreich mit seinen 750.000 Einwohnern, stürzt und dort alles frei zusammenkauft. Dann würde das Land selbst in aller kürzester Zeit vollständig entgütet, unversorgt sein und das Versorgungsproblem würde sich nur zeitlich verschoben haben (*lebhaftes Zustimmung*), es würde sich nur auf eine Zeit anders ausgerichtet haben.

Ich führe das an, weil ich ein Doppeltes daraus beweisen will. Einerseits haben wir manche geordnete und planmäßige Bewirtschaftung zu früh für das Staatsganze aufgegeben (*Sehr richtig!*), denn in der Stunde darauf waren die Länder gezwungen, bei sich selbst ein doppeltsoharses Zentralen-

Absperrungssystem einzuführen. Das ist das Erste, was ich beweisen will.

Wir müssen die größten Ungehörigkeiten ausgleichen und dabei bedenken, daß jedes Land, das auch für spätere Monate versorgt ist, in der Lage sein und gewillt bleiben muß, der Hauptstadt wie den anderen Ländern wenigstens zeitweise mit Aushilfen beizustehen. Dazu ist eben eine gewisse Bewirtschaftung notwendig. Aber andererseits muß festgehalten werden, daß die Frage der Bewirtschaftung überhaupt in der staatlichen Bewirtschaftung des Getreides und der meisten Lebensmittel für die Gesamtversorgung gar nicht entscheidend ist und sein kann. (*Lebhaftes Zustimmung.*) Deshalb fällt all das Gerede über die schlechte Wirtschaftsweise angesichts dieser Frage glatt zu Boden.

Das Verhalten der Länder in bezug auf die Getreideversorgung möchte ich noch in einer anderen Hinsicht beleuchten, nämlich was die Zukunft betrifft, die planmäßige Bewirtschaftung in der Zeit, wo die Kriegswirtschaft uns nicht mehr so bedrängen wird, in der Zeit, wo das Kreditssystem frei sein wird, wo wir über Kredite verfügen werden; ich gebe zu, daß das heute noch nicht im vollen Maße der Fall ist. Kann es denn zweckmäßig sein, daß wir durch strenge Getreideanforderungen von unserer Landwirtschaft in den Alpenländern fordern, daß sie den Ackerbau besonders ausdehne? Ist es nicht zweckmäßiger, wenn wir die Einfuhr von Zerealien und die Einfuhr von Vieh und Fleisch gegeneinanderhalten und uns fragen: Was ist denn besser für uns, Getreide einzuführen oder Vieh einzuführen? Nachdem wir einmal einführen müssen und in großen Quantitäten einführen müssen, so wird es ein zweckmäßiger Vorgang und ein notwendiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein, den Getreidebedarf der Städte und Industrieorte tunlichst ganz durch Einfuhr zu decken, die Landwirtschaft aber hauptsächlich für die Viehzucht bereitzustellen und indem wir den Landwirten die Möglichkeit einer Verwendung des eigenen Getreides freigeben, die Viehzucht ertragreicher und nutzbringender zu gestalten.

Da wir nun so große Mengen von Produkten einführen müssen, da wir insbesondere heute Fleisch und Fett zu unerschwinglichen Preisen einführen müssen, so war es vom Ernährungsamt gerechtfertigt, nur ein festes Kontingent zu fordern; aber allerdings hätte das Ernährungsamt erwarten müssen, daß dieses Kontingent zur Hälfte wenigstens bis zum 31. Dezember abgeliefert würde. Wir wissen, welche Umstände die verspätete Ablieferung bewirkt haben. Das Ausland und diejenigen, die uns gegenüber Lieferungslichkeiten übernommen haben, können sich daher nicht auf die zweifellosen Mängel der Abstellung des Kontingents berufen, die vorliegen. Wahrheit ist, daß unser Dasein durch die

ausländischen Zufuhren entschieden wird, daß es auf diese allein ankommt.

Ich gehe auf den weiteren Einwand ein, den man der Regierung und dem herrschenden System macht, indem man sagt, die Regierung und das System genieße das Vertrauen der Entente, der fremden Mächte und der Nachbarstaaten nicht, infolgedessen habe die Regierung nicht das notwendige Ansehen im Auslande, um ihre Wünsche durchzusetzen.

Hohes Haus! Ich kann Sie des reinen Gegenteils versichern. Wir besitzen zahllose Beweise, daß die Regierungen der Staaten, die bis vor kurzer Zeit noch im Kriege mit uns standen, unsere Regierung und dieses Regierungssystem anerkennen und ihm wohlwollend gegenüberstehen. Was aber die Nachbarstaaten betrifft, so stehen wir zu allen Nachbarstaaten in einem Verhältnis, das sich von Tag zu Tag bessert, immer mehr den Charakter des Friedensverhältnisses annimmt, und es wird bei gelegener Zeit Anlaß sein, über diese Dinge näher zu reden. Es ist also nicht wahr, daß wir dadurch etwa in unserer Aktionsfähigkeit nach außen irgendwie gehemmt wären oder daß die vielen kleinen Fragen, die uns im Innern viele Sorgen machen — die Fragen der Arbeiterräte und alle diese Fragen, die uns beschäftigen —, irgendwelches Gewicht nach außen hätten. Das ist durchaus nicht richtig. *(Abgeordneter Waber: Das ist eine grobe Selbsttäuschung! — Zwischenrufe.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat — das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter Waber, den Herrn Staatskanzler nicht zu unterbrechen.

Staatskanzler Dr. **Renner**: Verehrter Herr Abgeordneter Dr. Waber! Sie finden, daß das eine Selbsttäuschung ist. Wenn das System, das wir hier in diesem Lande aufgerichtet haben, dieses System der Zusammenfassung sehr gegensätzlicher Parteien, der Zusammenfassung von konservativen Bauern und revolutionären Sozialdemokraten, wenn das nach außen gar so anstößig wäre, so würde es mich doch wundern, warum zum Beispiel Sir Clerk in Budapest darauf besteht, daß dort ein ähnliches System der Koalition gemacht wird. *(Lebhafter Beifall.)* Wenn dieses System der Zusammenfassung dem Auslande oder den nächsten Nachbarn gar so verdächtig wäre, so würde es mich wundern, warum gerade die Regierung in Deutschland auf derselben Zusammenfassung des konservativen Zentrums und der Sozialdemokratie beruht, und warum in der tschecho-slowakischen Republik in ähnlicher Weise, wenn auch nicht kulturell so akzentuiert, Agrarier und Sozialdemokraten zusammen die Regierung bilden. Es zeigt sich eben, daß dieses

System, so wie es ist, wesensnotwendig ist für ein besiegtes und niedergetretenes Land, daß sich in einem besiegten und niedergetretenen Lande zunächst alle arbeitenden Schichten von Stadt und Land zusammentun müssen, um das Land aus einer Katastrophe zu retten, in die sie die bourgeoisen Schichten hineingeführt haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)* Daß dieses Regime, das von rechts bis nach links alle arbeitenden Menschen umfaßt, nicht nach dem Geschmack der Extremsten beider Richtungen ist und gegen Extreme nach beiden Richtungen zu kämpfen hat, auf der einen Seite gegen konservative Reaktionäre, die womöglich das alte System wiederbringen wollen, die am liebsten aus der Versenkung einen Monarchen oder wenigstens das Kind eines Monarchen heraufbringen möchten, und ebenso auf der anderen Seite zu kämpfen hat gegen Radikale, die ganz neue Zukunftsverfassungen vor Augen haben, ist selbstverständlich. Ein solches Koalitionsregime hat nach rechts und links Übertreibungen abzuwehren und wird es immer tun. Aber es ist nicht wahr, daß in unserem Staate hier die Übertreibungen nach beiden Seiten — ich betone, nach beiden Seiten — nur halbwegs eine Bedeutung gewonnen hätten, wie in irgendeinem anderen Lande. Und wenn Sie recht unterrichtet wären, Herr Abgeordneter Dr. Waber, über die Geltung und das Ansehen, das gerade dieses System in der Welt hat, würden Sie wissen, daß vom fernsten Amerika bis herüber nach Europa in allen Staaten die ganze öffentliche Welt voll Anerkennung darüber ist, daß dieses System hier in stande war, alle Ausschreitungen und alle Extreme abzuwehren. Es ist also gar nicht wahr, was man hier der Welt einreden will, daß es diesem System im Auslande an Achtung fehle. *(Zwischenrufe.)* Darauf komme ich noch zu sprechen.

Bei ihrer Politik und bei ihren Bemühungen, die Versorgung herzustellen, hat die Staatsregierung — und sie konstatiert das mit großer Dankbarkeit — immer die Unterstützung der hohen Mächte gefunden. Sie haben um unsere Volksernährung zu sichern, um das Werk der wirtschaftlichen Wiederherstellung zu erleichtern, große Anstrengungen gemacht. Ich erinnere nur an das außerordentliche und unvergeßliche Werk Hoovers und aller seiner Mitarbeiter. Ich erinnere daran, daß die hohen Mächte die Kohlenkommission nach Odrau entsendet und ihr die Macht einer Unterkommission der Reparationskommission gegeben haben, daß sie zum Schutze und als Hilfe für uns die provisorische Subkommission der Reparationskommission ernannt und hier installiert haben, bevor noch der Friedensvertrag in volle Kraft trat. Ich stelle hier fest, daß die Subkommission seit ihrem Hiersein in Wien mit Eifer und Gründlichkeit zu Werke geht, daß sie sich dabei in innigster Fühlung hält mit unseren Staats-

ämtern und sich bei diesen Bemühungen auch nicht eine Stunde Muße gönnt. Ich stelle weiters fest, daß der Oberste Rat in Paris wiederholt auch deutlich sichtbare Beweise seines Wohlwollens für unseren jungen Staat gegeben hat. Es fehlt also bei keinem Organe, weder bei der Subkommission der Reparationskommission hier, noch beim Obersten Rat in Paris, an dem besten Willen und an dem lebhaftesten Eifer, uns zu helfen, und für diese Bemühungen schulden wir den hohen Mächten den freimütigen und offenen Dank.

Nun werden Sie die Frage aufwerfen: Wenn also unsere Regierung unschuldig ist, wenn die Reparationskommission in Wien und den Obersten Rat in Paris keine Verantwortung trifft, wenn sie keiner Unterlassung bezichtigt werden können, wieso kommt es dann, daß wir trotzdem in dieser traurigen Lage sind? Das muß nun erörtert und festgestellt werden, und zwar vor unserem ganzen Volke, damit jeder die Ursachen unserer Leiden kenne und die Wege, die Möglichkeiten der Heilung sich offen vor Augen halte.

Die Ursache unserer Leiden, meine verehrten Herren, liegt ein wenig zurück. Die letzte Ursache liegt nicht in den letzten Monaten und in dem, was diese Regierung im Guten oder Schlimmen getan haben mag, sondern wir müssen ein wenig weiter zurück gehen. Deutschösterreich stand vor dem Kriege in einer unmittelbaren Wirtschaftsgemeinschaft mit den jetzigen Sukzessionsstaaten; die Alpenländer mit der ungarländischen Tiefebene, mit dem Sudetenlande, mit Kalizien, mit dem jetzigen jugoslawischen Gebiete, mit dem Hafen von Triest. Das Ganze war ein einziger Markt, umschlossen von einer einzigen Zollgrenze. Wir wissen, daß, wenn jemand heute — sagen wir — von Bodenbach bis Triest reist, wobei er früher mit Grenzplacereien gar nicht behelligt war, er jetzt vier Grenzen überschreiten muß. Das bedeutet schon für einen Menschen eine ungeheure Hemmung, wie erst für Waren, die durch Einfuhr- und Ausfuhrverbote an jeder dieser Grenzen aufgehalten werden. Dieses ganze eine Wirtschaftsgebiet war mit einem einzigen, wenn auch in Budapest und Wien zentralisierten Verkehrssystem überzogen. Eine einzige Kreditorganisation, eine einzige Währung auf dem ganzen Gebiete, eine einzige Wirtschafts-gesetzgebung. Und nun ist dieses eine Wirtschaftsgebiet durch den Krieg und durch seinen Ausgang in sechs Teile zerfallen worden, die nun sechs Märkte mit unzähligen Einfuhr- und Ausfuhrverboten, sechs verschiedene Eisenbahnsysteme, sechs verschiedene Währungen, sechs verschiedene Kreditorganisationen — wenn von einem organisierten Kredit überhaupt noch gesprochen werden kann — aufweisen.

Diese Versachung der Schwierigkeiten muß an sich von den größten Nachteilen für alle

sein und es wird bald sichtbar werden, wie — so wertvoll auch in meinen Augen die Herstellung selbständiger Nationalstaaten auf diesen Gebieten ist —, dennoch die wirtschaftliche Zerstückung und Absonderung für alle in gleicher Weise nachteilig und lebensgefährlich geworden ist. In besonderer Weise aber für uns, denn in diesen sechs getrennten Wirtschaftsgebieten herrscht nicht etwa freier Verkehr, wir können nicht mehr wie früher dort kaufen, wo die Ware vorrätig und im Überfluß ist, die Ware bewegt sich nicht mehr nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage, sondern in allen sechs Wirtschaftsgebieten werden die wichtigsten, die für den Krieg entscheidenden Waren, Kohle und Lebensmittel behördlich bewirtschaftet und das ist es, was im Zusammenhange mit dem von mir zuerst Ausgeführten unsere Lage so außerordentlich erschwert.

Stellen Sie sich doch den Unterschied einmal ganz konkret an dem Beispiel der wirtschaftenden Hausfrau und des Haushaltes vor. Wir haben in unserem deutschösterreichischen Gebiete noch immer die Herde in den Wohnungen und Küchen; aber über die Kohle verfügt nicht Deutschösterreich, über die verfügen Tschechen und Polen. Wir haben noch die Küchengerätschaften, wir haben noch die Pfannen; aber über das Mehl, das wir brauchen, verfügt Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Wir haben die Lampen zum Beleuchten der Zimmer; aber über das Petroleum verfügen die Polen und die Rumänen. Mit einem Wort: alle Bedürfnisse des täglichen Lebens, alle Bedarfsartikel, die jeder täglich braucht, die wir haben müssen, stehen außerhalb der Einflußsphäre dieser Regierung, stehen unter der Gewalt anderer Staaten und der freie Verkehr und die freien Beziehungen zwischen diesen anderen Staaten und uns bestehen nicht mehr.

Was also tun? Da bleibt uns nichts anderes übrig, — und das ist der Weg, den wir ja fort und fort beschreiten, — wir können nicht kaufen, sondern wir müssen weitstichtige Verträge schließen, Kompensationsverträge, Ware gegen Ware. Alle unsere Arbeit, die ich vorgeführt habe, bestand darin, mit Nachbarn Verträge zu schließen. Aber diese Verträge bleiben auf dem Papier, wenn niemand da ist, der ihre Erfüllung erzwingen kann. Die Verträge an sich sind kein zulänglicher Ersatz für eine durchgreifende Organisation. So lange die Kohlentransporte, solange die Versorgung überhaupt durch die von Hoover geschaffenen Organisationen geleitet wurde und ein einheitlicher Wille disponierte, so lange ging es, so lange war unter den schwierigsten Verhältnissen eine Auskunft möglich. Sobald aber die Organisation ersetzt wurde durch bloße Verträge, war jede Erfüllung abhängig von dem Willen des einen oder anderen Teiles und der Erfüllungszwang, der das Wesen der Verträge ist, fehlt in unseren Falle. Nun sagt man, haben

wir ja immer dort, wo ein Vertrag nicht erfüllt wurde, die Hilfe der Friedenskonferenz, später des Obersten Wirtschaftsrates, jetzt der Reparationskommission angerufen. Aber auf diesem Wege nach der Zustimmung der Friedenskonferenz oder der Kommission, auf dem weiten Wege des Auftrages dieser Kommission an den einzelnen Staat vergeht viel zu viel Zeit. Der Apparat ist umfangreich und zeitraubend. Wenn wir nun annehmen, hohes Haus, das dieser Apparat der Friedenskonferenz und der Reparationskommission zusammengefaßt wird unter der Autorität eines Völkerbundes und daß wir in bezug auf die Erfüllung der Verträge, die uns auferlegt sind, angewiesen sind auf die Entscheidung des Völkerbundes, so wird uns tatsächlich im höchsten Grade bange. Jede solche zentrale Organisation, die über viele Völker gesetzt ist, — und das ist heute die Friedenskonferenz in Paris — hat immer und immer mit den großen, drängenden Fragen der gesamten Weltpolitik zu tun und wenig Raum und Zeit für den einzelnen kleinen Staat und seine Leiden, wenig Raum und Zeit für uns. Hier liegt nun unser Unglück, das ganze Unheil des Systems, unter dem wir leiden. Meine Herren! Unsere Rettung nach dem militärischen Zusammenbruche war ein Problem von einigen Monaten. Wenn wir nach dem Zusammenbruch im Oktober, nach der Neuaufrichtung unseres Staates im November etwa im Jänner d. J. oder im Februar Frieden gehabt hätten (*So ist es!*), dann hätten wir unsere wirtschaftlichen Ressourcen noch in der Hand gehabt, unsere Währung wäre noch nicht derart erschüttert gewesen, wir hätten noch manches retten können. Aber in dem langen Jahre des Wartens haben wir uns, ohne uns nach außen rühren zu können, allmählich aufgezehrt. Unsere Rettung wäre das Werk eines Monats gewesen, es hat aber über ein Jahr gedauert und in diesem Jahre haben wir tatsächlich unser Volksvermögen allmählich aufgezehrt und aufgezehrt in der Unmöglichkeit einer großen produktiven Arbeit.

Genau so steht es mit der Kreditfrage. Uns Kredit zu gewähren, nachdem in St. Germain der Friede geschlossen war, nachdem der Friede von uns ratifiziert war, wäre eine Sache von Tagen gewesen. Aber es hat Monate gedauert, es dauert Monate und inzwischen ist unsere Währung von einem Stande von etwa 60 herabgeglitten auf den Stand von 4 und 3.

Und was die Getreidefrage betrifft — die Tatsache vor der wir jetzt stehen, daß wir nicht genug Brot haben, daß wir die halbe Brotration ausgeben müssen —, so geht dies wieder auf das Verkennen der notwendigen zeitlichen Zusammenhänge zurück. Ich bin überzeugt, daß wir die Getreidehilfe und die Kredithilfe bekommen werden, aber wieder zu spät. Heute ist es, uns zu helfen, eine Frage von Stunden. (*So ist es!*) Aber

bei allen Bemühungen der Subkommission hier und der Friedenskonferenz drüben und des Obersten Wirtschaftsrates, bei allen diesen Bemühungen wird es Tage dauern und diese Tage werden uns die schwersten Wunden schlagen. Deshalb müssen wir an die hohen Mächte, an den Obersten Wirtschaftsrat und an die Reparationskommission hier in Wien, an die Kohlenkommission in Mährisch-Ostau, an alle zuständigen Stellen, vor allem folgende drei Forderungen richten und mit Nachdruck vertreten.

Wir können nicht so von einem Tag auf den andern, von der Hand in den Mund wirtschaften. Wir müssen ein bestimmtes Versorgungsprogramm annehmen und durchführen. Ein solches Versorgungsprogramm mit Einschluß der Kreditvorschläge liegt dem Obersten Räte vor; es möge doch endlich ein solches Programm genehmigt werden. Das ist die erste Forderung, die wir zu stellen haben.

An diese schließt sich die zweite Forderung. Weil wir wissen, daß der Oberste Rat nicht unsertalben allein da ist, weil wir wissen, daß er die Angelegenheiten ganz Europas, ganz Vorderasiens, der ganzen Welt zu behandeln hat, daß er also mit der Genehmigung des Programms nicht so rasch vorgehen kann als wir es benötigen würden, müssen wir verlangen, daß die Belieferung unseres Tagesbedarfes nicht abhängig gemacht wird davon, wann der hohe Rat das Programm genehmigt haben wird, daß man uns also beliebere ohne Rücksicht darauf, wie einmal die finanzielle Deckung sein wird, nachdem ja erwiesen ist, daß eine solche herbeizuschaffen sein wird. Man gehe einfach so vor, wie Hoover vorgegangen ist, der uns weiter beliefert hat, obwohl die Verhandlungen über die 30, dann 45, endlich ungefähr 60 Millionen Dollars lange gestockt haben. Wenn wir damals im Frühjahr hätten warten müssen, bis die Kreditbewilligung eingetreten ist, so wären wir damals schon verhungert. Wir müssen also bitten, daß die augenblickliche Belieferung mit dem notwendigen Bedarf unabhängig gestellt werde von der endgültigen Regelung der Kreditfrage.

Und wir müssen drittens, und zwar mit allem Nachdruck ersuchen, daß man uns dort, wo die eine und die andere Hilfe nicht zurecht kommt, wenigstens den Weg der Selbsthilfe freigibt. (*So ist es!*) Als wir sahen, daß die Kreditbewilligung der Entente zu spät kommen wird, hat die Regierung Verhandlungen über Kredite selbständig eingeleitet. Es wurde uns aber widerraten, Pfänder zu geben oder über die Zahlungsmittel unseres Staates zu verfügen. Wir mußten auf das Urteil der Reparationskommission warten. Diese Maßregeln sind es, die uns in die entsetzliche Klemme gebracht haben, in der wir jetzt stecken. Wir müssen also die dritte Forderung an die Entente und an die Reparationskommission richten:

daß man uns die Freiheit des Handels wenigstens dort gebe, wo die andere Hilfe zu spät kommt.

Endlich müssen wir erwarten, daß in all den Einrichtungen, die geschaffen worden sind und die uns ja zum Nutzen werden können, in allen diesen Fürsorgeeinrichtungen eine Kraft, eine Macht vorgesehen werde, welche die Erfüllung der Verträge erzwingt, die die unmittelbare Verfügungsgewalt besitzt und nicht erst auf die Zustimmung in Paris, Prag, Warschau, Belgrad usw. warten muß, eine unmittelbar wirksame Autorität, sowie es jeinerzeit die Autorität des amerikanischen Lebensmittelkommissärs war. Das sind die sachlichen Forderungen, die wir an die Reparationskommission und an den Obersten Wirtschaftsrat richten müssen. Wenn man ihnen nicht gerecht wird, so ist es die selbstverständliche Folge, daß die Hilfe zu spät kommt, daß der Arzt zu dem Kranken kommt, nachdem er gestorben ist. Denn das Leben, die Existenz der Menschheit fordert tagtägliches Essen, tagtägliche Hilfe, einen täglich warmen Herd, fordert die unmittelbare Kontinuität aller äußeren Lebensbedingungen. Es kann aber ein ganzes Volk nicht auf den Zufall gestellt sein, daß eine Entscheidung um ein, zwei, drei Tage zu spät kommt. (Sehr richtig!) Wir können doch nicht in unserem Leben und in unserem Dasein davon abhängig sein, daß vielleicht einmal ein Telegramm zu spät eintrifft, daß irgendwo in einem Hafen auf der weiten Route von Argentinien her ein Streif ist und ein Schiff gerade nicht rechtzeitig ausfahren kann. Wir können nicht die Beute der Zufälle der ganzen Welt sein.

Steiermark leidet durch Tage hindurch und ist ohne Brot deshalb, weil ein vorübergehender Streif in Triest in Südslawien den Verkehr beschränkt hat. So sind es Zufälle an allen Ecken und Enden. Wir sind heute abhängig von aller Welt, wir sind abhängig von vier kleinen und zwei großen Nachbarn, abhängig von den Weltmächten, abhängig von jeder sozialen Störung, von jeder ökonomischen Störung der Welt. So von der Hand in den Mund kann man ein Volk nicht leben lassen und wenn das nunmehr fortgegangen ist durch viele, viele Wochen — es zehrt allmählich nicht nur das leibliche, sondern auch das Nervenkapital unseres Volkes auf. (Zustimmung.) Unser Volk kann das nicht mehr ertragen und wir müssen ernsthaft befürchten, daß alle Bemühungen, es zur Ruhe zu mahnen und an seine Besinnung zu appellieren, vergeblich werden. (Zustimmung.) Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck diese von mir vorgeführten Forderungen an die Welt und an die Reparationskommission und an den Obersten Rat richten.

Aber ich möchte noch ein weiteres Wort beifügen, das von den staatlichen und politischen Verhältnissen absteht und das rein Menschliche berührt.

Es ist wahr, daß wir zunächst in Paris im Verhältnis des Feindes zum Feinde verhandelt haben. Dieses Verhältnis hat sich bald gemildert. Wir haben bald verhandelt im Verhältnis des Siegers zum Besiegten. Wir stehen heute im Verhältnis des Siegers zum Besiegten; aber nachdem der Friedensvertrag uns die Lasten und Verpflichtungen auferlegt und festgesetzt hat, so entwickelt sich allmählich ein freierer politischer Verkehr und ich kann konstatieren, daß zwischen den Mächten und unserer Regierung dieses Verhältnis das Gefühl des Besiegteins überwiegt; es herrscht ein Verkehr gegenseitiger Achtung sowie er zwischen Staat und Staat normal ist. Es ist der normale politische Verkehr, in den wir immer mehr und mehr eintreten, und das ist schon eine bedeutende Erleichterung, weil uns die Demütigung des besiegten Feindes erspart bleibt.

Aber mit diesem normalen Verkehr von Staat zu Staat allein kommen wir nicht mehr aus. Die Frage, die uns hier beschäftigt, die Leiden, die wir hier zu erdulden haben, sie sind zu einer rein menschlichen Frage geworden. Die Politik — und das habe ich ja gezeigt, indem ich die ganze politische Organisation aufgeführt habe, die in unserem Ernährungsdienste mitwirkt — die Politik kommt nicht zurecht, sie reicht nicht aus, die Frage zu lösen. Das Unglück aber ist so groß geworden und das Unglück zu ertragen stellt solche Anforderungen an den Menschen, daß wir an alle Völker appellieren müssen, abzusehen von allen staatlichen und politischen Beziehungen und das, was hier in Wien vorgeht, einmal rein menschlich zu beurteilen (Zustimmung), diese Summe des Leidens zu begreifen und zu erkennen, daß man hier nicht mehr politische Vorfragen stellen, daß man hier nicht mehr die politischen Beziehungen abwägen, daß man hier nicht mehr die politischen Vertragschließungen abwarten darf, sondern daß man helfen muß, von Mensch zu Mensch (Zustimmung), mehr aus dem menschlichen Herzen heraus als aus dem abwägenden Verstande der Politik. Dabei will ich nicht sagen, daß uns zu helfen nicht auch eine rein geschäftliche Frage geworden ist; denn schon zeigt sich ganz deutlich, daß der Zusammenbruch unserer Währung das Herabsinken der deutschösterreichischen Krone allmählich die tschechische, die ungestempelte Krone, die jugoslawische Krone mitgerissen hat, wir sehen, daß das Fallen der Krone und der Mark tagtäglich mehr auch den Franken beeinträchtigt. Wir wissen es aus den geschichtlichen Erfahrungen, daß eine solche fortschreitende Erschütterung allmählich auch die starken Volkswirtschaften ergreift und es wird immer mehr das eigene Interesse der Ententestaaten, selbst den Herd dieser Erschütterungen zu beseitigen, es wird ihr Interesse werden, hier einzugreifen, von wo die Bedrohung der europäischen Wirtschafts-

gemeinschaft ausgeht. Deshalb würde es schon das geschäftliche, das rein ökonomische Interesse den Ententemächten gebieten, so rasch als möglich vorzugehen und hier zu versuchen, eine ruhige, geordnete Volkswirtschaft in Gang zu bringen. Es ist in meinen Augen, meine Herren, auch in dieser schweren Stunde ganz unzweifelhaft, daß, wenn wir die volle Freiheit des Wirtschaftens, wenn wir die volle Freiheit wirtschaftlicher Verbindung nach allen Seiten, wenn wir keine Zollgrenzen haben, wenn wir unsere Rohstoffe auf jedem beliebigen Markte frei kaufen und unsere Arbeitsprodukte überall hin verkaufen können, daß, sobald einmal unser Kreditssystem wieder in Ordnung gebracht ist, die Zukunft dieses Landes nicht ganz hoffnungslos wäre, immer die freie Verbindungsmöglichkeit des Landes nach allen Seiten hin vorausgesetzt. Um die weitere Zukunft müßte uns so hange nicht sein. Aber der Augenblick ist trostlos, der Augenblick ist für uns selbst von der allergrößten Verantwortung, von einer um so größeren und schwereren Verantwortung, weil die Maßregeln, die zu ergreifen sind, nicht mehr ganz in unserer Hand liegen und dennoch von uns gefordert werden.

Gerade deshalb aber, weil das, was geschehen muß, nicht von uns allein geschehen kann, sondern weil sich darin die Nachbarvölker teilen müssen, die uns Kohle und Getreide liefern, weil sich in diese Maßregeln die Großmächte teilen müssen, die uns Kredit liefern können, weil eine ganze Welt zusammenwirken muß, um uns aus dieser Lage herauszuführen, gerade deshalb müssen wir neuerdings mit allem Nachdruck an unser eigenes Volk die Bitte richten, die Besinnung ja nicht zu verlieren. Ich will nicht von Geduld reden; von allen Völkern der Welt, glaube ich, und in allen Zeiten hat dieses deutschösterreichische Volk am meisten Geduld bewiesen (*Sehr richtig!*), und wenn einmal vielleicht die Völker nach ihrem hervorstechendsten Schicksal benannt werden, wird man die Deutschösterreicher den Hieb unter den Völkern nennen können.

Von Geduld zu reden, wäre beinahe eine Herausforderung des Volkes in diesen seinen Leiden. Trotzdem müssen wir von Besinnung reden, denn ohne diese Besinnung, verehrte Männer und Frauen, wird nichts besser; das Höchste, was erreicht werden kann, ist, daß sich begreifliche Leidenschaften ausstoben, aber mit dem Erfolge, daß auf diesen Ausbruch der Leidenschaften nur erhöhte Leiden und die vollständige Unmöglichkeit des Daseins folgen.

Deshalb sind wir alle miteinander verpflichtet, von unserem Volke Besinnung zu fordern. In der Erwartung — und ich glaube und hoffe, sie wird uns nicht trügen —, daß diese augenblickliche Lage, diese Lage unseres kalten Herdes, unseres nackten, leeren Tisches, die Lage unserer vollständigen wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit vorübergehend ist, in

der Erwartung, daß die hohen Mächte auf unseren Anruf hören werden, in dieser Erwartung fordern wir und verlangen wir von unserem Volke Besinnung bei allen seinen Handlungen und bei seinem Tun. Aber unseren Nachbarvölkern und den hohen Mächten im Westen und der ganzen Welt möchte ich in dieser Stunde zurufen: Laßt diesen Untergang eines schuldlosen, unglücklichen Volkes nicht zu, tut als Völker unter Völkern uns gegenüber eure Bruderpflicht! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen!*)

Präsident: Zu einem formellen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Johann Gürtler gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Johann **Gürtler:** Über die Mitteilungen des Herrn Staatskanzlers beantrage ich die Eröffnung der Debatte.

Präsident: Die Mitglieder haben den Antrag gehört, ich werde darüber abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*)

Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Straffner gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Straffner:** Hohes Haus! Der Herr Staatskanzler hat uns einen ganzen Strauß geknickter Hoffnungen vor Augen geführt, und ich muß zusammenfassend über die Rede des Herrn Staatskanzlers sagen, daß aus seinen Worten viel Enttäuschung und eigentlich Verzweiflung geklungen hat. Meine sehr Verehrten! Ich möchte fast das Urteil des Herrn Staatskanzlers teilen. Alle die Hoffnungen, die wir heute vor einem Jahre noch in uns gehegt und getragen haben, sind eigentlich zuschanden geworden, nämlich diejenigen Hoffnungen, die sich mit der Völkerversöhnung und Völkerverbrüderung getragen haben. (*Sehr richtig!*) Die Völkerverbrüderung und die Völkerversöhnung ist nicht eingetreten, im Gegenteil, diejenigen sind eigentlich nach diesem blutigen Ringen Sieger geblieben, welche nie an Völkerversöhnung und Völkerverbrüderung geglaubt haben.

Ich bin nun der Meinung, daß wenigstens in einem so kritischen Augenblick, wo ein ganzes Volk, das Volk eines ganzen Staates vor der Frage Leben oder Tod steht, daß wenigstens in dieser kritischen Stunde eine gewisse internationale Solidarität uns vor dem gänzlichen Zusammenbruch retten soll. Leider sind hierzu nicht einmal die Ansätze vorhanden und infolgedessen sind alle

diejenigen um ihre Hoffnung betrogen, die an die Völkerveröhnung und Völkerverbrüderung geglaubt haben.

Wir sind aber auch in einer anderen Weise durch die Ereignisse, die sich vor einem Jahre abgespielt haben, tief enttäuscht worden. Auch alle anderen Hoffnungen, abgesehen von der Völkerveröhnung und Völkerverbrüderung, sind zunichte geworden. Wir glaubten an einen Aufbau. Tatsache ist, daß wir es heute mit einer vollständigen Auflösung und nicht mit einer aufbauenden Tätigkeit zu tun haben. Die staatliche Autorität ist vollständig ins Wanken geraten. Es gibt heute beinahe niemanden mehr, der dem Staate gegenüber ein Gewissen hätte, und die Hoffnungen, die wir vor einem Jahre diesbezüglich gehegt haben, sind arg, arg enttäuscht worden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, auf die wir so viel Stücke gehalten haben, ist auf ein Minimum herabgesunken. Wir haben infolgedessen am Schlusse des ersten Jahres unserer Regierung feststellen können, daß all das, was wir erwarteten, nicht eingetreten ist. Es sind auch manche bittere Urteile, wie der Herr Staatskanzler es selbst gesagt hat, über die Regierung als den Ausdrück des neuen Staates gefällt worden. Diese schweren Urteile sind auch von den Parteien des Hauses gefällt worden, nicht allein in bezug auf unseren eigenen Staat, auf die Republik Österreich, sondern sie sind auch außerhalb des Hauses gefällt worden, Urteile, die überaus schwer sind, schwerer als von der Seite, von der man immer annimmt, daß sie in diesem Hause vielleicht die Arbeit störe. So sagte der Reichswehrminister des Deutschen Reiches: „Wenn das Sozialismus ist, was wir heute erleben, dann sehne ich mich nach der alten Zeit zurück.“

Die Hoffnungen, die wir in die neue Zeit gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. Im engsten Zusammenhang damit steht unsere heutige überaus traurige Ernährungsfrage. Die Ratschläge, die uns die Entente während des Krieges gegeben hat, sind nicht auf eine Rettung unseres neuen Staatswesens hinausgelaufen, sondern auf etwas ganz anderes. Ich meine, daß die Ratschläge der Entente den einen Zweck hatten, das deutsche Volk hüben und drüben der Grenzpfähle endgültig auf den Boden zu zwingen und endgültig von jedem Einfluß in der Welt auszuschalten. (Sehr richtig!) Das war der Hauptgedanke der Entente und ihrer Ratgeber. Leider sei es gesagt, daß viele von uns daran glaubten und so zu den Werkzeugen der Entente wurden, so daß wir heute innerhalb des deutschen Volkes eigentlich selbst zu Totengräbern unserer Zukunft und unserer Nation geworden sind.

Wenn der Herr Staatskanzler gesagt hat, wir leben bereits in den besten Verhältnissen mit der

Entente, mit allen unseren Nachbarstaaten, so kann ich leider diesen Worten keinen besonderen Glauben schenken.

Oder meinen Sie, meine Herren, und Sie, Herr Staatskanzler, daß die Mächte der Entente ein besonderes Interesse daran haben werden, daß ein Staat, der nicht kalt und nicht warm ist, wie die Republik Deutschösterreich, zu besonderer Höhe, zu besonderem Wohlstande kommt, daß er ein glücklicher Staat werde? Ich bin der gegenteiligen Meinung. Denn die Ratgeber und die Mächte der Entente haben gar kein Interesse daran, daß ein derartiger Staat mit einem falschen Demokratismus zu besonderer Blüte gelange.

Denn wenn wir gedeihen würden, würden in den Ententeländern ganz gewiß Bestrebungen laut werden, mit dem dortigen Regierungssystem zu brechen. Infolgedessen hat die Entente von vornherein gar keine Veranlassung, uns zu helfen. Ich kann deshalb auch den Worten des Herrn Staatskanzlers, so leid es mir tut, nicht glauben.

Die Entente hat uns doch noch um das Letzte, was sie selbst auf ihren Schild erhoben hat: um das Selbstbestimmungsrecht gebracht. Hier muß ich eine Anklage gegen die heutige Regierung, die auch die gewesene Regierung ist, erheben, daß sie nämlich nicht mit mehr Nachdruck den Gedanken der Selbstbestimmung vertreten hat. Wir haben im März dieses Jahres neuerdings in diesem hohen Hause erklärt, daß wir ein Bestandteil der großen deutschen Republik sind. Unmittelbar nach dieser Erklärung ist der damalige Staatssekretär des Äußern von Verhandlungen im Deutschen Reiche zurückgekehrt und, soweit ich unterrichtet bin, waren die Ergebnisse der damaligen Verhandlungen für Deutschösterreich überaus günstig.

Sie hatten unter anderem beinhaltet, daß in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln und mit Rohstoffen das Deutsche Reich Deutschösterreich mit in den Versorgungsplan übernehme. Damals wurde der Bericht des Staatssekretärs des Äußern im Kabinettsrat lediglich zur Kenntnis genommen und wir haben damals den günstigen Augenblick versäumt. Wenn nun die Gegner dieses Gedankens heute sagen wollten: Ja, im Frieden von St. Germain wäre das alles wieder zerstört worden, so stehen ich und meine Parteifreunde in diesem Hause überhaupt auf einem anderen Standpunkt. Wir haben gesagt, daß, nachdem am 12. November 1918 bereits erklärt worden war, daß Deutschösterreich ein Bestandteil der deutschen Republik sei, auf Grund dieser Erklärung und der neuerlichen Erklärung im März des heurigen Jahres unsere Angelegenheiten durch die Vertreter des Deutschen Reiches auf den Friedensverhandlungen von Versailles hätten zur Geltung gebracht werden sollen. Die

Entente hat es auch eigentlich zum Ausdruck gebracht. Sie hat kein Deutschösterreich gekannt, sie hätte aber unter Umständen erkennen können, daß Deutschösterreich auf Grund der wiederholten Erklärungen seiner berufenen Volksvertretung eben ein Teil des großen Deutschen Reiches ist. Und wenn die Gegner dieses Gedankens sagen: Ja, durch den Frieden von St. Germain wäre das alles unmöglich gemacht worden — sie mögen recht haben, ich glaube aber nicht daran und ich lasse mir meine ehrliche Überzeugung nicht nehmen — in diesem Falle aber hätte die Entente vor Gott und der ganzen Welt die Verpflichtung, heute für Deutschösterreich, das unmittelbar vor dem Zusammenbruche steht, zu sorgen.

Auf Grund der jetzigen Sachlage aber hat die Entente gar keine Veranlassung und ich habe bereits die Gründe bekanntgegeben, warum die Entente sich nicht besonders beeilen wird, Deutschösterreich zu helfen.

Für uns Deutsche in Deutschösterreich — oder besser gesagt, Österreich, damit ich nicht vielleicht mit einem künftigen Gesetze in Konflikt komme — für uns gibt es keine andere Rettung in wirtschaftlicher Beziehung als den Anschluß an das Deutsche Reich (*Zustimmung*), und es mutet mich ganz eigentümlich an, daß in der vorigen Woche hier in der Hauptstadt unserer Republik angesichts der größten Notlage, die jemals in Wien bestanden hat, die größer ist als die Notlage während des Krieges, bei einer Parteitagung hier in Wien beschloffen werden konnte, daß man gegen den Anschluß ist. Ich glaube, die christlichsoziale Partei hier in Wien . . . (*Ruf: Das ist ja gar nicht beschlossen worden!*) Ein diesbezüglicher Antrag, der auf den Anschluß hienzielte, ist glatt abgelehnt worden. Vielleicht, daß die Parteipresse nicht ganz richtig unterrichtet war, aber ich muß annehmen, nachdem ich ja an einer derartigen Konferenz nicht teilnehmen kann, daß die Parteipresse doch vielleicht richtig berichtet hat. Ich glaube, hier befindet sich der Flügel der Rechten, der in Wien Sitz und Stimme hat, nicht im Einklang mit den eigenen Gesinnungsgenossen in der Provinz. In der Provinz hat man schon einsehen gelernt, daß es wirklich und tatsächlich für uns keine Rettung mehr geben kann als den Anschluß.

Sehen wir uns heute das Bild von Deutschösterreich an: Der Herr Staatskanzler hat bereits, sagen wir, skizzenweise uns einen Überblick über die Verhältnisse nach dem Zusammenbruch gegeben. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist in eine größere Zahl von Einzelstaaten aufgelöst worden. Alle Staaten, die neu entstanden sind, haben mehr oder weniger eine Lebensmöglichkeit, nur Deutschösterreich hat keine Lebensmöglichkeit, hat aber das Glück gehabt, die Schulden fast aller übrigen Sukzessions-

staaten zu übernehmen. Man hat uns alle unsere Nährquellen der Industrie, man hat uns die Nährquellen für unsere Ernährung genommen und hat uns dann von seiten der Entente verurteilt, unter diesen Umständen weiterzuleben. Hätte die Entente ein offenes Wort ausgesprochen und gesagt, wir haben euch zum Sterben verurteilt, dann hätte das der Wahrheit entsprochen. Nun will man uns hinhalten von Tag zu Tag, von Woche zu Woche und will einen nach dem anderen sterben sehen, nicht alle auf einmal. So grausam, glaube ich, ist noch nie mit einem Volke umgegangen worden, solange die Geschichte der Menschheit geschrieben wird.

Der Herr Staatskanzler hat gesagt: Ja, die Entente bemüht sich ehrlich und redlich, uns zu helfen, sie hat bereits eine größere Zahl von Missionen zu uns entsendet, noch vor dem Augenblick, wo die Entente eigentlich vertragsmäßig gewissermaßen verpflichtet gewesen wäre, bei uns zur Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse aufzutreten. Ja, meine sehr Verehrten, durch die Anwesenheit von Missionen und Kommissionen ist in Wien, glaube ich, noch niemand satt geworden und davon, daß durch die Missionen und durch den Anhang, der hinter den Missionen steht, die Wiener Kaffeehäuser bevölkert werden, davon hat die Bevölkerung von Wien und in der Provinz auch nichts. Da muß die Entente andere Saiten aufziehen. Ich muß aber auch sagen, daß die Regierung hier vielleicht auf andere Töne gestimmt werden muß. Im Wege dieser Verhandlungen, hohes Haus, die uns der Herr Staatskanzler gezeigt hat, glaube ich an keine Rettung. Wir haben nur eine Möglichkeit und die wird darin bestehen, daß das hohe Haus einmütig erklärt: mit Rücksicht auf den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch schließt sich, wie es programmatisch bereits festgelegt worden ist, Deutschösterreich an das Deutsche Reich an, weil die Regierung von Deutschösterreich nicht die Verantwortung übernehmen kann, daß sieben Millionen Deutsche elend zugrunde gehen und erfrieren. Das, meine sehr Verehrten, wäre meines Erachtens vielleicht das einzige Mittel, die Entente zur Besinnung zu bringen. Die Entente selbst müßte, nachdem ja so viel Sachverständige bereits unter uns geweiht haben, wohl endlich einsehen, daß hier ein Wille in Deutschösterreich vorhanden ist, der nicht mehr gesonnen ist, sich mit Phrasen abspießen zu lassen, weil durch Phrasen noch niemand satt oder vor dem Erfrieren geschützt worden ist.

Der Herr Staatskanzler hatte auch die Güte, uns zu sagen, daß die Verhältnisse im eigenen Staate mit Unrecht kritisiert werden, daß das Nachgeben der Regierung in vielerlei Beziehung ein verfehltes gewesen ist und daß diese Kritik mehr oder weniger geeignet ist, unser Ansehen im Auslande zu erschüttern. Der Herr Staatskanzler hat

aber unmittelbar danach wieder gesagt, daß wir den besten Ruf im Auslande besitzen. Ich weiß nicht, ob die eine oder die andere Variante richtig ist. Ich nehme an, daß wir im Rahmen unseres Staates sehr viele gesündigt haben. *(Abgeordneter Schneidmadr: Sehr richtig! Die Großdeutschen!)* Herr Kollege Schneidmadr, es dürfte nicht ganz stimmen. Ich habe vor ungefähr 14 Tagen oder drei Wochen hier in diesem Hause erklärt, daß die Großdeutschen die Regierung nie gehindert haben, zu entscheidenden Taten zu schreiten und daß die großdeutsche Vereinigung gewiß der Regierung keine Schwierigkeiten gemacht hätte, wenn die Regierung endlich einmal den Mut gehabt hätte, aus den Halbheiten herauszukommen. *(Bravo! Bravo!)* Wenn man aber immer und überall einmal dahin und einmal dorthin Rücksicht nimmt, dann können wir zu keiner Rettung unseres Staates kommen. Eine klare, offene Sprache und eine klare, offene Handlung ist das einzige, was uns über den gegenwärtigen Jammer hinwegbringt und in eine bessere Zukunft hinführen kann.

Wenn die Ernährungsfrage eine so überaus traurige ist, wenn, wie der Herr Staatskanzler sagte, der Gegensatz zwischen Stadt und Land oder der Gegensatz zwischen Wien und den Ländern daran mitschuldtragend ist, so halte ich es für unbedingt notwendig, daß ehestens die Verhältnisse zwischen den Ländern und dem Reich geregelt werden. Bevor diese Regelung durchgeführt ist, werden wir zu keiner Gesundung dieser Verhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern gelangen. Stecken wir einmal die Rechte und Pflichten gegenseitig ab! Haben wir den Mut, es einmal auszusprechen, dann bin ich der Überzeugung, daß eine Besserung eintreten wird. Wenn aber gelegentlich der Verkündung des Koalitionsprogramms vom Herrn Staatskanzler gesagt wurde, daß wir vielleicht in einem Jahr erst mit einer Verfassung rechnen können, dann bin ich der Meinung, daß diese Verfassung für die Republik Deutschösterreich vielleicht zu spät kommen wird. *(Sehr richtig!)* In erster Linie wird zur Besserung unserer innerstaatlichen Verhältnisse wohl daran gedacht werden müssen, diese von mir aufgezeigte Frage zu regeln.

Der Herr Staatskanzler sagte, daß vorzeitig die zentrale Bewirtschaftung aufgehoben wurde und daß dadurch eigentlich der Staat in diese überaus mißliche Lage gekommen ist, in der er sich heute befindet, und daß umgekehrt die Länder zu jenen Maßnahmen im eigenen Rahmen gegriffen haben, die eigentlich die Sache der Reichsregierung gewesen wären. Der Staatskanzler hat mit diesen Worten vielleicht nicht ganz unrecht. Er hat aber bei der gleichen Gelegenheit gesagt: Wir haben versucht, im Wege des freien Handels Organisationen

zu schaffen, die für die Ernährung der Republik zu sorgen hätten. Ja, meine Verehrten, wenn wir uns diese Erlagsgesellschaften für die Zentralen näher betrachten, so müssen wir wohl den Eindruck gewinnen, daß diesen Gesellschaften weniger die Errettung eines hungernden Volkes am Herzen liegt, als ihr eigener Gewinn, so daß man unter Umständen ein Geschäft nicht macht, wenn es nicht gewinnreich aussieht, wenn auch damit vielleicht ein Staatsvolk gerettet werden könnte. Wenn Sie sich die Zusammensetzung dieser einzelnen privaten Vereinigungen, die heute im Dienste des Staates arbeiten, ansehen, dann werden Sie feststellen können, daß dieselben Elemente in diesen neuen Gesellschaften drinnen sind, die früher in den Zentralen saßen. Es ist der bis zu 95 Prozent verjudete Handel *(Zustimmung)*, der hat heute die Geschäfte in der Hand und soll der Handlanger für den Staat sein, er ist es aber nicht. Meine Verehrten! Diesen Leuten liegt wahrscheinlich das Interesse der hungernden Bevölkerung weniger am Herzen als andere Interessen.

Ich muß hier in politischer Beziehung ungefähr dasselbe sagen. Es wurde nicht in diesem Hause, aber gelegentlich auf dem letzten Parteitage der Sozialdemokratie ausgesprochen, daß nicht das Staatsinteresse Hauptsache sei, sondern das Klasseninteresse müsse unter allen Umständen gewahrt werden. Wenn wir in politischer und in wirtschaftlicher Beziehung derartige Urteile hören, dann habe ich den Glauben an die Rettung unseres neuen Staatswesens fast verloren. *(Sehr richtig!)*

Ich will hier über kleinliche Fragen nicht sprechen, weil ich der Überzeugung bin, daß für die Änderung unserer Ernährung die Kritik an diesen kleinlichen Sachen vielleicht nutzbringend sein, daß sie aber nicht endgültig unserer Notlage abhelfen kann. Es ist ja bereits vom Herrn Staatskanzler gesagt worden, daß wir nur ein Viertel unserer Ernährung aus der eigenen Produktion aufbringen, und hier wird immer und immer eigentlich mit Worten gespielt, die dem Auslande gegenüber sehr irreführend sind. Ich hatte selbst wiederholt Gelegenheit, mit Vertretern des Auslandes zu sprechen, mit Vertretern des Auslandes, das uns helfen soll. Die Vertreter des Auslandes sagen nun: Ja, Eure Regierung hat ja erklärt, Ihr seid für ein Viertel der Zeit bis zur nächsten Ernte versorgt! Die Leute nehmen nämlich auf Grund dieser Mitteilungen unserer Regierung an, daß wir nach der Ernte ein Viertel der Zeit noch versorgt sein sollen. *(Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Aber nein, das ist ihnen ja tausendmal gesagt worden!)* Herr Staatssekretär, ich kann mir nicht helfen, es ist dies das Urteil der Entente. *(Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Aber nicht von der Regierung ist es ihnen gesagt worden!)* Herr

Staatssekretär, ich bedauere, die Herren der Entente geben derartige Erklärungen ab, beziehungsweise machen derartige Mitteilungen. Ich kann darüber nicht hinwegkommen, weil diese Mitteilungen gefallen sind.

Präsident: Ich möchte doch an den Herrn Redner das dringende Ersuchen richten, sich der staatlichen Interessen und unserer aller gemeinsamer Interessen, an die er eben zuvor gemahnt hat, bei dieser Debatte zu erinnern. *(Zustimmung.)* Es ist wiederholt — und der Herr Staatssekretär hat es hier wieder gesagt — versichert worden, daß eine solche Äußerung von Staats wegen niemals erfolgt ist.

Abgeordneter Dr. Straßner *(fortfahrend):* Herr Präsident, es ist das von mir Gebrachte nichts anderes, als was wiederholt und nicht einmal in der Presse steht, und die Presse ist eine sehr gewaltige Macht, die vielleicht im Ausland unter Umständen mehr Einfluß hat als leider unsere eigene Regierung. Wenn der Herr Präsident meint, ich würde unseren Kredit oder unser Ansehen im Auslande mit meinen Worten schädigen, so will ich dem Rechnung tragen und überhaupt mit dieser Art von Kritik abbrechen, damit nicht die „Großdeutsche Vereinigung“, deren Mitglied ich bin, vielleicht der Vorwurf treffen könnte, daß wir in einer kritischen Stunde die Republik Österreich gefährdet haben. *(Rufe: Das ist schon geschehen! — Heiterkeit.)* Meine sehr Verehrten! Wenn Sie auf der Rechten dieser Meinung sind, so muß ich deutlicher werden. *(Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte, meine Herren, Zwischenrufe zu unterlassen. Sie sind nur geeignet, eine Erregung zu schaffen, die nachteilig wirken kann, und wir haben alles Interesse daran, in dieser schweren Zeit der Welt und auch unserer schwergeprüften einheimischen Bevölkerung gegenüber als Einheit zu erscheinen, die entschlossen ist, alles zu tun, um uns aus dieser Lage zu befreien. Ich appelliere noch einmal an die Herren, jede Störung dieser Einheit zu unterlassen. *(Zustimmung.)*

Abgeordneter Dr. Straßner *(fortfahrend):* Scheinbar will aber doch ein Teil des Hauses, daß man nicht so ruhig über die Verhältnisse hinweggeht. Ich glaube, diese Stimmung besteht nicht so sehr bei der Partei, der ich angehöre, sondern scheinbar bei anderen Parteien. Man wird förmlich herausgefordert, Kritik zu üben dort, wo sie auch geübt werden kann. Übrigens hat der Herr Staatskanzler alles und jedes fast bis ins Detail bereits beleuchtet und er hat oft Richtlinien aufgezeigt, die darauf hindeuten,

daß vielleicht im Rahmen der Regierung selbst manche Bedenken bestehen.

Ich bin zusammenfassend der Überzeugung, daß es vielleicht das größte Versehen der Regierung gewesen ist, daß man erst in einem Augenblicke, wo wir wirklich im nächsten Augenblicke nichts mehr zu essen haben, mit einer Aktion hier im Hause auftritt, die wir schon vor Monaten hätten durchführen sollen. Es ist gesagt worden, daß die Regierung alles veranlaßt hat. Der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat uns ja bereits anfangs Oktober ein Instrument in die Hand gegeben — ich betrachte dieses Instrument als eine Privatarbeit —, und als diese Privatarbeit vorlag, wäre es unsere Aufgabe gewesen, hier einzuschreiten, hier alle Mittel und Wege zu erwägen, damit unsere Ernährung sichergestellt wird. Ich habe bereits einen Plan entworfen und ich möchte in einer so überaus kritischen Stunde das hohe Haus bitten, diese Frage ernstlich zu erwägen. Mit den guten Beziehungen zum Auslande, mit der Versicherung der Sympathie für unser neues Staatswesen wird uns nicht geholfen.

Wir müssen zu einer Tat schreiten und müssen der Entente erklären — denn der Völkerbund dürfte bis zu dem Augenblick, bis zu dem unsere Kinder und Kranken vielleicht verhungert und erfroren sind, nicht zustandekommen —, wir müssen den Mächten, die heute noch über uns entscheiden, erklären: Gebt uns die Bahn frei zum Anschluß an das Deutsche Reich, denn die Regierung kann keine Verantwortung mehr dafür übernehmen, daß nicht Tausende, Millionen, 7 Millionen Menschen dem Hungertode preisgegeben werden. Wir werden immer und immer nicht allein in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung auf diesem Standpunkte des Anschlusses stehen bleiben, weil wir zu der Einsicht gekommen sind, daß unser Staat nicht lebensfähig ist und nur durch den Anschluß lebensfähig gemacht werden kann. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Bauer.

Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Hohes Haus! Seit dem Tage, an dem der vorletzte Kaiser aus dem Hause Habsburg jenes Ultimatum an Serbien unterschrieben hat, das die Welt in Flammen gesetzt, so viele Menschen gemordet und das Lebensglück der Überlebenden vernichtet hat, seit diesem Tage haben wir so viel der Not, des Glends, des Schreckens gesehen, daß wir glaubten, diese Bilder könnten nicht mehr überboten werden. Aber in dem Inferno, das wir seitdem zu durchschreiten haben, reihen sich immer neue Bilder an und alles, was wir befürchtet haben, wovor uns gebangt hat, immer und immer wieder durch die Wirklichkeit

überboten. Wenn wir uns heute dessen bewußt werden wollen, in welchen Verhältnissen unser Land und besonders unsere Hauptstadt lebt, so scheint mir vielleicht das furchtbarste, das sprechendste, das anschaulichste Symptom unserer Lage jener Zug von Holzsammlern und Holzschlägern zu sein, der jetzt von Wien — und auch von anderen Städten — ständig in die Wälder und überallhin geht, wo nur irgend noch ein Stückchen nasses Holz zu holen ist, mit dem man sich notdürftig vielleicht doch eine Kleinigkeit kochen, die Küche für ein paar Stunden wärmen kann. Ich glaube, die Regierung sollte einmal die Gesandten der tschecho-slowakischen und der polnischen Republik und die Mitglieder der Subkommission der Reparationskommission einladen, in den frühen Morgenstunden nach Hütteldorf zu gehen und sich diesen Zug anzuschauen (*Zustimmung*), dieses furchtbare Bild von Männern und Frauen und Kindern, die da dem Holz nachjagen, dieser Menschen, die jetzt vielfach in der Nacht hinausgehen in die Wälder — in der Nacht, weil sie den Tag über arbeiten. Denn es sind nicht Menschen, die gewohnt sind, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, und es sind nicht nur Angehörige der handarbeitenden Klassen der Bevölkerung, sondern unter ihnen sind hohe Beamte — der Fall des Oberlandesgerichtsrates ist ja durch die Zeitungen bekannt geworden —, es sind unter ihnen Doktoren, Pharmazeuten, Männer mit höherer Bildung. Sie alle suchen jetzt mit allen Mitteln dieses Stückchen Holz. Es werden die Planken umgerissen, die die Spitäler und Friedhöfe umgeben, die Bäume gefällt, nicht nur im Walde, sondern in Alleen und auf Friedhöfen; es sind Telegraphenstangen gefällt worden, es ist ein wahrer Heißhunger nach Brennstoff, der diese Stadt jetzt erfüllt.

Und dabei zeigt gerade das — und das scheint mir das Charakteristische daran —, in welchem verzauberten Kreis wir uns bewegen. Die Menschen brauchen das Holz, weil sie keine Kohle haben. Aber wir können Holz gerade deswegen nicht zuführen, weil die Holztransporte durch den Kohlenmangel unmöglich geworden sind. Daran ist ja zum guten Teil die Aktion der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich bisher gescheitert.

Das ist die Lage, in der wir sind. Es ist der Mangel an Brennstoff, an dem wir, wenn wir ihn nicht zu überwinden vermögen, unwiderruflich zugrunde gehen, im wörtlichen Sinne des Wortes zugrunde gehen müssen. Wir sind nicht mehr imstande, der Bevölkerung jene elenden sieben Kilogramm Kohle pro Haushalt und Woche als Küchenbrand zu geben, eine Menge, die doch bei weitem nicht genügt, um auch nur eine Mahlzeit im Tage zu kochen. Wir sind heute in der Lage, daß Fabriken stillgelegt werden müssen, weil wir ihnen

die elektrische Kraft nicht mehr geben können und wir wissen nie, ob die Straßenbahn in Wien morgen noch verkehren wird und ob nicht in einer der räumlich ausgedehntesten Großstädte der Welt die Menschen den weiten Weg von der Wohnung zur Betriebsstätte und zurück täglich zu Fuß machen müssen. Vom Zimmerbrand ist natürlich gar keine Rede mehr, das ist ein Märchen aus vergangenen Zeiten.

Und zu dieser furchtbaren Kohlennot kommt nun auch gleichzeitig die schärfste Ernährungskrise, die uns zwingt, die Brotration auf die Hälfte herabzusetzen; gerade in dem Augenblick, in dem die Menschen frieren, indem die Menschen bestenfalls einmal im Tage eine warme Mahlzeit bekommen können, in dem Augenblicke, in dem wir rein physiologisch destomehr Nährstoff dem Menschen zuführen müßten. Es ist gar kein Zweifel, daß die Lage, in die wir durch dieses Zusammentreffen kommen, wahrhaft katastrophal ist. Unsere ganze Wirtschaft krankt vor allem an der Kohlennot, und was alles man sonst darüber sagt, das sind Dinge zweiten Ranges. Das gilt vor allem von den Arbeitslosen. Man redet von Arbeitsunlust und allem Möglichen. Ich bin vollkommen überzeugt und alle, die die Verhältnisse kennen, sind es mit mir, daß wir überhaupt keine Arbeitslosen mehr hätten, wenn wir Kohle hätten. (*Zustimmung*.) Die Industrie ist in einer Lage, in der sie wirklich exportieren könnte. Das ist zum Teil eine Folge unserer bitteren Not, eine Folge unserer bekannten Inflationserscheinungen. Aber sie könnte exportieren und die Märkte des ganzen Ostens sind hungrig nach Waren. Wir könnten unsere Wirtschaft in Bewegung setzen, wir könnten uns damit Zahlungsmittel für ausländische Lebensmittel und Rohstoffe beschaffen. Wir sind es nicht imstande, weil wir keine Kohle haben. Dabei werden wir physisch vollkommen zugrunde gerichtet, denn es unterliegt keinem Zweifel, was dieses Heruntergehen unter das einfache physiologische Existenzminimum, dieses Zusammenfallen des Frierens und der Unterernährung bedeuten muß. Es ist gar kein Zweifel, daß da Herde von Krankheiten entstehen, daß die Sterblichkeit ungeheuer steigt und die Tuberkulose sich ungeheuer verbreiten muß.

Und schließlich, und das ist nicht das unwichtigste für unseren ganzen Zustand, sind wir in einer Lage, die an die Psyche der Menschen Anforderungen stellt, die sie kaum mehr ertragen können. Es ist ja Mode geworden, jetzt unseren Arbeitern alle möglichen Vorwürfe zu machen. Es ist das auch heute wieder angeklungen in verschiedenen Bemerkungen, daß angeblich die Arbeiterschaft durch ihren rebellischen Geist usw. das Vertrauen zu uns im Ausland erschüttert habe, und was dergleichen mehr ist. Alle diese Redewendungen sind ja zureichend bekannt. In Wirklichkeit ist noch

nie einer Arbeiterschaft ein Vorwurf ungerechter gemacht worden als der unseren. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft und insbesondere die Wiener Arbeiterschaft hat in diesem Kriege mehr gelitten als die Arbeiterschaft irgendeines Landes, mit Ausnahme jener Länder, die der unmittelbare Kriegsschauplatz gewesen sind. Sie hat geradezu furchtbar, beispiellos gelitten in diesem Jahre des Waffenstillstandes. Und wenn natürlich dieser Zustand der Not manches ins Wanken gebracht hat, was früher fest und starr erschien — vergleichen sie doch nur die ganze Bewegung, die wir hier seit einem Jahre durchgemacht haben, mit der Bewegung in anderen Ländern, wo die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in Wirklichkeit viel günstiger gewesen ist, und Sie werden nicht ernsthaft und nicht redlich sagen können, daß man unserer Arbeiterschaft vorwerfen könne, daß es ihr an Einsicht und Mäßigung gefehlt hätte. In Wirklichkeit hat unsere Arbeiterschaft die ganze Zeit über die größte Einsicht in die objektiven Möglichkeiten bewiesen und beweist sie auch heute. Aber ich muß gestehen: wenn ich mir das Fühlen eines Menschen vorstelle, der einen ganzen Winter frieren soll und — was schlimmer ist — Weib und Kinder frieren lassen und dem zuschauen muß, und der da keine Abhilfe hat, der trotz Arbeit und Verdienst keine Möglichkeit hat, auch nur ein warmes Zimmer zu haben und der zugleich ständig unterernährt wird, ich muß gestehen, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß unter solchen Umständen jene große Besonnenheit, die unsere Arbeiterschaft bewahrt hat, auf die Dauer zu halten sein wird. Es ist mir klar, daß dann die Leidenschaften die Oberhand über die Besonnenheit gewinnen werden, es ist mir klar, daß dann die Menschen in einen Geisteszustand hineinkommen, in dem sie zu normaler, intensiver, produktiver Arbeit einfach physisch und psychisch nicht mehr fähig sind. Das ist die große Gefahr, in der wir stehen.

Wir sind überwältigt von dem, was wir jetzt erleben und was uns unmittelbar droht. Aber über-rascht sind wir nicht. Wir haben in Wirklichkeit seit einem Jahre und mehr als einem Jahre im voraus gewußt, daß das so kommen wird und kommen muß. Als vor etwas mehr als einem Jahre unsere Republik entstanden ist, als das alte Reich zerfiel, der deutschösterreichische Staat gegründet wurde und sich seine Verfassung gab, damals in den Tagen des Entstehens dieses Staates haben wir es mit aller Deutlichkeit vorausgesagt — auch der Herr Staatskanzler hat heute daran erinnert —, daß dieses Deutschösterreich als selbständiger Staat, auf seine eigene Kraft angewiesen, einfach nicht bestehen kann, nicht lebensfähig ist, wie das Schlagwort immer hieß. Heute drückt sich die Lebensunfähigkeit dieses Staates buchstäblich in der Lebensunmöglichkeit für seine Bewohner aus.

Und wenn wir Sozialdemokraten für den Anschluß an Deutschland gekämpft haben, so war das vielleicht gerade der Beweis dafür, daß diese Bewegung für den Anschluß an Deutschland nicht aus irgendwelchem Chauvinismus oder Nationalismus hervorgegangen ist, sondern daß sie von nichts anderem getragen war, als von der Erkenntnis in die wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit, buchstäblich in die Lebens- und Existenznotwendigkeit dieses Staates und der Menschen hier in diesem Staate.

Wir hatten dabei zu kämpfen mit einem aus sehr unzulänglicher Kenntnis unserer Verhältnisse geborenen Optimismus auf der anderen Seite, im Auslande, wo man das einfach nicht verstanden hat, wo man das einfach für eine Bewegung des Alldeutschtums oder so etwas, für etwas gehalten hat, was rein nationalisistische Quellen habe, und wo man die Lebensmöglichkeit dieses Landes überschätzt hat. Und wir hatten, was ja das Schlimmste war, damit zu kämpfen, daß infolge der alten Leichtfertigkeit, die das Erbübel der Österreicher ist, sich unsere eigene Bevölkerung gleichfalls zum großen Teile diesem falschen Optimismus hingeeben und dadurch dem optimistischen Urteil des Auslandes ständig Nahrung geboten hat.

Wir sind in diesem Kampfe unterlegen — der Herr Abgeordnete Straffner meint, durch unsere Schuld; ich will das heute nicht untersuchen, es gehört nicht zum Gegenstande. Wir sind tatsächlich unterlegen, der Anschluß ist uns verwehrt worden, und wenn wir unter dem Drucke überlegener Gewalt einem Friedensvertrage zustimmen mußten, der uns verpflichtet, unsere „unveräußerliche Unabhängigkeit“ zu bewahren, so war ja diese Zustimmung in Wirklichkeit nichts anderes als die Veräußerung unserer Unabhängigkeit; denn sie hat uns in jenen furchtbaren Zustand der Abhängigkeit vom ganzen Auslande gebracht, in dem wir seither leben.

Aber, hohes Haus, wir waren nach unserer Überzeugung gezwungen, diesen Friedensvertrag zu schließen, die Machtverhältnisse haben uns nichts anderes erlaubt und wir Sozialdemokraten sind weit entfernt davon, irgendeinen Vertrag, den wir unterschrieben haben, nun etwa als einen Fetzen Papier behandeln zu wollen. Es ist uns ernst mit dem Willen, ihn durchzuführen, und wir sind uns vollständig klar darüber, daß wir heute den Anschluß nicht als ein aktuelles Ziel unserer Politik anstreben können.

Der Herr Abgeordnete Dr. Straffner hat uns allerdings geraten, wir sollten heute den Anschluß abermals proklamieren. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Straffner nur eines sagen: Den Anschluß hier zu proklamieren, wäre vielleicht noch leicht.

Aber zum Anschlusse gehören zwei: Einer, der sich anschließt und einer, an den er sich anschließt. Vielleicht überlegt sich der Abgeordnete Dr. Straffner einmal die Lage, in der sich das Deutsche Reich befindet und fragt sich, ob das Deutsche Reich heute in der Lage wäre, uns anzunehmen, ob es das tun könnte, tun dürfte, angesichts der Armeen von der anderen Seite, die am Rheine stehen und Herr Dr. Straffner wird dann zugeben müssen, daß, obwohl uns beiden die Sache des Anschlusses wahrhaft gleich am Herzen liegt, wir uns doch eben heute den Machtverhältnissen in der Welt zu fügen gezwungen sind. Aber das bedeutet, meine Herren, daß wir eben einfach aus eigener Kraft nicht leben können, sowie wir es vorausgesagt haben und wir also mit Lebensmitteln und Rohle nur versorgt sein werden und sein können, wenn es der Entente beliebt, uns zu ihnen zu verhelfen.

Was nun das Verhältnis zur Entente anbelangt, worüber hier auch schon Einiges vom Herrn Staatskanzler und vom Herrn Abgeordneten Straffner gesprochen wurde, so erlauben Sie mir, da eines auszuführen, was aus meiner eigenen Erfahrung stammt. Es wird niemand bestreiten, daß unser politisches Verhältnis zu den alliierten und assoziierten Mächten heute ein besseres, ein stabileres, ein normaleres ist, als es etwa im vorigen Winter gewesen ist. Das ist unbestreitbar. Wir waren damals faktisch und rechtlich noch in einem gewissen Kriegszustande der Entente gegenüber. Wir haben seither den Frieden bekommen, der zwar noch nicht ratifiziert ist, aber doch faktisch in manchen Bestimmungen schon gehandhabt wird, als ob er ratifiziert wäre. Wir haben vor einem Jahre noch die größten Schwierigkeiten gehabt, mit der Entente auch nur irgendwelche Beziehungen anzuknüpfen, es war schwer, auch nur zu den ersten Verhandlungen zu kommen. Heute haben wir gegenseitig schon de facto diplomatische Beziehungen und täglich einen sehr regen Verkehr.

Die Entente war vor einem Jahre über unsere Verhältnisse absolut nicht informiert und es hat damals nicht geringe Mühe gekostet, überhaupt erst den Beweis zu erbringen, daß Wien in Not ist. Heute ist die Entente unzweifelhaft durch ihre Missionen hier ausgezeichnet informiert und bedarf solcher Beweise nicht mehr. Auch politisch waren wir damals in einem starken Gegensatz zur Entente, es war die Zeit, wo wir während des ganzen vorigen Winters und Frühlings für das Selbstbestimmungsrecht, für den Anschluß, für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Gebiete in den Sudetenländern den Kampf geführt haben und dadurch naturgemäß in einen Gegensatz zu verschiedenen Mächten, die zur Entente gehören, gekommen sind, während heute diese Angelegenheiten durch den

Friedensvertrag entschieden erscheinen und unsere auswärtige Politik eine Orientierung genommen hat, die unzweifelhaft keinem Widerstand auf der anderen Seite begegnen kann.

Und auch innerpolitisch, meine Herren, was immer hier an unserer inneren Lage getadelt wird, das eine, glaube ich, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen, daß unsere Lage doch im Verlaufe dieses Jahres sich allmählich befestigt hat und heute sicher stabiler und geordneter ist, als sie vor ein paar Monaten oder einem Jahre gewesen ist. Es wird also niemand bezweifeln, daß in Wirklichkeit, wenn die Entente die Hilfe, die sie uns leistet, von politischen Fragen, von unseren politischen Beziehungen zu ihr und von unseren innerpolitischen Verhältnissen entscheidend abhängig machen würde, unsere Chance, eine ausreichende Hilfe zu bekommen, heute wesentlich größer wäre, als sie vor einem halben oder vor Dreiviertel Jahren gewesen ist. Aber wenn Sie die Tatsachen betrachten, meine Herren, so werden Sie sehr bald bemerken, daß das tatsächliche Ausmaß der Hilfe in einem gewissen Gegensatz dazu steht. Denn im vorigen Jahre haben wir trotz aller ungünstigen Umstände, von denen ich gesprochen habe, trotz des tatsächlichen Kriegsverhältnisses, trotzdem der Frieden noch nicht abgeschlossen war, trotz der mangelhaften Informationen der Ententestaaten, trotz der heftigen politischen Gegensätze, die aus dem Kampfe um den Inhalt des Friedensvertrages, aus dem Kampfe um das Selbstbestimmungsrecht hervorgingen, trotz der damals weniger als heute stabilisierten innerpolitischen Lage, trotz alledem haben wir damals doch in der vorigen Periode bis zur Ernte den großen 48 Millionen Dollarkredit, die regelmäßigen Zuschüsse bekommen, haben eine lange Zeit mit geringeren Sorgen leben können, als wir heute leben.

Und heute, wo alle politischen Voraussetzungen wesentlich günstiger sind, sind wir tatsächlich noch nicht in der Lage, gleiche Beruhigung zu haben, wie wir sie im vorigen Jahre immerhin eine zeitlang doch gehabt haben, eine Beruhigung, zwar sehr schlecht und sehr dürftig, aber doch eben leben zu können, während wir heute durchaus nicht die Beruhigung haben, daß wir überhaupt werden leben können.

Ich führe dies an, weil es, wie mir scheint, ein Argument ist, vor allem gegen jene, die glauben, daß es die politischen Feinheiten sind, die in diesen Dingen entscheiden, und daß von den Details der auswärtigen oder inneren Politik, die unsere Regierung treibt, also überhaupt von den Entschliessungen unserer Regierung in diesen Fragen, allzuviel abhängt, die da glauben, daß die Politik im letzten Grunde über alles entscheidet. Das ist meines Erachtens ein Irrtum, der, wie ich glaube, dadurch bewiesen ist, daß eine notgedrungen

ungünstige politische Lage im vorigen Jahre uns Hilfe gebracht hat, während wir heute unter ungleich günstigeren politischen Verhältnissen diese Hilfe nicht erlangen konnten.

Der wirkliche Grund — und das ist das zweite, was ich in diesem Zusammenhange anführe — warum unsere Lage noch ungünstiger als im vorigen Wirtschaftsjahre ist, ist ein ganz anderer. Er hat nämlich mit unserer Politik überhaupt nichts zu schaffen, mit unserer inneren Politik, die in unserem Machtbereiche liegt, sondern es ist ein ganz anderer Grund. Im vorigen Wirtschaftsjahre, als der Waffenstillstand geschlossen war, hat die Entente verstanden, daß in ganz Mitteleuropa und Osteuropa infolge der Blockade ein ungeheurer Notstand herrschte und daß nur eine große Notstandsorganisation helfen kann. Damals hat sie jene große Hilfsorganisation geschaffen, die organisiert und geleitet wurde vom Mister Hoover; diese wahrhaft großzügige Organisation hat uns damals Hilfe gebracht, und nur die tägliche Zusammenarbeit mit dieser großzügigen und mit den bedeutendsten Vollmachten und Machtmitteln ausgestatteten Organisation hat es uns im vorigen Wirtschaftsjahre möglich gemacht, unser Volk zu ernähren. Wir waren umso glücklicher, gerade hier in Deutschösterreich, weil als Vertreter des Mister Hoover hier ein Mann gewesen ist, der eine vom wirklich echten Menschlichkeitsgefühl angetriebene Energie für diese Sache gehabt hat, der ein Mann von ganz besonderer Tüchtigkeit und Verantwortungsfreudigkeit war und der uns hier geholfen hat. Wir waren auch damals wiederholt in Situationen wie die heutige, wo man momentan für die nächsten Tage nicht genug Getreide hatte und man nicht gewußt hat, wie die volle Brotration aufzutreiben sei. Damals hat der hiesige Vertreter Hoovers einfach auf eigene Verantwortung telegraphiert und irgend ein Schiff, das anderswohin disponiert war, nach Triest geleitet, um uns im notwendigen Augenblicke Getreide zu verschaffen.

Das fehlt uns heute. Nach der Ernte hat die amerikanische Regierung, haben die alliierten Mächte diese großzügige Organisation aufgelöst, sie haben sie nicht mehr für nötig gehalten und haben die Staaten sich selbst überlassen. Es spielte da der Gedanke mit, es sei die Blockade gewesen, die die Not verursacht hat, und da die Blockade aufgehoben sei, so sei die Organisation nicht mehr nötig, jetzt seien die Staaten schon so weit, sich selbst zu helfen. Ich kann nicht beurteilen, wie weit diese Argumentation anderen Staaten gegenüber richtig war. Deutschösterreich gegenüber war sie grundfalsch. Denn in Wirklichkeit ist unsere wirkliche Lage heute viel schlechter als zur Zeit der Blockade, und das wird im Auslande nicht genug verstanden. Denn die Blockade hat das alte Österreich-Ungarn zwar

schmerzlich vom Ausland abgesperrt; aber schließlich hat das alte Österreich-Ungarn doch große Ressourcen in eigenen Staatsgebieten gehabt und wir waren nicht abgesperrt vom Getreide Ungarns, vom Petroleum Galiziens, von den Kohlen des Ostrau-Karwiner und des nordwestböhmischen Reviers usw. Heute aber hat uns der Zerfall der alten Monarchie faktisch von alledem abgesperrt, was uns früher Nahrung und Beheizung geliefert hat, und das trifft uns unter den heutigen Umständen unvergleichlich schlimmer, als die Blockade uns getroffen hat. Die Entente hat aber geglaubt, daß man, nachdem die Blockade aufgehoben ist, diese große Hilfsaktion nicht mehr braucht, hat sie einfach aufgelöst, zurückgezogen und daraus gehen in Wirklichkeit die beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten, unter denen wir jetzt leiden, hervor.

In Wirklichkeit ist es zu einer Binsenwahrheit geworden, daß uns nur geholfen werden könne, wenn die Entente uns Lebensmittelkredite gibt. Aber auch das halte ich noch für eine Täuschung, wenn man glaubt, daß mit den Krediten allein uns geholfen sei. In Wirklichkeit handelt es sich ja heute um die Beschaffung, um die Auffindung des Getreides. In einer Zeit, wo es einen normalen Weltmarkt noch nicht gibt und die meisten Staaten oder beinahe alle Produktionsstaaten noch ein Ausfuhrverbot haben, handelt es sich um die Bringung des Getreides hierher. In einer Zeit, wo jede Verhandlung mit einer Schiffsahrtsgesellschaft eine höchst schwierige Aufgabe ist und wo das Eisenbahnnetz vollständig zerrissen ist durch die politische Zerreißung Mitteleuropas, werden alle diese Verhandlungen noch dazu dadurch kompliziert, daß die Reparationskommission zwar das Recht der Kontrolle und der Aufsicht über alles hat, aber dieses Recht aus eigener Machtvollkommenheit nicht ausüben kann, sondern immer erst noch in Paris anfragen muß, wo man mit vielen anderen Dingen beschäftigt ist und die Telegramme und Akten auch oft längere Zeit liegen bleiben. Alles das bedeutet einen so schwerfälligen und so bürokratischen Apparat, daß man damit nicht fertig werden kann, daß da immer wieder Momente kommen müssen — auch wenn man uns mit Krediten hilft —, wo die Schwierigkeiten unüberwindlich scheinen, wo Reibungen eintreten, wo ein Vakuum eintritt, wo man für eine Woche oder mehrere Wochen nicht die nötige Versorgung hat. Das, worum es sich handelt, ist eben viel mehr: es ist eine Organisation, welche notwendig ist, sowie sie im vorigen Jahre bestanden hat, nicht bloß Kredite. Diese Organisation kann nicht von unserer Regierung allein geschaffen werden, sondern sie muß eine Gesamtorganisation der Staaten sein, die über die Stoffe, die über die Kredite, die über die Verkehrsmittel verfügen. Alles das fehlt heute und daß die Entente viel zu früh, zu früh

zu mindest für unseren Staat diese ganze Organisation aufgelöst hat, ist wirklich die Ursache unserer Not. Ich darf wohl sagen, daß die Entente zu jener Zeit — es war die Zeit vor der Ernte — hinreichend vor diesem Schritte gewarnt worden ist und daß ihr alle Schwierigkeiten rechtzeitig vorausgesagt worden sind. Es ist aber doch geschehen und wir sind heute dadurch in eine geradezu hilflose Lage geraten, die um so hilfloser ist, als die Entente, wie der Herr Staatskanzler heute sehr klar auseinandergesetzt hat, uns zwar selbst die zugesagte Hilfe bisher nicht gegeben hat, aber andererseits mit der Begründung, daß diese Hilfe gewährt werde, uns in den Arm fällt, wenn wir selber Aktionen unternehmen.

Der Herr Abgeordnete Straßner hat die Entente zu überzeugen versucht, daß sie kein Interesse habe, uns zu helfen. Ich glaube nicht, daß es unsere Sache ist, die Entente davon zu überzeugen, und ich glaube auch nicht, daß es wahr ist. Soweit ich aus meinen Erfahrungen schließen kann, bin ich überzeugt, daß die Wiener Vertreter der Ententemächte durchaus den Wunsch haben, uns am Leben zu erhalten, und daß dieser Wunsch auch bei den Regierungen der Entente besteht, daß man nur, da man mit vielen anderen Dingen, die viel größer und wichtiger erscheinen, beschäftigt ist — nicht bei den Wiener Missionen, sondern in Paris — vielfach nicht rechtzeitig zu den Entscheidungen kommt, so daß tatsächlich die Gefahr besteht, daß man zu spät kommt und, wenn man die Rettungsaktion endlich unternimmt, nichts mehr zu retten sein wird. Aber, meine Herren, in Wirklichkeit kann ich nicht glauben und glaube es nicht, daß die Entente der Situation gegenüber, wie sie hier vorliegt, gleichgültig bleiben könnte. Sie hat uns das Einzige, was ein normaler Ausweg gewesen ist, nämlich den Anschluß an Deutschland, verwehrt und sie hat damit selber — denn sie wußte, wie schwach wir sind — die Verantwortung für unser Schicksal übernommen. Sie hat es nicht gewagt, weil es eine moralische Unmöglichkeit gewesen wäre, uns einfach zu sagen, wir verbieten den Anschluß, sondern sie hat uns den Anschluß verwehrt, dafür aber gleichzeitig versprochen: Wir wissen schon, ihr seid schwach, wir werden euch helfen! Der Vertrag enthält Zusicherungen hinsichtlich der Kohlenversorgung. Das Begleit Schreiben enthält Zusicherungen bezüglich der Lebensmittelversorgung und der Kreditbeschaffung. Die Entente hat diese Zusicherungen gemacht und ich glaube, sie wird sie erfüllen wollen, und erfüllen müssen. Ich glaube, sie müßte auch verstehen, daß sie sie rechtzeitig erfüllen muß, denn wenn sie uns den natürlichen Weg, den Weg des Anschlusses, den Weg nach Deutschland nicht gehen läßt, wenn sie uns zu dieser unveräußerlichen Unabhängigkeit verurteilt, dann muß sie es uns eben möglich machen,

die Unabhängigkeit zu ertragen, so lange dieses Urteil in Kraft bleibt. Es bleibt ihr nichts anderes übrig. Denn uns einfach dem Schicksal überlassen, uns buchstäblich zugrunde gehen lassen, das wird meines Erachtens die Entente nicht tun können, schon deswegen nicht, weil das soziale, wirtschaftliche und politische Erschütterungen hier bedeuten würde, nach denen von dem Frieden von St. Germain wohl nichts mehr übrig bliebe, weil das Rechts-subjekt, das den Frieden geschlossen hat, nicht mehr existieren würde (*Zustimmung*). Erschütterungen, die wohl in ihren Wirkungen kaum auf unsere eigene Lage beschränkt blieben, sondern unvermeidlich die schwersten Rückwirkungen hätten auf die Nachfolgestaaten, die der Entente nahe stehen oder ihr angehören.

Ich möchte hier einige Worte über unser Verhältnis zu den Nachfolgestaaten, insbesondere über unser Verhältnis zur Tschecho-Slowakei sagen. Wir waren vor einem Jahre ungefähr der tschecho-slowakischen Republik gegenüber in einer außerordentlich schwierigen Lage. Auf der einen Seite war — das darf man wohl sagen — die tschechische Nation von dem leidenschaftlichsten Haß gegen Wien und Deutschösterreich erfüllt, einem Haße, der das Produkt der alten österreichischen Regierungskunst und insbesondere der Regierungskunst während des Krieges gewesen ist; auf der anderen Seite war hier das deutschösterreichische Volk auf das tiefste betroffen durch die Annexion deutscher Gebiete durch die tschecho-slowakische Regierung, durch die Annexion Deutschböhmens, des Sudetenlandes, des Böhmerwaldganges und des Znaimer Gebietes, so daß auch hier eine leidenschaftliche Erregung gegen die Tschechen vorhanden war. Aber so schwer das Verhältnis damals war und so oft wir vor schweren Krisen standen, selbst damals gab es doch auf beiden Seiten Parteien und Männer, die nie vergaßen, daß die wirtschaftliche Verflechtung der beiden Nationen so eng ist und daß trotz aller Gegensätze in vielen Dingen eine weitgehende Interessensolidarität besteht, die nie vergessen haben, daß man die ganze Politik doch so führen muß, daß für die spätere Zeit die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Nationen nicht unmöglich wird. Ich darf sagen, daß unsere Partei mit der tschecho-slowakischen Sozialdemokratie trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze die Beziehungen nie hat abbrechen lassen, daß sie von beiden doch immer gepflegt worden sind. Ich glaube, daß sich das auch in der ganzen Geschichte des vorigen Jahres fühlbar gemacht hat. Das alte parteigenössische Verhältnis, das mich persönlich mit dem gegenwärtigen tschechischen Ministerpräsidenten Tuzar verbunden hat, hat trotz aller gegensätzlichen Interessen, die wir damals amtlich zu vertreten hatten und die wir auch beide mit großer Ent-

schiedenheit vertreten haben, es uns doch ermöglicht, die Dinge in einem solchen persönlichen Verhältnisse des Vertrauens in die Redlichkeit und die Loyalität des andern, in einer so freundschaftlichen Weise zu führen, daß wir gerade dadurch imstande waren, in einigen schweren Momenten die schwersten Krisen zu verhüten. Wir beide waren damals vollständig einig darüber, die Dinge so zu führen, daß der Herstellung guter Beziehungen für die spätere Zeit nicht vorgegriffen werden soll.

Es ist uns gelungen, das Schlimmste — und es gab Momente, wo das gedroht hat und die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße, die Gefahr bewaffneter Einfälle in unser Gebiet bestand — doch zu verhüten, und wenn wir das damals konnten in der allerschwersten Zeit, so glaube ich, daß man jetzt, wo doch der Friede geschlossen ist, noch um ein gutes Stück weitergehen und die Beziehungen noch besser und enger knüpfen könnte, als sie bisher gegnüpft wurden. Ich will ganz freimütig sprechen und will auch jetzt, in einer Zeit, wo wir uns doch alle bewußt sind, wie wichtig für unsere wirtschaftliche Lage die Beziehungen zur tschecho-slowakischen Republik sind, nicht verschweigen, daß wir alle das Schicksal Deutschböhmens und des deutschen Sudetenlandes mitfühlen als ein Stück unseres eigenen Schicksals. Daran kann der Friede von St. Germain nichts ändern, das müssen die Tschechen selbst verstehen; sie haben selbst einen großen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes geführt und müssen verstehen, wie einem anderen Volke zumute ist, das in einer ähnlichen Lage ist, wie sie einmal waren.

Wir sind aber weit davon entfernt, zu meinen, daß das Schicksal Deutschböhmens irgendwie beeinflusst werden könnte oder sollte durch eine Politik der Intervention von Wien aus, durch eine Politik der Feindseligkeit gegen die tschecho-slowakische Republik oder gar etwa jemals durch kriegerische Verwicklungen mit ihr. Das sind Gedanken, die wir Sozialdemokraten grundsätzlich ablehnen und ich bin überzeugt, daß die nüchternen Erwägung der Machtverhältnisse auch die bürgerlichen Parteien Deutschösterreichs nicht anders urteilen lassen. Was uns Sozialdemokraten betrifft, so glauben wir, daß die Zukunft Deutschböhmens auf ganz anderen Wegen entschieden werden wird, daß Deutschböhmen aus dem Zustande der Rechtlosigkeit, in dem es heute ist, befreit werden wird durch die Entwicklung der Demokratie im tschecho-slowakischen Staate selbst und daß es sein Selbstbestimmungsrecht erlangen wird durch den endlichen Sieg des Proletariats. In diesem Sinne ist uns das eine innere Frage der tschecho-slowakischen Republik, und weil es eine innere Frage ist, weil wir nicht wünschen, daß unsere Regierung sich irgendwie in

diese Frage einmische, weil wir nicht wünschen, daß man sich einbilde, daß von hier aus erledigt werden könnte, was nur ein Problem der inneren Entwicklung der Tschecho-Slowakei sein kann, darf diese Frage, die voriges Jahr die Beziehungen der beiden Nationen so furchtbar schwer gestaltet hat, heute kein Hindernis freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern sein, von Beziehungen, wie sie auch der Minister des Auswärtigen Dr. Beneš in seiner letzten Rede als wünschenswert bezeichnet hat. Ich glaube, daß wir eine ganze Reihe von Gründen haben, um zu diesen Beziehungen zu kommen. Vor allem haben wir gerade in diesem Augenblick auch eine politische Interessengemeinschaft. Wir Sozialdemokraten sehen mit einer gewissen Beunruhigung die Vorgänge in Ungarn. Gewiß, es ist Sache des ungarischen Volkes selbst, wie es seinen Staat einrichtet, und wir haben auch da durchaus keine Interventionsgelüste. Aber wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die monarchische und insbesondere die habsburgische Restauration in Ungarn, wenn es dazu käme, ein Gefahrenzentrum für alle Nachbarstaaten Ungarns, für alle Sukzessionsstaaten schaffen würde (*Zustimmung*) und daß in dieser Sache insbesondere die tschecho-slowakische Republik und wir ein wesentlich gemeinsames politisches Interesse haben. (*Zustimmung*.) Aber über diese politische Interessengemeinschaft, die in dieser Sache besteht, hinaus, glaube ich, daß noch weitgehende wirtschaftliche Interessengemeinschaften zwischen uns bestehen und eine Fülle wirtschaftlicher Angelegenheiten, die nur gemeinsam von beiden Staaten geordnet werden können. Es wird mir niemand zumuten, daß damit irgendwie eine staatsrechtliche Verbindung mit der Tschecho-Slowakei gemeint sei, irgend etwas, was nach der Donauföderation riecht. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner aller solchen Pläne. Aber ich meine allerdings, daß die bloße Tatsache der engen wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Länder, die eben einmal ein Wirtschaftsgebiet gebildet haben, heute noch so stark nachwirkt, daß jeder schwere wirtschaftliche Schaden, den das eine der beiden Länder erleidet, auch das andere Land mittreffen muß. Es scheint mir ein Symbol dieser wirtschaftlichen Verflechtung zu sein, wie dem ständigen Sinken der deutschösterreichischen Krone auch das Sinken der tschechischen Krone folgt; es ist etwa so, als ob die deutschösterreichische Krone die tschechische Krone nach sich herzüge und das Niveau, auf das die deutschösterreichische Krone sinkt, das Niveau anzeigt, auf das demnächst die tschecho-slowakische Krone herabsinken könnte.

Ich glaube, daß man sich dieser wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Gebiete auch in der Tschecho-Slowakei bewußt ist, bewußt werden muß, und deswegen, meine Herren, halte ich es für schlechthin unmöglich, daß in den Kohlenfragen das

Verhältnis der Tsecho-Slowakei zu uns keine wesentliche Verbesserung erfährt.

Dem das muß man auch in Prag, wenn man die Verhältnisse nur nüchtern betrachtet, verstehen: die Fortdauer der heutigen Kohlennot bedeutet unweigerlich den Untergang, sie bedeutet unweigerlich eine wirtschaftliche Katastrophe, aus der es vielleicht auf längere Zeit hinaus kein Emporarbeiten mehr gibt, und wer sich da die Verflechtung der Industrie, die Verflechtung des Bankwesens, die Verflechtung des Geldwesens ansieht, der wird nicht zweifeln, daß die wirtschaftliche Katastrophe in Wien ein schwerer Schlag auch für Prag ist und sein wird. Und dabei, meine Herren, verlangen wir von der tsecho-slowakischen Regierung nichts als die Einhaltung ordnungsmäßig geschlossener und ratifizierter Verträge. Und auch darüber muß ich einmal ein freimütiges Wort sagen.

Am Anfang des Weltkrieges hat der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg das furchtbar unglückliche Wort von dem Fetzen Papier gesprochen und es hat damals in der ganzen Welt eine wilde Wut gegen Deutschland hervorgerufen, als bekannt wurde, man könne unter Umständen einen Vertrag wie einen Fetzen beschriebenen Papiers behandeln. Seitdem ist man weniger empfindlich geworden. Im Verhältnis zwischen den Sukzessionsstaaten scheint heute jeder Vertrag nur noch ein Fetzen Papier zu sein, und zwar gleich am nächsten Tage, nachdem er unterschrieben wurde, nicht erst im besonderen Notfalle. Das, meine Herren, ist ein Zustand, der unmöglich ist, wenn wir wirklich zu den guten freundschaftlichen Beziehungen kommen wollen, von denen Herr Benesch gesprochen hat, wenn wir wirklich das, was uns politisch gemeinsam ist und was uns vor allem wirtschaftlich gemeinsam ist, auch gemeinsam regeln wollen, uns verständigen wollen über die Handelsverträge und Zölle, über die Währung und Bankliquidation und über hundert andere Dinge, die wir eben nur gemeinsam in Ordnung bringen können. Jede solche Verständigung kann nur geschehen im Wege von Verträgen und sie sind unmöglich, wenn nicht vor allem das erste Prinzip feststeht: das Prinzip der Vertragstreue, daß es die Selbstachtung eines jeden Staates fordert, daß er einen Vertrag, den seine Vertreter unterschrieben haben, auch wirklich einhält. Es ist mir nicht bekannt, ob die deutschösterreichische Regierung seit einem Jahre jemals Bestimmungen eines von ihr unterzeichneten Vertrages nicht eingehalten hätte. Wenn mir ein solcher Fall bekannt wäre, könnte ich das nur auf das schärfste bekämpfen, nur auf das schärfste tadeln. Es ist mir keiner bekannt geworden, aber ich weiß, daß die anderen Sukzessionsstaaten, die Tsecho-Slowakei, Jugoslawien und Polen, eine Reihe von Verträgen ständig nicht einhalten,

die unzweifelhaft ordnungsgemäß geschlossen worden sind. Das scheint mir ein unmöglicher Zustand zu sein und ich glaube, daß es eine der ersten Pflichten unserer Regierung ist, keine Mühe zu scheuen und systematisch daran zu arbeiten, daß wir zu den Sukzessionsstaaten und ganz insbesondere zur tsecho-slowakischen Republik möglichst bald in freundschaftliche Beziehungen kommen, die so geartet sind, daß innerhalb ihrer die Durchbrechung von bestehenden Verträgen einfach zu einer moralischen Unmöglichkeit wird.

Ich habe das von der tsecho-slowakischen Republik gesagt, ich glaube, daß mutatis mutandis manches davon auch für die anderen Sukzessionsstaaten gilt. Ich glaube zum Beispiel, daß Jugoslawien gegenüber wir heute auch in einer ganz anderen Lage sind als vor dem Friedensschluß. Wir waren Jugoslawien gegenüber ständig in einer viel gefährlicheren und bedrohlicheren Lage als der tsecho-slowakischen Republik gegenüber, und während es uns der Tsecho-Slowakei gegenüber immer gelungen ist, doch einigermaßen friedliche Beziehungen zu erhalten, hatten wir ja im Süden den Jugoslawen gegenüber zeitweilig in Kärnten einen förmlichen Kriegszustand und in der Steiermark zeitweilig einen Zustand, der von einem Kriegszustand nicht allzusehr entfernt war. Es hat deswegen sehr großer Energie gerade hier von Wien aus bedurft, um zu verhindern, daß die lokalen Grenzkonflikte die beiden Nationen in einen verhängnisvollen Konflikt hinein verwickeln. Heute, meine Herren, sind ja auch diese großen Fragen, entschieden, zum Teil, in Kärnten, in einer Weise, die wenigstens einigermaßen, wenn auch leider in sehr unvollkommener Form, dem Grundsatz der Selbstbestimmung Rechnung trägt. Ich glaube, daß heute auch da die Möglichkeit besteht, jene natürlichen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und uns allmählich doch wieder anzuknüpfen. Ich glaube, daß man auch in Belgrad ein sehr deutliches Gefühl dafür hat, daß wir auch wieder wie es früher immer war, Getreide aus dem Banat und aus das Bacska und aus Serbien bekommen und daß umgekehrt die jugoslawischen Gebiete die Industrieerzeugnisse wieder aus den Industriegebieten bekommen, die ihnen geographisch am nächsten liegen, vor allem also wieder von uns. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es unserer Regierung möglich wäre, in dieser Richtung auf einen Handelsvertrag mit dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen bald und energisch hinzuwirken. Aber da muß ich sagen, daß jene Verhandlungen geschlossener Verträge, wie sie beim Kompensationsvertrag mit Jugoslawien geübt worden ist, schlechthin unmöglich ist. Auf diese Methoden kann man das Verhältnis zwischen selbständigen und reifen Nationen unmöglich gründen.

Es ist das Schlimme in unserer Lage, daß die Erörterung von Kohlenfragen und Fragen der Brotversorgung zu einer Erörterung unserer äußeren Politik wird. Das zeigt die ganze Größe unserer Not, die ganze Größe unserer Abhängigkeit vom Auslande, die ganze Hilflosigkeit unseres Zustandes, die ganze Unmöglichkeit, uns aus eigenem zu helfen, daß wir, so oft wir über unsere Versorgung mit den unentbehrlichsten Nahrungsmitteln und Brennstoffen sprechen, ganz unvermeidlich in eine außenpolitische Erörterung hineinkommen. Aber es ist so, denn nur aus dem Auslande kann uns unter den gegebenen Verhältnissen wirklich Hilfe werden. Ich halte alle innerpolitischen Fragen, soweit sie mit unserer Versorgung zusammenhängen, für Fragen zweiten Ranges gegenüber diesen Problemen der äußeren Politik.

Unsere Öffentlichkeit beschäftigt sich jetzt mit den Fehlern und Fehlgriffen, die die Regierung und andere Stellen begangen hätten und die schuld daran seien, daß wir in diese augenblickliche Krise gekommen sind. Ich finde diese Beschäftigung menschlich vollkommen begreiflich. Es geht den Menschen furchtbar schlecht, und wenn es einem schlecht geht, ist es der erste und natürlichste Instinkt, einen Schuldigen zu suchen, und es gehört zu den selbstverständlichen Funktionen einer Regierung, der Prügelknabe zu sein. Ich gebe auch ohneweiters zu, daß ganz sicher, tofischer Fehler, und wenn Sie wollen, schwere Fehler begangen worden sind. Ich weiß, unter welchen ungeheueren Schwierigkeiten, in welcher ungeheuer komplizierten Verhältnissen die Regierung und jedes einzelne Mitglied der Regierung und jede Landesregierung und jede Gemeindeverwaltung in diesen Zeiten des Überganges, in diesen Zeiten der Auflösung arbeiten, und ich hätte keinen Respekt vor dem Manne, der da selbstgefällig genug wäre, behaupten zu wollen, er habe in dieser Arbeit niemals Fehler gemacht und er habe alles rechtzeitig vorausgesehen und alles glänzend getroffen. Mir würde es nie einfallen, das von mir zu behaupten, wenn ich mich auch nicht all der unzähligen Fehler schuldig bekennen kann, die mir nachgesagt werden. (Heiterkeit.) Ich glaube, die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung werden das für sich auch nicht in Anspruch nehmen. Aber so billig, so wohlfeil, so leicht es wäre, einzelne solcher Fehler auch nur exemplifikativ aufzuzählen und eine billige Kritik nachher zu üben — es läßt sich nämlich nachher immer viel leichter feststellen, was vor einem Monat hätte geschehen sollen (Sehr richtig!) — so meine ich, daß diese Beschäftigung unter Umständen geradezu schädlich sein kann. Es ist darauf heute schon von einem Redner angespielt worden, aber erlauben Sie, daß ich an einem einzelnen Beispiel Ihnen die ganze Gefahr dieser Art von Tätigkeit nachweise.

Vor einem Jahre etwa ist ein Wiener Großhändler nach der Schweiz gefahren. Der Herr beschäftigt sich sonst in Wien neben seinem Handel mit dem Kampf gegen die Zentralen. Das nehme ich ihm nicht übel, denn der Kampf gegen die Zentralen entspricht vollständig seinem Klasseninteresse und wahrscheinlich auch seinem Privatinteresse, ist ihm also durchaus nicht zu verargen. (Heiterkeit.) Das ist also, soweit es zu Hause geschieht, ganz schön. Der Mann ist in die Schweiz gefahren, er war einer der ersten deutschösterreichischen Staatsbürger, die Gelegenheit hatten, mit ausländischen Diplomaten nach dem Zusammenbruch zu reden. Er hat seine guten Beziehungen im Auslande, hat sie immer geschickt gepflegt und ausgenützt und er konnte mit Diplomaten zu einer Zeit sprechen, wo der deutschösterreichischen Regierung — es war das im November vorigen Jahres — die Tore ausländischer Missionen noch nicht offen gestanden sind und wo wir uns noch vergebens bemüht haben, direkte Verbindungen herzustellen. Nun ist der Mann nach der Schweiz gekommen und hat es dort für das Wichtigste gehalten, daß er den Kampf gegen die Zentralen, den er halt zu Hause zu führen gewohnt ist, dort fortsetzte. Er hat also den ausländischen Diplomaten erzählt, daß, wenn wir nur die Zentralen abschaffen würden, ohnehin hier so viel vorhanden wäre, daß wir eine ausländische Hilfe in dem Ausmaße, wie das überhaupt wurde, gar nicht brauchen würden. Welche Wirkung das gehabt hat, das haben wir ganz kurze Zeit später gesehen. Natürlich, hier lacht man über solche Argumente. Im Auslande kennt man die Verhältnisse doch nicht so, insbesondere kannte man sie damals nicht so. Der durchschnittliche ausländische Diplomat war um diese Zeit überhaupt noch nicht imstande, sich dieses Deutschösterreich auf der Karte vorzustellen und hat nicht gewußt, was von dem alten Österreich deutsch und was nichtdeutsch gewesen ist. Jetzt kommt man und erzählt ihm das. Wir haben Wochen gebraucht, bis wir die Wirkungen dieser sonderbaren Agitation aus den Köpfen herausbekommen haben. (Staatskanzler Dr. Renner: Bis heute noch nicht!) Dieses Beispiel ist aber auch nur eines von vielen.

Die ganze öffentliche Agitation und insbesondere das Treiben eines großen Teiles der bürgerlichen Presse in dieser Sache ist darauf zugeschnitten, nicht nur der heimischen Bevölkerung, sondern auch dem Ausland einzureden, daß wir eigentlich gar keine Hilfe brauchen würden, wenn wir nur eine gescheitere oder eine tüchtigere oder eine energischere Regierung oder wenn wir eine andere Politik oder wenn wir andere Bewirtschaftungssysteme hätten usw. Man liefert dem Auslande geradezu die Argumente dafür, uns nicht zu helfen oder, was noch wichtiger ist, man erschüttert

die Argumente, die wir dem Auslande ständig vorhalten, um ihm klar zu machen, daß wir einfach nicht leben können, daß wir zugrunde gehen müssen, ohne die ausgiebigste und größte Hilfe. Und man bekommt dann als Widerhall dieser ganzen Agitation, die alle Fehler, die im Inlande begangen worden sind, aufbauscht, natürlich ständig zu hören: „Aber bitte, man braucht bloß Ihre Zeitungen zu lesen und man sieht, wie dumm Ihr das alles macht. Macht es geschickter, dann werdet Ihr nicht immer fort zu uns betteln kommen müssen.“ Das ist die wirkliche Lage.

Aber noch aus einem ganz anderen Grunde halte ich es für ein gefährliches Spiel, wenn man fortwährend so tut, als ob mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, irgendetwas Wesentliches an unserer wirtschaftlichen Lage zu ändern wäre, als ob unsere Regierung imstande wäre, etwas gut oder etwas schlecht zu machen. Sie kann weder das eine noch das andere, weil sie eben überhaupt in Wahrheit ohnmächtig dem großen Problem gegenübersteht. Aus einem anderen Grunde halte ich aber diese Methode für gefährlich, weil man mit dieser Methode unser eigenes Volk hier irreführt. (*Zustimmung.*) Denn stellen Sie sich doch die Wirklichkeit vor! Sie haben hier ein Volk, dem eine Not, dem ein Glend zugemutet wird, das ganz beispiellos ist. Und nun gehen Sie zu dem Volke hin und sagen ihm, das sei nicht unvermeidliches Schicksal, das sei nicht das Schicksal der Besiegten, die nun ohnmächtig sind, die Mächten gegenüberstehen und ausgeliefert sind und denen deswegen nicht aus eigener Kraft geholfen werden kann, sondern das sei die Unfähigkeit der Regierung, das sei die Untätigkeit der Leute, die an der Spitze sind usw. So reden Sie zu den Leuten. Ja, begreifen Sie denn nicht, daß die Leute morgen aufstehen und andere Wege suchen müssen? Das werden aber, meine Herren, nicht die Wege sein, die Sie wünschen, sondern ganz andere Wege. (*Zustimmung.*) Ich weiß, es gibt Leute, die diese Aussicht nicht schreckt. Vor einigen Tagen hat auf der Industriekonferenz ein Wiener Großindustrieller einmal ganz freimütig — das muß zu seiner Ehre gesagt werden, daß er uns das gesagt hat, was sich viele andere nur denken — angedeutet, es tue ihm nur leid, daß wir den Bolschewismus noch nicht haben. Man versteht das ja. Das ungarische Exempel ist doch für die Herren Kapitalisten außerordentlich verlockend. Man stellt sich so eine kurze Phase Bolschewismus vor, der geht an der Lebensmittelnot in acht bis vierzehn Tagen zugrunde. Dann kommt schon so ein Horthy oder Friedrich und wird vielleicht einen Kaiser einsetzen — aber das wird vielleicht dem Herrn Fritz Wendl weniger wichtig sein —, aber er wird vor allem wieder die Arbeiter den Kapitalisten ausliefern und den Arbeitern das

Stückchen politische Freiheit und sozialer Macht, das sie sich errungen haben, wieder entreißen. Zu diesem Zwecke ist so ein Stückchen, so ein paar Tage Bolschewismus nicht übel. So denken viele von den Herren und wir wissen wohl, daß es nicht wenige gibt, die auf diesen heutigen Zustand der Not, des Hungerns und des Frierens ihre politischen und sozialen Hoffnungen setzen.

Es wird da dem Volke erzählt, daß die Republik an der Not schuld sei; wenn der Kaiser Karl hier wäre, so würden ihm die Tschechen mit Vergnügen Kohle liefern. (*Heiterkeit.*) Es wird ja erzählt, daß die Sozialdemokratie schuld sei. Selbstverständlich, meine Herren, die tschechische und die jugoslawische Regierung würden mit aller Macht nur eine Wiener Regierung unterstützen, welche ausschließlich aus den Parteien zusammengesetzt wäre, die die Träger der alten antiserbischen und antischechischen Politik gewesen sind (*Heiterkeit*); zur Sozialdemokratie haben sie kein Vertrauen; der liefern sie keine Kohle. Und es wird ständig eine Agitation betrieben, deren Ursprung wir nicht verkennen, eine Agitation freilich, von der ich meine, daß diejenigen, die sie betreiben, sich der Gefahr ihres Spiels nicht immer ganz bewußt sind.

Meine Herren! Ich möchte darüber folgendes sagen: Die deutschösterreichische Arbeiterschaft hat seit einem Jahre sehr genau den Zustand der Abhängigkeit vom Ausland erkannt, sie hat mit diesem Zustand gerechnet und sie hat ihm die schwersten Opfer gebracht. (*Zustimmung.*) Die deutschösterreichische Arbeiterschaft ist in diesem ganzen Jahre in der Lage gewesen, in der keine innere Gewalt sie niederzuhalten vermocht hätte. Wenn sie trotzdem auf vieles verzichtet, wenn sie viele ihrer Forderungen zurückgestellt, wenn sie uns eine Politik ermöglicht hat wie die, die sich in dieser Koalition hier verkörpert und die wahrhaftig nicht den Gefühlen der Arbeiterschaft entspricht, so ist das immer nur möglich gewesen aus dem Gedanken der Arbeiterschaft heraus: Wir sind vom kapitalistischen Ausland abhängig, wir müssen uns da eben den Notwendigkeiten fügen, um leben zu können und schließlich doch das Bischen an Lebensmitteln und Kohle bekommen zu können. Diese Politik, die die deutschösterreichische Arbeiterschaft betrieben hat, sie brähe selbstverständlich zusammen, wenn die Rechnung sich etwa als falsch erweisen würde und wenn wir dauernd trotzdem keine Kohle und keine Lebensmittel bekämen. Aber, meine Herren auf der anderen Seite! Die Mäßigung, zu der bisher und auch heute noch die Arbeiterschaft gerade diese Rücksicht auf unsere Abhängigkeit vom Ausland bewogen hat, diese Mäßigung scheint doch bei vielen einen falschen Eindruck erweckt zu haben und es scheinen jetzt viele allzu sehr zu glauben, daß die Arbeiterschaft nun in der Defensive sei und daß man nur noch ein

bisßen die Not dieses Winters ausnützen müsse, die Erbitterung hungernder und friererder Volksmassen gegen die Republik richten könne und dann werde man schon der Arbeiterschaft das bisßen, das sie sich errungen hat, wieder rauben können. So ist die Lage nicht. Die Mäßigung, die sich die Arbeiterschaft selbst auferlegt hat — denn niemand wäre stark genug gewesen, sie ihr aufzuerlegen —, diese Mäßigung war ein Produkt der Einsicht der Arbeiterklasse, sie war nicht ein Zeichen ihrer Schwäche. Und wenn die Arbeiterschaft weiß, daß der Zusammenbruch der alten Monarchie und der Krieg und die Verwehrung des Anschlusses ihr nur furchtbare Not und furchtbares Elend gebracht haben, so wird sie nicht so töricht sein, aus der Erbitterung über diese Not und dieses Elend nun auch noch das an Positivem zu verlieren und in Gefahr zu bringen, was diese gewaltigen Umwälzungen ihr gebracht haben, noch in Gefahr zu bringen jenes Stück an politischer und sozialer Macht, das sie sich im Verlaufe dieses Jahres erobert hat. Und wenn es Leute geben sollte, die meinen, diesen Zustand des Hungerns und Friereus ausnützen und alles gegen die Republik und die Arbeiterklasse richten zu können, so werden Sie sehr bald sehen, daß Sie sich täuschen; Sie werden, wenn es ernst wird, die Arbeiterschaft sich gegenüber sehen einig, geschlossen, wehrhaft, opferbereit und, wenn es um die Verteidigung des Errungenen geht, zu jedem Mittel entschlossen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Gürtler.

Abgeordneter Dr. Alfred **Gürtler:** Hohes Haus! Bevor ich mich mit verschiedenen Erscheinungen unseres Ernährungs- und Kohlenproblems beschäftige, möchte ich einer Erscheinung gedenken, die unsere Lage so sehr erschwert hat, das ist die irrtümliche Auffassung, als ob unsere Kohlenkatastrophe, unsere Ernährungskatastrophe das Ergebnis einer mangelhaften Verteilung sei. Man ist von der Idee ausgegangen, es ist genug da, nur an der mangelhaften Verteilung, an der mangelhaften Organisation des Ausgleiches vom Überfluß und Mangel liegt die Schuld, daß wir derartige Entbehrungen zu erleiden haben.

Nun kommt dieser irrtümlichen Auffassung ein zweifacher Standpunkt entgegen; erstens einmal mag ja diese Auffassung eine gewisse Berechtigung für den alten, großen Staat Österreich-Ungarn gehabt haben. Wir wissen ja tatsächlich, daß hier eine große Ungleichmäßigkeit der Verteilung geherrscht hat, vor allem im geographischen Sinne, da es Gebiete gegeben hat, die gepreßt und

geschwelgt haben, während andere Gebiete am Verhungern gewesen sind. Hier kann man vielleicht tatsächlich sagen, daß diese mangelhafte Verteilungsfunktion eine Ursache unserer Not gewesen sei. Aber das hat doch nur für den Anfang des Krieges gegolten.

Mit der Zeit, als die Vorräte der Landwirtschaft aufgebraucht waren, kam auch für den großen Staat Österreich-Ungarn eine Zeit, wo man sich darüber hätte Rechenschaft geben müssen, daß es sich nicht mehr um das Verteilen, sondern um das Aufbringen handelt. Es war auch dann in diesem großen Staatsgebilde Österreich-Ungarn nicht mehr so viel vorhanden, als wir alle zusammen gebraucht haben.

Warum hat man das so spät erkannt oder, wenn man es erkannt hat, warum hat man es so spät gesagt?

Meine verehrten Frauen und Herren! Es war eine patriotische Fiktion, die daran festgehalten hat, daß wir unter allen Umständen durchhalten können, wenn wir nur entsprechend organisieren. Diese patriotische Fiktion war notwendig, um den Krieg weiterführen zu können. Aber wenn man das wirtschaftliche Verhältnis ganz real und nüchtern angesehen hätte, hätte man erkennen müssen, daß wir bei einer fortwährenden Herabsetzung unserer landwirtschaftlichen Produktion, die durch Einberufungen eines immer größeren Teils von Landwirten sich ergibt und bei der sonstigen wirtschaftlichen Situation, in der sich das Land befindet, gegenüber der Blockade schließlich versagen müssen, daß wir auch bei vollkommener Verteilung das Durchhalten nicht mehr finden können und schließlich an einem Standpunkt anlangen müssen, wo wir sagen müssen, bis hierher und nicht weiter!

Was aber für einen großen Staat, das alte Österreich-Ungarn, gegolten hat, das gilt in einer ganz anderen Art und Weise noch für den Rest dieses großen Staates, für die heutige Republik Österreich. Hier ist es geradezu lächerlich, von einem Verteilungsproblem zu reden. Und sehen Sie, nachdem man dieses Verteilungsproblem nun geographisch nicht mehr so ausbeuten kann, nachdem man schließlich nur die Stadt Wien und alle anderen Gebiete gegenüberstellen mußte, hat man dieses Verteilungsproblem in das Klassenmäßige hinübergetragen. Auch hier liegt ein Trugschluß vor. Es ist ja klar, daß derjenige, der mit einem Gegenstand manipuliert, von diesem Gegenstand mehr in der Hand hat als derjenige, der ihn bezieht. Das ist eine selbstverständliche Erscheinung. Wenn man aber heute glaubt — und die erst zu nehmende Arbeiterschaft glaubt es nicht mehr — daß die Ernährungslage in Wien durch Blünderungen unserer Bauern, durch einen gewaltsamen Verteilungsprozeß

zu bessern wäre, so ist es ein Trugschluß, der sich an der Stadt Wien in ärgster Weise selbst rächen würde.

In unserem kleinen Staate kann man von einem Verteilungsproblem nicht mehr reden, es gibt nur ein Quantitätsproblem. Wir haben einfach zu wenig und keine noch so geniale Regierung, keine Macht der Erde wäre imstande, aus unserem Staate das herauszupressen, was seine Bevölkerung zum Leben braucht, nicht einmal, wenn wir normale Verhältnisse hätten, und jetzt schon gar nicht, wo unsere gesamte Lebensmittelproduktion an den Folgen des Krieges laboriert und wir nicht erzeugen können, was wir unter normalen Verhältnissen zu erzeugen in der Lage wären.

Nun hat die Aufrollung des Verteilungsproblems und dieses In-den-Vordergrund-stellen des Problems sehr bedenkliche Seiten. Sie könnte die Entente in dem Sinn irreführen, daß sie glauben könnte, tatsächlich trage nur unsere mangelnde Organisation die Schuld an unserer Ernährungskrise; wenn wir richtig organisieren würden, könnten wir mit unseren eigenen Erzeugnissen das Auslangen finden, und wir haben gar kein Interesse daran, durch Selbstzerfleischung und gegenseitige Vorwürfe, denen jedes realpolitische Substrat fehlt, diese Meinung der Entente zu bestärken und zu festigen. Denn die Entente soll und muß wissen, daß wir auch bei vollkommener Wirtschaft heutzutage unbedingt auf ihre Hilfe angewiesen sind, wenn wir nicht zugrunde gehen sollen. Ich glaube nicht, daß es von seiten der Entente vielleicht als Vorwand genommen werden würde, unseren mangelhaften Verteilungsvorgang dazu zu benutzen, uns nicht zu helfen.

Heute aber kommt es nicht mehr auf das Wollen oder Nichtwollen an, heute ist die Frage eine Dringlichkeitsfrage geworden. Und der Anschein der Dringlichkeit, in der das ganze Problem an uns herangetreten ist, könnte doch sehr wesentlich verringert werden, wenn man von der Anschauung ausginge, daß durch bessere Verteilungsmaßnahmen gegenwärtig vielleicht katastrophale Wirkungen noch verhindert werden können.

Man wirft uns so oft vor, daß die Entente mit den Entwicklungen, die sich bei uns als Folge des Krieges gezeigt haben, nicht einverstanden ist, daß sie in manchen Belangen andere politische und wirtschaftliche Entwicklungen gewünscht hätte. Aber da möchte ich daran erinnern, daß doch die psychologische Situation und daraus resultierend die wirtschaftliche Situation ganz verschieden ist in einem siegreichen und in einem besiegten Staate. Ich bitte, wir erleben derartige Unterschiede nicht das erstemal. Denken Sie an den Krieg 1870/71. Wie wenig bedeutete die damalige Niederlage des französischen Volkes gegenüber dem, was wir an katastrophaler

Bernichtung erlitten haben, und mit wie schweren wirtschaftlichen und sozialen Gewaltercheinungen hat Frankreich bloß auf Grund dieser Niederlage des Krieges 1870/71 zu kämpfen gehabt. Was haben sich dort für Erscheinungen gezeigt, die in unserem viel härter geprüften Staate unsere Regierung durch ihre Politik tatsächlich zu verhindern in der Lage gewesen ist; denn etwas ähnliches wie die französische Kommune haben wir tatsächlich nach dem Kriege als Kriegsfolgen bei uns nicht erlebt.

Wir dürfen ja nicht vergessen: die Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich ist ja gar nicht mit dem zu vergleichen, was man uns angetan hat. Von unserem Staate ist ja nur ein blutender Stumpf übriggeblieben, dem man alle seine Daseinsmöglichkeiten und seine wirtschaftlichen Möglichkeiten entzogen hat und dem man außerdem eine unmögliche soziale Struktur gegeben hat. Wir Deutsche frankten eben jetzt daran, daß wir seinerzeit geglaubt haben, wir beherrschen diesen Staat, wenn wir ihm seine Beamten stellen. Einen Staat beherrscht der, der das Wirtschaftsleben des Staates in der Hand hat, und nicht der, der in den Kanzleien des Staates sitzt. So haben wir es tatsächlich mit einer Überproduktion von Beamten zu tun gehabt. Das war eine soziale Struktur des deutschen Volkes in Österreich, die auszuhalten war, solange ein Arbeitsteilungsprozeß stattfand, der sich auf das ganze Gebiet des alten Staates erstreckte, die aber geradezu katastrophal wird für den Rest dieses kleinen Staates und uns zwingen wird, ganz wesentliche Umänderungen im Aufbau unserer sozialen Struktur vorzunehmen. Diese geographische Arbeitsteilung, welche in diesem Staate gewissermaßen stattgefunden hat und bei der wir ein ganz besonders qualifiziertes Gebiet, nämlich die Hauptstadt Wien, abbekommen haben, wird eben in dem Augenblick verhängnisvoll, in welchem das Gebiet zerrissen wird, für welches die geographische Arbeitsteilung seinerzeit erfolgreich stattgefunden hat.

Es wird dann gesagt, daß wir und die gegenwärtige Regierung sich einer gewissen Mißbilligung bei der Entente erfreuen. Ich kann aus meinen Erfahrungen von St. Germain nur das eine sagen: Wenn die Entente überhaupt irgend einen Wunsch bezüglich einer österreichischen Regierung gehabt hat, so hat sie doch immer nur den einen Wunsch gehabt, daß in Österreich eine Regierung die Gewalt innehaben möge, der es gelingt, Ruhe und Ordnung in diesem Staate aufrechtzuerhalten. Und wenn ich mir heute die Frage vorlege, ob es dieser Regierung gelungen ist, Ruhe und Ordnung in diesem Staate aufrechtzuerhalten, so muß ich die Frage mit Ja beantworten, weil ich mir voll darüber klar sein muß, daß Ruhe und Ordnung nie absolute Kategorien, sondern relative Kategorien sind. Man kann eben den Begriff von Ruhe und

Ordnung immer nur an den tatsächlichen Möglichkeiten messen und kann ihn nicht in dem Sinne auffassen, wie er unter ganz anderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gegolten hat.

Aber nach dem, was in diesem Staate möglich ist, ist unserer Regierung, beziehungsweise unseren Regierungen in diesem Staate die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter den schwierigsten Verhältnissen und mit einem Minimum von realer Macht in so vollkommener Art und Weise gelungen, daß diese Leistung alle Anerkennung von Seiten der auswärtigen Staaten verdient, ob die Methoden nun gewissen Anschauungen entsprechen haben oder nicht. Ich meine, die Politik darf nicht nach der Disziplinarordnung für Mittelschulen gemacht werden. Ich stehe auf dem Standpunkte: für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer politischen Methode ist allein der Erfolg maßgebend. Hat man den gewünschten Erfolg erzielt, haben wir tatsächlich Ruhe und Ordnung in diesem Staate aufrechterhalten, dann waren die Methoden, die wir dazu in Anwendung gebracht haben, die richtigen, ob sie jetzt in den Rahmen irgendeines absoluten Schemas hineinpassen oder nicht. Für die Politik ist in vielen Fällen und speziell, wo es sich um eine derart katastrophale Lage handelt wie die, in der unser Staat sich gegenwärtig befindet, der Erfolg das einzig und allein Ausschlaggebende. Aber ich meine das eine: Wir haben bisher Ruhe und Ordnung aufrechterhalten; wir konnten diese Ruhe und Ordnung nur aufrechterhalten, weil wir — allerdings unter ungeheuren Schwierigkeiten — der Bevölkerung das zum Leben Notwendigste zu geben in der Lage gewesen sind. Angewiesen waren wir auf die Mitwirkung und auf die Hilfe der Entente, und wenn der Entente an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in diesem Staate tatsächlich etwas gelegen ist, dann muß sie es der gegenwärtig diesen Staat leitenden Regierung auch weiterhin ermöglichen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten; denn das kann man von keiner Regierung verlangen und das kann keine Regierung erzwingen, daß eine Bevölkerung, die verhungert und erfriert, gottergeben die Hände in den Schoß legt, die Ereignisse hereinbrechen läßt und Ruhe und Ordnung aufrecht erhält.

Wenn man daher die gegenwärtige Regierung in ihrem Bestreben, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, unterstützen will, so muß man ihr Mittel und Wege dazu geben. Denn wie entsteht denn Unruhe und Unordnung in einem Staate? Im allgemeinen doch nicht aus politischen Aspirationen. Das kann vorübergehend da und dort der Fall sein. Aber die Zeit der großen politischen Prätendentenkrisen, die vielleicht die Politik des Mittelalters und der ersten Neuzeit ausgezeichnet hat, ist vorbei. Wenn wir irgendwo Erscheinungen

der Unruhe und Unordnung haben, müssen wir uns darüber klar sein, daß das ausschließlich Glenderscheinungen sind. Wer Ruhe und Ordnung im Staate aufrechterhalten, Unruhe und Unordnung bannen will, muß das Glend bannen, von dem aus diese Unruhe und Unordnung entstehen. Wenn man mit Polizeimaßnahmen dagegen auftreten würde, so wäre dies nichts anderes, als wenn man bei einer Krankheit den Ausschlag unterdrücken würde, den diese Krankheit mit sich bringt, ohne der Krankheit selbst durch Behandlung an den Leib zu rücken. Durch die Bekämpfung eines Grahthems ist noch kein Mensch gesund geworden. Wir müssen das Glend in diesem Staate aus der Welt schaffen, dann werden Ruhe und Ordnung zum dauernden Bestand dieses Staates gehören.

Einen Weg, der uns zur Verfügung gestanden hätte, das Glend in diesem Staate wesentlich zu verringern, hat uns die Entente verwehrt. Dieser Weg wäre der Anschluß an das große deutsche Wirtschaftsgebiet gewesen. Diesen Weg hat man uns verschlossen, wir müssen selbständig sein. Es ist eine eigentümliche Ironie in dieser Selbständigkeit, die man uns aufzwingt und bei der man uns hindert, von jener Selbständigkeit den einzig vernünftigen Gebrauch zu machen, den wir davon machen könnten, nämlich sie im Anschluß an das Deutsche Reich aufzugeben. Aber sei dem, wie dem sei, die Machtverhältnisse des gegenwärtigen Europas und die gesamte wirtschaftliche Lage zwingt uns in die Selbständigkeit hinein. Aber die Verantwortung für diese Selbständigkeit tragen nicht wir, denen sie aufgezwungen wurde, sondern diejenigen, die uns diese Selbständigkeit aufgezwungen haben, die es uns verwehrt haben, nicht selbständig zu sein.

Und ich meine, da muß nun die Entente einsehen. Wie sie sich die Sache einfach und leicht vorgestellt hat, darüber konnte man zu verschiedenen Zeiten ganz merkwürdige Erfahrungen machen. Bei der ersten Unterredung, die ich in dieser Frage mit einem Franzosen hatte — es war im Zuge, der uns nach St. Germain führte — gipfelten seine Ausführungen im wesentlichen darin, daß Österreich nur günstige Handelsverträge und eine kleine Valutaanleihe brauche, dann sei ihm schon geholfen. Was sind Handelsverträge? Wenn ich irgend jemandem einen Handelsvertrag gebe, so heißt das, ich ermögliche es ihm, in gewissen Läden billig und gut einzukaufen. Aber ich habe ihm damit noch nicht die Mittel an die Hand gegeben, die er zum Einkauf braucht. Ich möchte sagen, das kommt mir so vor, wie wenn ich einen armen Teufel darauf aufmerksam machen würde, dort und dort, in dem Geschäft kriegst du das und das in geradezu glänzender Qualität. Davon hat der arme Teufel nichts, weil er nicht die Mittel hat,

in das Geschäft zu gehen und dort einzukaufen, was zu haben ist. Mit Handelsverträgen allein, und wären sie noch so glänzend, ist unserem Staate gegenwärtig nicht auf die Beine zu helfen. Denn zur Ausnutzung dieser Handelsverträge gehört ein in Blüte befindliches Wirtschaftsleben und dieses haben wir gegenwärtig nicht. Wir brauchen also von der Entente nicht Handelsverträge, sondern eine reale Hilfe. Aber diese reale Hilfe muß, wenn sie wirklich eine Hilfe sein soll, großzügig sein, sonst ist uns nicht geholfen. Wenn man uns immer gerade nur fortsetzen läßt, und gerade noch verhindert, daß wir verhungern, dann können wir nie zu Kräften kommen, dann wird dieses Elend eine chronische Erscheinung und es ist vollständig unmöglich, daß wir aus diesem Elend herauskommen. Dabei kommt noch folgendes in Betracht.

Eine der bedenklichsten Erscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens ist der Schleichhandel, nicht einmal so sehr bezüglich der Quantitäten, die er auf den Markt zu bringen oder vom Markt zu führen vermag, sondern hauptsächlich deshalb, weil er als mühelose Erwerbquelle eine vollkommene Demoralisierung weiter Bevölkerungskreise mit sich bringt und die Arbeitsfreude, die Arbeitslust extirpiert. Gerade in ländlichen Bezirken kann man in dieser Beziehung sehr üble Erfahrungen machen. Gegen den Schleichhandel gibt es aber nur ein Mittel, das wirklich Erfolg verspricht, nämlich dem Markt eine bestimmte Menge jener Güter zuzuführen, die bisher infolge ihrer geringen Quantität ein Lieblingsobjekt des Schleichhandels gewesen sind. Führt die Entente unserem Markte wirklich einmal in großzügigen Mengen Güter zu, die wir zur Aufrichtung unseres wirtschaftlichen Lebens brauchen, dann haben wir gesetzliche Bestimmungen gegen den Schleichhandel gar nicht mehr notwendig, dann wird sich der Schleichhandel nicht mehr rentieren, dann wird er aufhören zu existieren und dann wird auch jenes Bild der Ungleichheit der Verteilung verschwinden, das heute auch mehr optische wie reale Wirkungen auslöst. Ich gebe gewiß zu, daß durch den Schleichhandel gut dotierte Lokale gegenüber den allgemeinen Elendserscheinungen etwas Aufreizendes und Nervenzerrüttendes haben, aber darüber bin ich mir als Statistiker doch vollkommen im klaren, daß es keine wesentliche Änderung unserer Ernährungslage mit sich bringen würde, wenn man die durch den Schleichhandel erfaßten Mengen der allgemeinen Ernährung zur Verfügung stellen würde. Es könnte uns über Tage hinweghelfen, vielleicht nicht einmal über Tage, aber irgendeine einschneidende Änderung wäre damit nicht gegeben.

Das muß auch hier festgestellt werden, denn es könnte sonst ein etwa hier anwesender Vertreter der Entente durch die im Schleichhandel beschafften

und ihm zugänglichen Möglichkeiten verführt werden, unsere Ernährungslage viel günstiger zu beurteilen, als sie tatsächlich ist. Es ist aufreizend, das gebe ich zu, und es würde gar nicht schaden, wenn hier einmal Mode geschaffen würde, aber sich mehr als eine optische Wirkung zu versprechen, wenn man dagegen gewaltsam auftritt, reale Hoffnungen auf eine Besserung unseres Elends zu setzen, würde ich für vollkommen verfehlt halten. *(Sehr richtig!)*

Wie steht also die Sache? Wir stehen gegenwärtig infolge der Lage, in der wir uns befinden, vor einer verzweifelten Stimmung der Bevölkerung. Was hat eine derartig verzweifelte Stimmung der Bevölkerung für Folgen? Erstens macht sie jeder Regierung das Regieren beinahe unmöglich, weil es zwar nicht nur in der Psychologie des Österreicher allein, aber doch wieder ganz besonders in der Psychologie des Österreicher liegt, die Regierung für alles verantwortlich zu machen, was geschieht. Das ist dieser unglückselige Glauben an die Staatsomnipotenz, den wir noch immer aus früheren Zeiten her in uns herumtragen. Dieses Elend macht der Regierung das Regieren tatsächlich fast zur Unmöglichkeit, ganz gleichgültig, welche Regierung dieses Elend zu vertreten hätte. Das ist eine reine Aktualitätserscheinung, das würde für jede Regierung gelten.

Ferner schafft dieses Elend noch eine zweite schwierige Erscheinung. Die verzweifelte Stimmung der Bevölkerung fördert nämlich die Neigung, jenen Gehör zu schenken, die verzweifelte Mittel empfehlen, denn da kommen sich zwei seelisch nahestehenden Erscheinungen entgegen, und je verzweifelter die Stimmung wird, desto größer ist die Gefahr, daß derjenige, der noch so törichte verzweifelte Mittel empfiehlt, wie zum Beispiel die Änderung der Staatsform, damit Gehör findet und dann tatsächlich imstande ist, weite Massen der Bevölkerung dazu zu verleiten, ihm eine kurze Zeit auf einen Weg zu folgen, von dem sie glauben, daß er aus dem Elend herausführt, um schließlich doch nur zu erkennen, daß dieser Weg nicht aus dem Elend herausführt, sondern nur tiefer ins Elend hineingeführt hat. Darum ist es eine der wichtigsten Forderungen, daß uns die Entente Mittel in die Hände gibt, daß wir aus dieser verzweifelten Stimmung der Bevölkerung endlich einmal herauskommen; denn gelingt uns das nicht, so ist alle Mühe, die wir an den Tag legen, vergeblich.

Und dann kommt noch etwas in Frage. Je länger der Zustand dieser Verelendung andauert, desto schwieriger wird es uns, uns daraus zu erholen, denn wir verbrauchen die letzten Kraftreserven, die wir noch zur Verfügung haben. Wir leben physisch und moralisch gegenwärtig vom Kapital. Wir haben unser physisches Kapital beinahe aufgezehrt. Es wird, wenn es so weiter geht,

auch der Tag kommen, wo wir unser moralisches Kapital aufgezehrt haben. Und was dann aus diesem Staate werden soll, wohin das führen soll, weiß kein Mensch. Wir bauen in einer geradezu erschreckenden Art und Weise ab, und der Herr Staatskanzler hat mit ergreifenden Worten geschildert, wie das, was vielleicht im Februar noch leicht möglich gewesen wäre, im Juli schon ganz erheblich schwieriger war und im November jetzt schon fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Dieses Leben vom Kapital geht in progressiver Entwicklung vor sich. Denn je kleiner das Kapital wird, desto größer sind die Kapitalsbestände, die viel rascher verzehrt werden müssen. So käme es, daß, was wir bisher als bewunderungswürdigstes Besitztum gehabt haben, die seelische Widerstandsfähigkeit des österreichischen Volkes, die sich in einer geradezu bewunderungswürdigen Art und Weise geäußert hat, daß wir Österreicher noch um die letzten Reste eines für uns sehr wichtigen und bedeutungsvollen moralischen Kapitals gebracht würden, und dann kommt schließlich und endlich jener Moment, wo sich auch der nüchtern Denkende sagen müßte, heute ist jede Möglichkeit, dieses Elend zu bessern, überhaupt zu Ende, jetzt ist es zu spät. Und vor dieses „Zu spät“ darf uns die Entente nicht stellen. Vor dieses „Zu spät“ kann sie uns nicht stellen, denn sie könnte damit Wirkungen auslösen, die sie dann vielleicht nicht mehr zu bannen imstande wäre. Es käme vielleicht dann der Tag, wo die Großmächte der Entente erkennen würden, daß das „Zu spät“, das erst für uns gegolten hat, auch für sie selbst ein „Zu spät“ geworden ist.

Denn darüber müssen wir immer im klaren sein, Elend ist eine Infektionskrankheit und schafft soziale Seuchenherde.

Soziale Seuchenherde aber haben die Tendenz, sich nach allen Seiten auszubreiten. Keine Gesellschaft besitzt einen so widerstandsfähigen Organismus, daß sie gegen alle sozialen Krankheitskeime immun wäre. Davon können wir vollständig überzeugt sein. Auch in den siegreichen Staaten würde es Kanäle geben, in die die Infektionskeime aus dem sozialen Seuchenherde des österreichischen Zusammenbruches einzudringen die Möglichkeit haben würden. Das soll man in seinen Wirkungen nicht unterschätzen.

Man wird mir sagen, ja Ungarn steht als Beispiel vor uns. In Ungarn haben sich die Dinge schließlich und endlich zum Guten gewendet, ohne daß die Entente von diesen Erscheinungen ergriffen wurde. Aber da möchte ich auf ein biologisches Gesetz hinweisen. Infektionen können nur übertragen werden auf verwandte oder ähnlich organisierte Individuen. Es gibt Krankheiten eines Typus, die anderen wesensfremden Typen vollständig ungefährlich sind. Nun ist doch der Unterschied im sozialen Aufbau Ungarns viel größer gegenüber den

Staaten des Westens als unser sozialer Aufbau. Unser sozialer Aufbau kommt dem sozialen Aufbau der Staaten im Westen viel näher als der soziale Aufbau Ungarns. Infolgedessen sind soziale Krankheiten, die uns betreffen, uns erfassen, für den Westen viel gefährlicher als soziale Krankheiten, die in Rußland und in Ungarn ausbrechen, weil sie bei uns in einer Erscheinungsform zutage treten, die auch für die Weststaaten schließlich und endlich als pathogene Formen anzusehen sind. Darüber sollte man sich auf Seite der Entente doch vollkommen im klaren sein. Außerdem kommt noch ein Gesichtspunkt in Betracht. Der Friedensvertrag legt uns ja doch weitgehende finanzielle Verpflichtungen auf. Diese finanziellen Verpflichtungen sollen wir erfüllen. Denn es ist doch der Zweck der Anwesenheit der Reparationskommission, dahin zu wirken, daß die von uns verursachten Kriegsschäden repariert werden, nicht, um uns wieder aufzurichten, ist de facto die Reparationskommission in Wien. Es ist sehr angenehm und sehr erfreulich, daß sie sich dieser Aufgabe auch widmet, aber ihre eigentliche Aufgabe ist das ja gar nicht. Und wenn daher die Reparationskommission jemals in die Lage kommen soll, ihre wirklichen Funktionen zu erfüllen, von uns jene Mittel zu erlangen, die erforderlich sind, um die Kriegsschäden zu reparieren, so muß sie doch vor allem dafür Sorge tragen, daß wir überhaupt einmal in die Lage versetzt werden, unseren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Denn, wo nichts ist, da hat auch der Kaiser sein Recht verloren.

Dabei möchte ich auf folgendes hinweisen: Wir leiden ungeheuer unter den Wirkungen der Verzögerung des Friedensschlusses. Wir haben lange gewartet, ehe man uns überhaupt vor die hohe Friedenskonferenz geladen hat. Wir sind am 14. Mai nach St. Germain gekommen und es hat bis zum 3. September gedauert, bis wir endlich den definitiven Friedensvertrag in der Hand hatten. Uns wäre leichter zu helfen gewesen, wenn man uns früher geholfen hätte. Die Mitglieder der Friedensdelegation haben sich damals eigentlich in einer doppelt qualvollen Situation befunden. Wir konnten nicht verkennen, daß das Verständnis für unsere Bedürfnisse bei der Entente zunimmt. Wir haben tatsächlich den Eindruck gehabt, je länger die Sache dauert, desto besser wird sie. Aber andererseits mußten wir doch auch ganz genau, daß die Heimat schließlich ein längeres Zuwarten überhaupt nicht mehr aushält. Und dann hatten wir doch gar keinen Einfluß auf den Termin. Wir mußten den Friedensvertrag an dem Tage entgegennehmen, an dem es der Entente beliebte, ihn uns zu überreichen. Es wäre lächerlich gewesen, uns zuzumuten, daß wir in irgendeiner Art auf diesen Termin Einfluß nehmen könnten. Wir konnten auf diese Gefahren

aufmerksam machen, die uns daraus entstehen, wenn die Tatverdung des Friedens verzögert wird, aber mehr zu tun, waren wir entschieden nicht in der Lage.

Nun, wie hat die Entente unser Staatsgebilde geschaffen? Dieses Staatsgebilde ist nicht das Ergebnis unserer Wünsche, sondern es ist das Ergebnis der Wünsche der Entente, es ist ihren Wünschen, denen wir uns unter allen Umständen unterwerfen mußten, durchaus angepaßt. Und indem sie allen unseren Einwendungen und Hinweisen auf die Lebensunfähigkeit dieses Staatsgebildes nicht Gehör schenkte — wir haben ja gar kein Hehl daraus gemacht, daß dieser Staat nicht wird leben können —, hat die Entente unbedingt die moralische Verpflichtung übernommen, diese Lebensfähigkeit zu besorgen, um so mehr wenn sie schließlich unsere verzweifelten Versuche, uns irgendwie Hilfe zu schaffen, auch noch verhindert und es unmöglich macht, durch Preisgabe aller möglichen Besitztümer, auf die wir schließlich zu verzichten gezwungen sind, uns das Notwendigste zu verschaffen. Von dieser moralischen Verpflichtung kann sich die Entente unmöglich freisprechen. Wenn sie überzeugt wäre, daß sie die Hilfe, die wir brauchen, nicht leisten kann, dann könnte sie uns doch unmöglich den Weg der Selbsthilfe verwehren, sie müßte uns dann alle jene Wege gehen lassen, die wir überhaupt noch wissen, die uns überhaupt noch einfallen, um aus der verzweifelten Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, hinauszukommen.

Dabei ist doch eines nicht zu verkennen. Wir vertragen einfach gegenwärtig keinen schleppenden Gang der Verhandlungen mehr. Es geht bei uns jetzt um das Ganze. Es sind keine Redensarten, die heute hier in diesem Hause gemacht wurden, sondern die nüchterne Wahrheit ist gesprochen worden. Ich möchte sagen, es ist eine Flucht in die Öffentlichkeit, die die Regierung heute vollzogen hat. Sie wollte die Bevölkerung nicht unnütz aufregen und beunruhigen, weil sie immer noch glaubte, es werde ihr möglich sein, das Ärgste von ihr abzuwenden, aber schließlich ist ihr nichts anderes mehr übrig geblieben, als der Bevölkerung offen und ehrlich zu sagen, wie es steht.

Dabei mußte sie natürlich auch sagen, was sie bisher alles getan und versucht hat, um es zu verhindern, daß wir zu diesem kritischen Moment kommen, vor dem wir heute stehen. Es ist ja gegen die Tatenlosigkeit der Regierung so viel törichtes Zeug behauptet worden, daß es direkt wohlthuend berührt hat, all diesem Geschwätz gegenüber einmal zu vernehmen, daß man tatsächlich unserer Regierung keinen Vorwurf machen kann, daß sie tatsächlich alles vorgekehrt hat, was ihr vorzukehren möglich war, und wie sie tatsächlich schließlich und endlich nichts erreicht hat, weil die, die allein die Macht in der Hand gehabt haben, uns zu helfen

versagt haben. Das war unsere Regierung der Bevölkerung, für deren Schicksal sie verantwortlich ist, mitzuteilen direkt gezwungen.

Es ist hier im Laufe der Debatte davon gesprochen worden, daß es einen Ausweg gebe, auch jetzt noch, um aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage herauszukommen, wenn wir den sofortigen Anschluß an das Deutsche Reich hier im Hause proklamieren würden. Wer etwas derartiges spricht, sollte sich doch so etwas ein bißchen überlegen, denn wenn der Redner, der diesen Ausweg empfohlen hat, den Friedensvertrag von St. Germain und die Begleitnote zum Friedensvertrag von St. Germain ansieht, so würde er finden, daß diese flagrante Verletzung einer der relevantesten Friedensbestimmungen wahrscheinlich das sofortige Wiederaufleben des Kriegszustandes zur Folge hätte. Das könnten wir nicht vertragen, das könnte aber auch das Deutsche Reich nicht vertragen, das jetzt gleichfalls einen heroischen Kampf um die Wiederaufrichtung seiner Volkswirtschaft und um die Heilung der schweren Wunden, die ihm durch den Krieg geschlagen sind, führt. *(Lebhafte Zustimmung.)* Und wenn es sich nur um das Schicksal unseres kleinen Volkes handeln würde, dann könnten wir meinetwegen eine derartige Verzweigungspolitik in die Wege leiten, aber wir würden damit ein Verbrechen an dem großen deutschen Volke begehen, das wir in diesen Wirwar, der daraus entstehen würde, hineinzerrn würden, wenn es unserer Anregung entgegenkommt, oder wir würden den Anschlußgedanken maßlos in Mißkredit bringen, wenn unsere Anschlußerklärung im Deutschen Reich keinen Widerhall finden würde. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das sind die einzigen beiden Möglichkeiten, die sich aus einer derartigen sofortigen Anschlußerklärung ergeben würden.

Es ist dann noch gesagt worden, daß wir in St. Germain gegenüber der Entente eine klare und offene Sprache hätten führen sollen. Ich weiß nicht, welche Sprache mit der Entente sonst geführt wurde; daß man in St. Germain eine sehr klare und offene Sprache mit der Entente geführt hat, daß wir die Lage unseres Staates vollkommen den Tatsachen entsprechend geschildert haben, das geht aus den allen Abgeordneten dieses Hauses vorliegenden Berichten über die Tätigkeit der Friedensdelegation vollkommen klar und einwandfrei hervor. Wir hatten nichts zu verheimlichen, im Gegenteil, je klarer und deutlicher wir den Leuten unsere Verhältnisse schilderten, desto besser mußte es schließlich und endlich für uns sein. Aber wie ist uns das erschwert worden? Wer hat da dem entgegen gearbeitet? Es ist das der heute von der Opposition so hoch geschätzte Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter gewesen, der mit seinem leichtfertigen Geschwätz, mit seiner leichtfertigen

Schönfärberei die Wirkungen unserer Ausführungen in St. Germain herabgesetzt hat. Da sind keine wahren und aufrichtigen Worte gesprochen worden. Wir haben ganz offen und klar in St. Germain gesprochen, aber die französischen Zeitungen haben sich dieser Reden sofort bemächtigt und haben das, was unser Staatssekretär für Finanzen gesagt hat, als Argument gegen uns benutzt und erklärt: Hier hat ja der gesprochen, der es schließlich und endlich am besten wissen mußte. Wir haben es also an offener und klarer Aussprache gegenüber der Entente nicht fehlen lassen.

Ich habe das vollständige Vertrauen zu den gegenwärtigen Vertretern der Regierung, und ihren Funktionären und Hilfskräften, daß sie auch heute noch bezüglich unserer Lage der Entente gegenüber eine vollkommen offene und ehrliche Sprache führen.

Ich möchte noch etwas bemerken. Es liegt dem Hause der Bericht des Staatsamtes für Volksernährung über die wirtschaftliche Lage unseres Staates darüber vor, was wir eventuell im eigenen Wirkungskreise aufzubringen in der Lage wären und was wir von außen beziehen müssen. Der Herr Kollege Dr. Straffner hat gerügt, daß dieser Bericht nicht bei seinem Erscheinen den Ausgang für eine Debatte über unsere Ernährungsfrage im Hause gebildet hat. Da möchte ich folgende Frage stellen: Der Herr Kollege Dr. Straffner ist der Obmann des Ernährungsausschusses — warum hat er ihn nicht einberufen und veranlaßt, sich mit dieser Broschüre zu beschäftigen, um dann im Wege der Berichterstattung durch den Ernährungsausschuß an das Haus heranzutreten und auf diese Art und Weise eine derartige Debatte in die Wege zu leiten? Das wäre das Nächstliegende gewesen, und der Herr Kollege Dr. Straffner — alle Wertschätzung für seine sonstige Mäßigung, die er sich heute auferlegt hat — war gerade in diesem Punkte nicht berechtigt, gegen irgend jemanden irgend einen Vorwurf zu erheben.

Ich möchte noch feststellen, daß wir den größten Wert darauf legen, daß wir mit den Sukzessionsstaaten, und zwar selbstverständlich mit allen Sukzessionsstaaten, auch mit dem ungarischen, sobald als möglich in jene erfreulichen wirtschaftlichen Verbindungen zu treten in der Lage sind, die schließlich und endlich dem wahren und richtig verstandenen Interesse aller jener Staaten dienen, die auf dem Boden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie bestehen. Denn nur so kann die grausame Verstümmelung, zu der wir verurteilt sind und in der wir uns gegenwärtig befinden, halbwegs wieder gutgemacht, halbwegs in ihren Wirkungen erträglich gemacht werden.

Ich möchte noch etwas sagen. Ich stimme dem Herrn Kollegen Dr. Bauer bei, wenn er der

Ansicht Ausdruck gibt, daß durch Regierungsmaßnahmen wirtschaftliche Lagen von Grund aus nicht geändert werden können.

Es ist mir das Geständnis aus diesem Munde ganz besonders wertvoll und ich begrüße es mit Genugtuung, daß Herr Dr. Bauer diese Erklärung hier abgegeben hat. Die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens sind eben das Entscheidende für die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und nicht einmal Regierungsmaßnahmen großer, mächtiger Staaten können daran etwas ändern — um wieviel weniger Regierungsmaßnahmen eines so kleinen, schwachen Staates, wie wir es gegenwärtig sind. Was sollte unsere Regierung auf diesem Gebiete heute durchzusetzen in der Lage sein, wo sie doch wirklich nur auf das Entgegenkommen der großen Mächte dieser Welt angewiesen ist? Außerdem hat diese Auffassung, daß durch Regierungsmaßnahmen fundamentale Änderungen der wirtschaftlichen Lage herbeigeführt werden können, noch eine Bedenklichkeit: es besteht nämlich bei der Bevölkerung die Meinung, daß Regierungsmaßnahmen allein genügen, um sie aus einer schwierigen wirtschaftlichen Lage zu retten. Es ist der Glaube an die Staatsomnipotenz, der hier mitspielt. Die Bevölkerung glaubt dann, daß es auf ihre eigene Mitwirkung zur Änderung der wirtschaftlichen Lage gar nicht ankomme, daß die Regierung allein imstande sei, Übles in Gutes zu verkehren. Gott möge uns davor bewahren, daß dieser Glaube in unserer Bevölkerung allgemein Platz greife, denn dann sind wir am Anfang vom Ende angelangt. In dem Augenblicke, wo die Bevölkerung glauben würde, daß sie die Hände in den Schoß legen kann und daß die Regierung allein imstande ist, ohne die Mitwirkung des Volkes alles Üble zum Guten zu wenden, dann sind wir am Ende angelangt, dann ist es vollkommen aussichtslos, daß wir uns jemals wieder erholen. Meine feste Überzeugung ist, daß es nur ein einiges und geschlossenes Zusammenarbeiten von Regierung und Bevölkerung zusammen ermöglichen kann, unserem Staate wieder aus seiner unheilvollen Lage herauszuhelfen.

Ich meine, das ist eine Überzeugung, der sich niemand verschließen sollte, dem es mit dem Wohle unseres Vaterlandes ernst ist und der sich die Nüchternheit des politischen Blickes nicht durch eine Parteibrille trüben läßt. Wir müssen, Bevölkerung und Regierung, Mann zu Mann, Weib zu Weib, vom ersten bis zum letzten zusammenstehen, denn nur dann ist irgendeine Aussicht vorhanden, daß wir uns jemals wieder erholen.

Wer diese Zusammenarbeit stört, wer das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Regierung vergiftet, der vergiftet damit die Keime unserer wirtschaftlichen Erholung, unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der begiebt mit einer ägenden

Lauge, die es keimunfähig macht, das Samenkorn, aus dem neues Glück und neuer Segen für unser geplagtes und mißhandeltes Vaterland dann wieder emporsprießen wird.

Ich möchte an die Worte eines Liedes erinnern, das heute nicht mehr aktuell ist, aber das doch eine große Wahrheit enthält und das wir in diesem einen Satz ganz gut beibehalten können, des Satzes: „Mit vereinter Kräfte Walten wird das schwerste leicht vollbracht.“ Wir müssen jetzt in diesem Staate alle zusammenhalten, alle Kräfte des Staates, alle jene, die Lust zu positiver Arbeit in sich fühlen, müssen zusammenhalten, und wenn uns dann die Entente über die heutigen Schwierigkeiten hinweghilft, über die wir uns nicht hinweghelfen können, dann gebe ich der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß unser Staat wieder zu neuem Leben erwachen wird.

Das muß sein, denn es würde demoralisierend wirken, wenn wir uns — und es sind auch solche Stimmungen vorhanden — darauf einrichten würden, auf ewige Zeit als jämmerliche Bettelpensionäre der Entente unsere Existenz zu fristen. Wir müssen wieder einmal dahin kommen, vom Ertrage unserer eigenen Arbeit zu leben, aber um dahin zu kommen, muß man uns Arbeitsmöglichkeit schaffen, muß man uns materielle Arbeitsmöglichkeit geben und dann hoffe ich, daß es den vereinten Bemühungen aller Gutgesinnten in diesem Staate rechts und links gelingen wird, ein glückliches, lebensfähiges Österreich auf die Beine zu stellen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hausler** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, somit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Ich werde zuweisen:

dem Finanz- und Budgetausschusse: den Antrag der Abgeordneten Paulitsch, Fischer und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Kanzleioffiziantinnen mit den Kanzleioffizianten *(476 der Beilagen)*;

dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten: den Antrag der Abgeordneten Smittka, Probst und Genossen, betreffend Vergebung öffentlicher Arbeiten *(474 der Beilagen)*;

dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft: den Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission zum Zwecke der Überprüfung der Wirtschaft in den deutschösterreichischen Staatsforsten *(475 der Beilagen)*;

dem Ausschusse für soziale Verwaltung: den Antrag der Abgeordneten Edlinger, Steingger, Niedrist, Unterkircher, Wiesmaier, Fischer, Paulitsch und Genossen, betreffend die Abänderung des Invalidentenschädigungsgesetzes *(477 der Beilagen)*.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Mittwoch, den 26. November l. J., um 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung *(461 der Beilagen)*, betreffend das Gesetz über die Konsulargebühren *(479 der Beilagen)*.

2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Buchinger, Eisenhut und Genossen *(168 der Beilagen)*, betreffend die Förderung der Bodenproduktion *(311 der Beilagen)*.

3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Hollersbacher, Dr. Schmid, Luttenberger, Klug, Kocher, Dr. Simpl und Genossen *(23 der Beilagen)* und über den Antrag der Abgeordneten Traxler, J. Gärtler und Genossen *(121 der Beilagen)*, betreffend die Abänderung des Fischereirechtes *(312 der Beilagen)*.

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Witternigg und Genossen *(332 der Beilagen)* wegen Gewährung einer staatlichen Unterstützung für die durch Hagelwetter heimgesuchte Stadt Salzburg sowie der 22 Gemeinden des Bezirkes Salzburg, und der Abgeordneten Dr. Ramek, Huber, Geisler und Genossen *(337 der Beilagen)* wegen Flüssigmachung von Notstandsgeldern für die durch Hagelschlag geschädigten Gemeinden des Landes Salzburg *(449 der Beilagen)*.

5. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Fink, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Veräußerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke *(Grundverkehrs-gesetz)*, und über den Antrag der Abgeordneten Stocker, Birchbauer, Altenbacher, Größbauer, Wimmer, Grahamer und Genossen *(Nr. 4 und 145 der Beilagen Konstituierende Nationalversammlung)*. *(473 der Beilagen.)*

6. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Vorlage

der Staatsregierung (406 der Beilagen), betreffend die Errichtung der österreichischen Staatserziehungsanstalten (489 der Beilagen.)

7. Bericht des Ausschusses für Soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (470 der Beilagen), betreffend Abänderung einiger Bestimmungen des Volkspflegestättengesetzes (490 der Beilagen).

8. Bericht des Verfassungsausschusses, betreffend das Ansuchen des Landesgerichtes

Salzburg um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Josef Witternigg wegen Vergehens wider die Sicherheit der Ehre (478 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, daher bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 40 Minuten nachmittags.

